

PARITÄTREPORT

2 | 2011



- Schwerpunktthema
Pflege in Niedersachsen
- Positionspapier des Fachbereichs
Frauen und Familie
- Mutter-Kind-Kurhäuser leiden
unter Ablehnungspraxis der Kassen

Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e. V.
Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

Vorstand

Cornelia Rundt
Sebastian Böstel

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 25120510 – Konto-Nr. 7449500

Verantwortlich für den Inhalt

Sebastian Böstel (Vorstand)

Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke
Tel. 0511 52486-353
E-Mail presse@paritaetischer.de

Druck

Benatzky Druck und Medien GmbH,
Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Standards für wahre Experten

Neues Buch hilft bei Umsetzung der Expertenstandards

Viele Pflegekräfte in der ambulanten Pflege sind unsicher, wie sie die nationalen Expertenstandards im Alltag konkret und nachhaltig umsetzen können. Mit „Standards für wahre Experten“ haben Sandra Masemann und



Barbara Messer in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des Paritätischen Oldenburg-Ammerland jetzt ein Buch vorgelegt, das viele Fragen beantwortet und Pflegekräften ein Plus an Sicherheit bietet. Im Buch wird aktuelles Pflegewissen in praktische Handlungsleitlinien verwandelt, so dass die Umsetzung der Expertenstandards schneller und wirkungsvoll gelingt. „Standards für wahre Experten“ von Masemann und Messer ist im Verlag Schlütersche erschienen und im gut sortierten Buchhandel erhältlich (ISBN 978-3-89993-279-9).

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen:

- Anschrift,
- Telefonnummer,
- Faxnummer,
- E-Mailadresse,
- Wechsel Vorstand,
- Wechsel Geschäftsführung,
- Name/Rechtsform.

Ihrer Organisation. Senden Sie bitte aktualisierte Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Timea Kovac, Tel. 0511 52486-323, Fax 0511-52486-333, E-Mail timea.kovac@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter /innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

der ehemalige Bundesgesundheitsminister Phillip Rösler hat das Jahr 2011 zum Jahr der Pflege erklärt – und, haben Sie etwas davon in der ersten Jahreshälfte gemerkt? Ich nicht, sodass ich in Anlehnung an das juristische Bonmot, dass ein Blick in das Gesetz die Rechtsfindung erleichtern würde, zur Halbzeit der schwarz-gelben Koalition einen Blick in den Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2009 gewagt habe, um die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich Pflege besser verstehen zu können. In diesem Vertrag stellen beide Vertragsparteien vollmundig fest, dass jeder Mensch das Recht habe, in Würde gepflegt zu werden, und dass „die Pflegenden Zeit für die Pflegeleistungen sowie für persönliche Ansprache und Zuwendung“ benötigen würden. Die Realität in den ambulanten und stationären Pflegediensten sieht anders aus: Eine überbordende Bürokratie und ein weiter zunehmender Kostendruck führen zu immer stärker eingetakteten Leistungen, die dazu führen, dass immer weniger Zeit für menschliche Zuwendung bleibt. Wenn dann an gleicher Stelle durch die Koalitionspartner gefordert wird: „Wir werden die Rahmenbedingungen für Pflegende und Leistungsanbieter konsequent überprüfen und entbürokratisieren, damit der eigentlichen Pflege am Menschen wieder mehr Zeit eingeräumt wird“, stellt sich die Frage, ob es sich hier um reine Politikerversprechen mit geringer Halbwertszeit handelt, oder ob in den verbleibenden zwei Jahren der Koalition noch mit signifikanten Verbesserungen im Bereich der Pflege zu rechnen ist. Ein Maßstab wird sicherlich die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes sein, die die Bundesregierung bereits seit einigen Jahren vor sich herschiebt. Eine andere Wegmarke wird die Weiterentwicklung der Pflege-Transparenz-Verordnung sein, die in ihrer jetzigen Fassung nicht der Aufgabe gerecht werden kann, dem Bürger ein transparentes Bild über die Pflegequalität im Sinne einer Ergebnisqualität zu vermitteln.

Neben der Bundesregierung hat sich auch das Land Niedersachsen der Pflege angenommen; das initia-

le „Pflegepaket“ soll zu einem Pflegepakt ausgeweitet werden, an dem sich alle Akteure in der Pflege, einschließlich der Kostenträger, beteiligen. Ambitioniertes Ziel ist, die Problemfelder in der Pflege in Niedersachsen gemeinsam zu identifizieren, zu analysieren und Lösungsimpulse in die zuständigen Gremien zu geben. Angesprochen werden auch die drängenden Themen wie Fachkräftemangel, Bürokratie in der Pflege oder die Herausforderungen durch die demografische Entwicklung: Themen, mit denen sich auch der Paritätische in Niedersachsen intensiv auseinandersetzt.



Im Rahmen unseres Schwerpunktthemas „Pflege“ werden Sie in diesem Heft unterschiedliche Sichtweisen zu diesem Thema finden, so auch einen Gastbeitrag der niedersächsischen Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration zum Pflegepakt.

Ein wenig in der aktuellen Tagespolitik unterzugehen scheint die Kommunalwahl nach den Sommerferien: Der Wahlkampf nimmt erst sehr langsam Fahrt auf, aber die ersten Aussagen von Kommunalpolitikern lassen für die soziale Gesellschaft in vielen Städten und Landkreisen nichts Gutes vermuten. So werden Stimmen laut, die fordern, auch die wenigen, noch an soziale Initiativen gezahlten freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen oder aber es wird direkt die Axt an die Trägervielfalt gelegt. Dieser Entwicklung werden wir uns auf jeder Ebene entgegenstellen!

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Böstel
Vorstand



PARITÄT

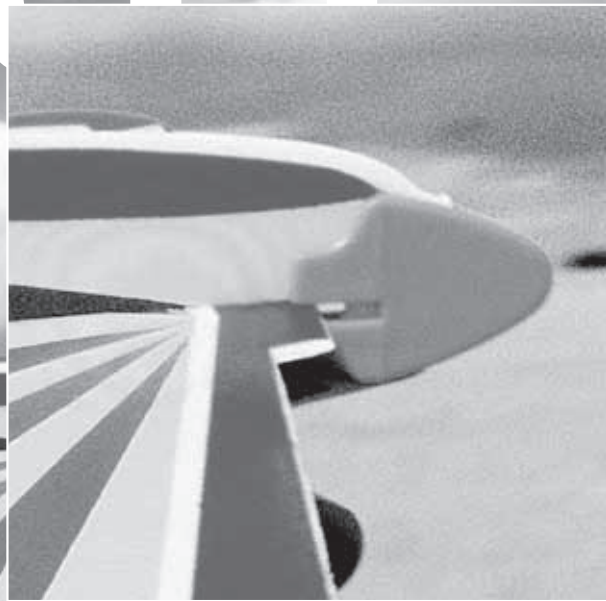
Parität Report 2-II >> Einer für alle(s)

www.spezial-kommunikation.de

transpari

ganz

nah



 DER PARITÄTISCHE
NIEDERSACHSEN

transpari – Bürgerstiftung
Im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen

GandhisträÙe 5A
30559 Hannover

Telefon 0511/52486350
Telefax 0511/52486333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 7410200

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 25120510

Ausgabe 2-II

Impressum 2
 Editorial 3

Schwerpunkt: Pflege

Fachbereichssprecher Georg Nicolay über Probleme und Perspektiven der Pflegebranche 6
 Ambulante Pflege in der Praxis 9
 Palliativpflege in Wolfsburg 11
 Altenpflege – ein Beruf mit Zukunft! 12
 Innovatives Fortbildungskonzept in Cuxhaven 14
 Versorgung der Ambulanten Psychiatrischen Pflege muss ausgebaut werden 16
 Ambulante Psychiatrische Pflege in der Praxis 18
 Therapeutische Hilfe auf vier Pfoten 19
 Das Seesener Projekt „HilDe – Hilfen bei Demenz“ 20
 Freizeitgestaltung im Seniorenpflegeheim „Am Gutspark“ 22
 Ein ganz besonderes Wertesystem 24
 Die Gesellschaft Friedrich-Rittelmeyer-Haus 25
 Herausforderungen annehmen – Gastkommentar der niedersächsischen Sozialministerin Aygül Özkan 26

Eine(r) für alles

Fachveranstaltung „Auf dem Weg zur Inklusion“ 28
 Positionspapier des Fachbereichs Frauen und Familie: Familienplanung ist Menschenrecht! 29
 „Frauen tragen die Hauptlast“ – Interview mit der pro-familia-Vorsitzenden Caren Marks 30
 Mutter-Kind-Kurhäuser leiden unter rigider Ablehnungspraxis der Kassen 32
 Gespräch mit einer Mutter auf Kur 34
 Wege zur Kur 35
 13.800 Hafttage konnten vermieden werden 36
 Mit „Ariadne“ aus dem Labyrinth der Abhängigkeit 38
 Stiftungen unterstützen einmalige Projekte – Paritätischer hilft bei Beantragung von Fördermitteln 39
 UN-Behindertenrechtskonvention und pflegebedürftige ältere Menschen mit Hörbehinderung 41
 Neubau der Fachklinik Südgellersen 43
 Weg vom Stoff, raus aus der Sucht 44
 Viel Interesse am Tag der Sozialberatung des SoVD 45
 Tendenzträgergemeinschaft von pädagogischen Mitarbeiter/-innen 45
 Trunkenheitsfahrt mit motorisiertem Krankenfahrstuhl ist strafbar 47
 Neue Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. stellen sich vor 48

Bunte Vielfalt sozial gestalten

Paritätischer feiert 25 Jahre Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfe 51
 Ausstellung „Perspektivwechsel“ des Paritätischen Jugendwerks eröffnet 53
 Johann Weng in Bentheim verabschiedet – Anja Jankowsky tritt Nachfolge an 54
 Der Paritätische Ehrenvorsitzende Wolfgang Neubelt veröffentlicht seine Erinnerungen 55
 Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider zu Gast beim Paritätischen Hameln 56
 Teilhabezentrum Linden feiert Aktionstag 56
 Kreisverband Legasthenie und Dyskalkulie Vechta feiert Jubiläum 57
 550 Teilnehmer beim 8. AntiSuchtLauf der STEP 58
 OLB Musik-Camp Nordwest geht an den Start 59
 Neue Broschüre des DMSG-Bundesverbands 60
 Benefizveranstaltung der DMSG Niedersachsen 61
 DLRG sucht Rettungsschwimmer 61
 Cochlear Implant Centrum zum Jubiläum renoviert 62
 Integrationspreis wird im November verliehen 63
 Mobile e.V. gewinnt fünf hochwertige Computer 63
 Mobile Wohnberatung ausgezeichnet 64
 Sonderpreis Politische Bildung für „Gender Camp“ 65
 Projekt „Grenzgebiete“ vorgestellt 65
 Sozialzentrale – Das Paritätische Netzwerk 66
 Zukunftstag beim Paritätischen Niedersachsen 66
 Feier zum Weltkindertag in Planung 67
 Großer Lauf für 1600 kleine Sportler 68
 Rosen für ältere Bürger 68
 Das Rubbellos ist wieder da 69
 Der Paritätische trauert um Margit Triphaus, Hans-Günther Strothotte und Heinz Bleidistel 70
 Ehrungen 71
 Der Paritätische Stellenmarkt 71

Service

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen 72
 Fachbereiche des Paritätischen 73
 Arbeitskreise des Paritätischen 74
 Mitglieder des Verbandsrats 75
 Verbandsadressen 76

„Verantwortung muss in einer Hand liegen“

Fachbereichssprecher Georg Nicolay über Probleme,

Prüfungen und Perspektiven der Pflegebranche

Ausgebrannte Pflegekräfte, theoretische Grundsätze, die sich nur schwer in die Praxis umsetzen lassen, ein negatives Bild der Pflege in den Medien, steigende Bürokratisierung und dazu der drohende Fachkräftemangel – der Ist-Zustand und die Zukunft der Pflege lassen bei allen Beteiligten die Alarmglocken schrillen. Herr Nicolay, wie konnte es überhaupt soweit kommen, dass die Pflege, die gerade angesichts des demografischen Wandels immer wichtiger für jeden Einzelnen wird, anscheinend zu wenig unterstützt und gefördert wird?

Der demografische Wandel war schon vor 20 Jahren abzusehen, aber damals hatte kaum jemand die Neigung, sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen. Jetzt drängt die Zeit und jede Ebene versucht, der anderen die Verantwortung zuzuschieben. Letztlich landet die Hauptlast bei den Kommunen, die anderweitig nicht refinanzierte Kosten tragen müssen. Die Kommunen aber sind – um es platt zu sagen – pleite. Doch anstatt zu sagen: „Es ist kein Geld da“, und sich überhaupt erst einmal Klarheit über die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten in der Pflege zu verschaffen, und darüber, was überhaupt machbar ist, wird so getan, als sei eine allumfassende, grenzenlose Versorgung bei entsprechend begrenzten finanziellen Ressourcen möglich. Und dann wundert man sich, dass das nicht funktioniert. Auch die Unstetigkeit in der Politik ist ein großes Problem. Ständig wechseln die zuständigen Ansprechpartner, erst jetzt aktuell der Bundesgesundheitsminister. Die Neuen hören sich die

Probleme erst einmal an, arbeiten sich ein, dann wird schon wieder gewechselt, und schon ist ein weiteres Problem um drei Jahre nach hinten verschoben.

Lassen Sie uns die einzelnen Probleme näher beleuchten, beginnend mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“, der in der Pflege gilt – zumindest theoretisch. Menschen sollen so lange wie möglich in der häuslichen Umgebung gepflegt werden. In der Praxis sieht das oft anders aus. Warum ist das so und welche Konsequenzen befürchten Sie?

Die Frage ist doch: Was wird dafür getan, dass ambulante Pflege den Vorzug erhält? Lässt die tatsächliche Lebenssituation des Pflegebedürftigen eine ambulante Versorgung zu? Denn hier müssen neben der reinen Pflege auch andere Bedarfe an Teilhabe und Assistenz, etwa Patientinnen und Patienten zum Arzt oder einkaufen begleiten, mit abgedeckt werden. Die besonderen Bedarfe demenziell und psychisch erkrankter Menschen müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Deshalb wird seit Jahren über eine Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs diskutiert.

Natürlich gibt es Lebenslagen, in denen stationäre Pflege notwendig ist, und diese muss auch vorgehalten werden. Aber das sollte je nach Fall, je nach Situation, entschieden werden. Und nicht immer nur nach dem Prinzip „entweder – oder“, sondern mit Durchlässigkeit zwischen diesen Versorgungs-



Georg Nicolay, Sprecher des Fachbereichs Pflege des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.

formen. Die ambulanten Angebote müssen also ausgebaut und gestärkt werden. Jede neue stationäre Einrichtung entfaltet eine gewisse Sogwirkung, so dass die Gefahr, dass Menschen fehlplatziert werden, wächst. Ist diese Entwicklung gesellschaftlich klug und richtig? Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird der Markt zu einem Haifischbecken. Es ist zu befürchten, dass große „Billiganbieter stationärer Pflege“ kleinere, lokal verortete, oft auch qualitativ bessere Einrichtungen „überrollen“ diese Konkurrenz werden viele Träger nicht überstehen und in Konkurs gehen.

Was muss geschehen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten?

Ich bin mir sicher: Sobald die Verantwortung für die pflegerische und betreuende Versorgung in einer Hand liegt, werden Lösungen gefun-

den werden. Wir können uns gut die Gesamtverantwortung bei der Kommune vorstellen. Sie ist nah dran an ihren pflegebedürftigen und hilfebedürftigen Bürgerinnen und Bürgern, sie kennt alle beteiligten Akteure und sie steht letztlich für die nicht gedeckten Kosten ein. In einer Großstadt bedarf es anderer Pflegearrangements als auf dem Lande; es kann keine alle selig machende Lösung geben, die für alle passt.

Sie erwähnten die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Warum ist er nicht schon längst erneuert worden?

Bislang bezieht sich die Pflegebedürftigkeit rein auf somatische Erkrankte, also Menschen, die körperlich leiden. Die Bedarfe demenziell oder psychisch erkrankter Menschen werden erst allmählich auch in der Pflegeversicherung anerkannt und als „zusätzliche Betreuungsbedarfe“ beschrieben. Aber auch der Hilfe- und Betreuungsbedarf, der über die reine Pflege hinausgeht, ist nicht ausreichend formuliert und muss umfassender werden. Bis zur Einführung der Pflegeversicherung 1995 waren diese Bedarfe durch das damalige Bundessozialhilfegesetz abgedeckt – mit der Umstellung sind sie weggefallen.

Ein Heer von Pflegefachleuten ist seit Jahren dabei, den Pflegebedürftigkeitsbegriff zu ändern. Alle wissenschaftlichen Fragestellungen sind beantwortet worden, es muss eigentlich nur noch entschieden werden. Aber die fehlende Konsistenz in der Politik, die ich bereits erwähnte, erschwert diesen Prozess. Als Haupthindernis sehe ich aber die Sorge vor einer Ausweitung der Kosten und damit der Notwendigkeit, mehr Geld ins System zu bringen.

Kann die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen, die sogenannte Pflegecharta, da nicht Abhilfe schaffen? Immerhin fasst sie die Rechte von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen zusammen und beinhaltet auch das Recht auf Pflege, Betreuung und Behandlung, die am persönlichen Bedarf ausgerichtet ist, sowie das Recht auf Teilhabe.

Die Pflegecharta wurde 2005 verabschiedet – leider haben das nur wenige Akteure in der Branche zur Kenntnis genommen. Auch muss man viele Fragezeichen setzen bei der Fragestellung, ob durch Politik und Kostenträger die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen wurden, um die „bestellte Pflege“ auch zu finanzieren. Dazu hatten sich Politik und Kostenträger verpflichtet, nur umgesetzt wurde wenig.

Vielleicht haben die Pflegedienste ja auch gar nicht die Zeit, sich mit mit Fragen der Umsetzung der Forderungen aus der Charta zu beschäftigen. Sind sie nicht durch die Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) schon mit genug „Papierkram“ beschäftigt? Entsprechende Kritik an den sogenannten MDK-Prüfungen gibt es ja genug.

Auf der einen Seite haben diese Prüfungen sicher auch positive Auswirkungen: Die wenigen schwarzen Schafe der Branche werden identifiziert. Aber: Die Prüfungen spiegeln in keiner Weise die Qualität der Einrichtungen wider, da i.d.R. nur die Struktur- und Prozessqualität geprüft wird. Die Prüfungen erfassen weder die Ergebnisqualität, noch hält das ganze Prüfverfahren den wissenschaftlichen Anforderungen, die an ein Testverfahren gestellt

werden, stand. Ob die zu Pflegenden zufrieden sind, spielt eine absolut nachgeordnete Rolle. Für unsere Branche bestätigen die durchgängig guten bis sehr guten Ergebnisse der Prüfungen, dass in den meisten Einrichtungen gute bis sehr gute Arbeit geleistet wird; die Verteufelungen der Pflege der letzten Jahre in den Medien war mehr als kontraproduktiv. Besonders stolz kann die Branche sein, dass unsere Kunden unsere Arbeit überwiegend als sehr gut bewerten. Und wer sonst als unsere Kunden könnte ein Urteil über die Ergebnisqualität abgeben.

Es muss dringend definiert werden, wie tatsächlich Lebens- und Ergebnisqualität geprüft werden kann. Die Ergebnisse des „Referenzmodells zur Förderung der qualitätsgesicherten Weiterentwicklung der vollstationären Pflege“, besser bekannt als „Wingenfeld-Studie“, müssen zeitnah veröffentlicht werden und entsprechende Ansätze umgesetzt werden. Natürlich ist die Dokumentation von Pflege- und Betreuungsprozessen sehr wichtig, aber das momentane Prüfverfahren ist in der Tat viel zu bürokratisch und wirklichkeitsfremd. Oft hat man das Gefühl: Hauptsache, die Akten stehen schön im Schrank, wie der Job tatsächlich erledigt wird, interessiert nicht. Das blockiert jegliche Art von praktischer, konzeptioneller Weiterentwicklung der Pflege.

Zurück zur praktischen Arbeit: In der ambulanten Pflege wird nach Leistungskomplexen abgerechnet, was teils an akkordmäßige Fließbandarbeit erinnert, wenn bestimmte Leistungen so schnell wie möglich abgehandelt werden müssen. Wäre eine Abrechnung nach Zeiteinheiten vielleicht sinnvoller?

Das wäre sehr begrüßenswert. Das starre System der „Leistungskomplexe“ wirft viele Fragen auf: Werden mit den Leistungskomplexen wirklich die Hilfebedarfe der Menschen abgedeckt? Sind die Leistungskomplexe sozusagen nur „Hilfepäckchen“, die nicht unbedingt mit dem übereinstimmen müssen, was der Hilfebedürftige selber möchte? Den Betroffenen sind die von den Komplexen umfassten Leistungen oft nur schwer vermittelbar. Unter Zeit hingegen kann sich jeder etwas ganz Konkretes vorstellen. Und die Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen wird gestärkt: Jeder zu Pflegenden kann individuell bestimmen, was er selbst leisten kann, und wozu er die gebuchte Pflegezeit nutzen will. Vielleicht wird ihm so auch bewusst, dass er viel mehr selbst machen kann, als er glaubt.

Zum Abschluss noch ein Blick in die Zukunft: Wo sollen sie herkommen, die Fachkräfte für die Pflege? Der demografische Wandel schreitet unaufhaltsam voran, doch der Nachwuchs in der Pflege wird immer weniger. Niedrige Entlohnung, schlechtes Ansehen der Berufe sowie ein frühes „Ausbrennen“ tun ihr übriges, den Beruf unattraktiv erscheinen zu lassen. Wie könnte man mehr Menschen für die Vorteile dieses Berufszweiges begeistern?

Zunächst ist da die Ausbildung – muss sie wirklich immer drei Jahre betragen, auch für Umschüler? Menschen, die aus einem anderen Beruf wechseln möchten, werden doch schon dadurch abgeschreckt, dass sie sich noch einmal drei Jahre ausbilden lassen müssen, um den Status einer Fachkraft in einer Alteinrichtung zu erlangen. Unser

Entlohnungssystem ist im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft eher am unteren Rand der Skala angesiedelt, aber für eine Anhebung muss die Branche erstmal Hausaufgaben machen und sich einig sein: Alle Beteiligten, ob freigemeinnützige oder gewerbliche Träger müssen definieren, welche Werte die Arbeit der verschiedenen Berufs- und Funktionsgruppen in Alteinrichtungen mindestens haben. Das dauernde Schielen auf möglichst niedrige Lohnkosten und damit auf reduzierte Pflegesätze führt nur kurzfristig zu einem Wettbewerbsvorteil. Langfristig führt es zu einem ruinösen Verdrängungswettbewerb, der keinem gut tut. Die Branche muß in der gesellschaftlichen Diskussion deutlich machen, dass Politik und Kostenträger die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, damit die anspruchsvolle Tätigkeit der Pflege- und Betreuungskräfte auch adäquat finanziert wird.

Um gegen das „Ausbrennen“ anzukämpfen, muss man sich frühzeitig darüber Gedanken machen, das besondere Potenzial der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzbringend und für sie selbst befriedigend einzusetzen. Zwar hat sich schon einiges getan, aber wir müssen im Bereich Personalentwicklung noch professioneller werden. In diese Struktur muss investiert werden. Es ist ein Umdenken erforderlich. Wir müssen bereit sein zu hinterfragen, ob die heutigen arbeitsorganisatorischen Vorgaben noch so hilfreich sind. Hinter die Vorstellung „alle Mitarbeiter können alles und machen alles“ setze ich ein Fragezeichen. Man sollte die individuellen Fähigkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen der Angestellten gezielter ansprechen, das wäre vielleicht

auch eine Möglichkeit, ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielter einzusetzen. So könnten die Kolleginnen und Kollegen, die aus Altersgründen keine Körperkräfte zerrrende Pflege mehr leisten können, verstärkt im administrativen und betreuerischen Bereich eingesetzt werden. Außerdem ist es heute schon weder fachlich begründet noch gesetzlich vorgeschrieben, dass nur Kranken- und Altenpfleger als Fachkräfte gelten. Das könnten auch z.B. Heilerziehungspfleger oder Ergotherapeuten sein.

Bei allen Veränderungen sollten alle Beteiligte folgendes beherzigen: Die Wertschätzung der Mitarbeiter im Betrieb ist sehr, sehr wichtig.

Georg Nicolay ist Sprecher des Fachbereichs Pflege des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., in dem 56 Träger mit insgesamt 33 ambulanten Pflegediensten und 62 stationären Pflegeeinrichtungen mit über 4.000 Plätzen zusammenarbeiten. Außerdem ist er, gemeinsam mit Dr. Holger Horrmann, Geschäftsführer der Gemeinschaft Deutsche Altenhilfe (GDA), einer GmbH, in der der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. neben weiteren paritätischen Gliederungen (Bundesverband und die Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz des Paritätischen) den Hauptanteil repräsentiert. Die GDA betreibt 8 Wohnstifte in Deutschland mit angeschlossenen Wohnpflegebereichen (Pflegestationen) und 1 Pflegeheim mit insgesamt ca. 2600 Bewohnerinnen und Bewohnern. Sie beschäftigt ca. 1400 Mitarbeiter.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Ambulante Pflege in der Praxis

Auf Tour mit Schwester Johanna

Seit dem Ende ihrer Ausbildung 2004 ist Johanna Kawurek als Gesundheits- und Krankenpflegerin in der ambulanten Pflege der paritätischen Sozialstation Wolfsburg tätig. Mit insgesamt 25 Kolleginnen pflegt sie in Wolfsburg Patientinnen und Patienten in deren häuslicher Umgebung. Schon vor der dreijährigen Ausbildung arbeitete sie dort als Helferin: „Seit gut zehn Jahren bin ich jetzt insgesamt dabei“, sagt Johanna Kawurek, die, wie in der ambulanten Pflege üblich, im Schichtdienst arbeitet. In einer Frühdienstwoche etwa stehen ab 6 Uhr die Patiententouren auf dem Plan, gegen Mittag fährt sie zur Sozialstation. Dort bringt sie ihre Dokumentationen auf den neusten Stand. Außerdem führt sie Pflegeberatungen durch, sogenannte Pflegeeinsätze nach §37 Absatz 3 SGB XI, bei denen pflegende Angehörige zu Hause beraten werden. Regelmäßig muss Schwester Johanna Wochenenddienste übernehmen und als speziell ausgebildete Fachkraft für Palliativpflege kommen entsprechende Bereitschaftsdienste zum Arbeitsplan hinzu.

Die Entscheidung, bei einem ambulanten Pflegedienst statt in einem Krankenhaus zu arbeiten, war für Johanna Kawurek, deren Nachnamen ihre Patientinnen und Patienten nie benutzen – für sie ist sie einfach „Schwester Johanna“ –, schon früh fest. „Man arbeitet viel selbstständiger, das gefällt mir. Und man ist meist der eine wichtige Ansprechpartner für die Patienten, die von mir auch länger gepflegt werden, die Bindung ist dadurch natürlich viel intensiver“, sagt sie.

Wie intensiv die Bindungen sind, wird deutlich, sobald Schwester Johanna auf „ihre“ Patienten trifft. So wie bei dem kleinen Mädchen, das von der Krankenschwester jeden Tag in einem heilpädagogischen Kindergarten besucht wird – seit zwei Jahren. Still und schüchtern sitzt sie auf ihrem Stuhl in der Kindergartengruppe, doch als sie Schwester Johanna bemerkt, leuchten ihre Augen, und ein Lächeln macht sich auf ihrem Gesicht breit. Nach einer herzlichen Begrüßung gehen die beiden in den Wickelraum. Das kleine Mädchen leidet an einem seltenen Gendefekt, der die Haut schädigt. Täglich muss Schwester Johanna ihre zahlreichen Verbände überprüfen, gegebenenfalls erneuern, und die Windel der Kleinen wechseln. „Ich habe eiskalte Hände“, warnt Schwester Johanna, „aber deine sind auch nicht gerade warm.“ Das Mädchen lacht und hilft Johanna beim Ausziehen. Die beiden sind ein eingespieltes Team. Auch wenn sie viele Patienten über Jahre hinweg pflegt, eintönig wird

der Job nie, sagt Schwester Johanna: „Es kommen immer neue Patienten mit neuen Krankheiten und neuen Schicksalen dazu. Und auch die Patienten, die ich schon länger kenne, haben gute und schlechte Tage. Man setzt sich morgens ins Auto, fährt los und weiß nie genau, was einen erwartet. Es wird nie langweilig.“

Der nächste Patient auf der Tour ist ein großer Gegensatz zu dem lebensfrohen Mädchen. Es ist ein Mann, den Schwester Johanna mit ihrer entsprechenden Zusatzqualifikation im Rahmen der Palliativpflege (siehe Kasten) der Sozialstation Wolfsburg betreut. Der Mann hat Krebs, die Tumore sind weit gestreut, er ist ans Bett gefesselt und wird von seiner Frau betreut – und von Schwester Johanna, die sich für ihn extra viel Zeit nimmt. „Bei den Palliativpatienten gibt es kein Schema F, nach dem gepflegt wird“, sagt sie. Je nach Wunsch und Bedürfnis des Patienten verrichtet Schwester Johanna reine pflegerische Tätigkeiten wie waschen, lagern oder



Schwester Johanna arbeitet seit gut zehn Jahren in der ambulanten Pflege.

mit Inkontinenzmaterial versorgen. Und wenn der Patient an einem Tag nur eine Teilwäsche will, bekommt er auch nur diese. Wenn er Nähe braucht, ist Schwester Johanna ebenfalls da. „Es kommt darauf an, was der Patient zulässt. Wenn er einfach mal in den Arm genommen werden möchte, dann habe ich damit kein Problem – viel passiert nach Gefühl.“

Bei neuen Patienten steht zunächst einmal viel „Papierkram“ an. So wie bei der Frau, von der Schwester Johanna zwar alle Daten kennt, aber andere Fragen erst beim ersten Treffen beantwortet werden. Was ist das für ein Mensch? Wie sind die Gegebenheiten vor Ort? Ist alles an Material vorhanden, was für die Pflege benötigt wird? Bei der neuen Patientin, der Schwester Johanna ab sofort mehrmals wöchentlich einen Wundverband wechseln soll, fehlt bestimmtes Verbandsmaterial zur schnelleren Heilung. Die Frau ist nicht sehr begeistert von der Aussicht, noch mehr Geld auszugeben, und schimpft auf ihre Krankenkasse und teure Medikamente. Schwester Johanna geht ruhig ihrer Arbeit nach, misst die Wunde aus und erneuert den Verband mit dem vorhandenen Material. Dann überträgt sie alle Details in die Patientenakte – die Dokumentation dauert genauso lange wie die eigentliche Pflege. „Der Schreibkram wird immer mehr“, sagt Schwester Johanna, „deshalb erledige ich das meiste auch nach meiner Tour in der Sozialstation, sonst bleibt mir zu wenig Zeit für meine Patienten.“

Von der Sozialstation aus wird die ambulante Pflege koordiniert und dokumentiert. Die Regale sind gefüllt mit Patientenakten und For-



Viel Papierkram: Die Regale in der Sozialstation sind gefüllt mit Formularen.

mularen in verschiedenen Farben. „Ein Formular bedingt das andere“, sagt Ilonka Bachmann, die gemeinsam mit der verantwortlichen Pflegefachkraft Marion Casselmann die Arbeit in der Sozialstation steuert. Das erste Formular, das sie für künftige Patientinnen und Patienten im sogenannten Erstgespräch anlegt, ist weiß. In 13 Kategorien werden die Fähigkeiten und Probleme des Patienten ermittelt und eventuelle Risiken geprüft – von „kommunizieren können“ über „essen und trinken können“ bis hin zu „mit existenziellen Erfahrungen umgehen können“. Jede Kategorie wiederum beinhaltet um die 20 Fragen, es müssen viele Felder ausgefüllt und Kreuzchen gemacht werden. Je nachdem, in welcher Kategorie der Patient gesundheitliche Risiken aufzeigt, werden diese in weiterführenden Formularen detaillierter abgefragt. „Es geht darum, zuerst das größte Problem zu identifizieren, aus dem dann alle anderen Probleme resultieren“, erklärt Ilonka Bachmann. Auf Grundlage der Daten wird dann der individuelle Hilfebedarf ermittelt und der Patient wird bei der Auswahl

der passenden Leistungskomplexe beraten. Diese sogenannten LKs umfassen verschiedene Leistungen, die sich am ehesten als „Hilfepäckchen“ umschreiben lassen. „Grundsätzlich geht immer darum, die Leistungen auszusuchen, mit denen das jeweilige Pflegeziel am besten und schnellsten erreicht wird“, erklärt Ilonka Bachmann. Nach dem Ende des Erstgesprächs werden die Stammdaten in das System eingepflegt, eine Patientenmappe erstellt und ein Maßnahmenplan erarbeitet. Im Plan wird jeder weitere Schritt festgehalten, und auch die bereits gewonnenen Daten werden ständig überprüft und aktualisiert. Nach einer neuen Behandlung oder Reha, oder falls sich der Zustand des Patienten verschlechtert, werden die Änderungen aufgenommen und in die jeweiligen Formulare übertragen.

Für Schwester Johanna steht als vorerst letzte Patientin des Vormittags eine weitere „alte Bekannte“ an. Die junge querschnittsgelähmte Frau erzählt Schwester Johanna von ihren alltäglichen Problemen: Stress mit dem Vermieter, nervige Behördengänge. Während sie die junge Frau

pfllegt, gibt Schwester Johanna ihr gleich noch ein paar Tipps, wen sie in den Angelegenheiten um weitere Hilfe bitten könnte. Das aufmunternde Gespräch, der kluge Ratschlag, das

freundliche Lächeln, der liebevolle Händedruck – für Schwester Johanna gehören diese Gesten fest zu ihrem Beruf dazu, auch wenn sie nicht in Leistungskomplexen erfasst werden.

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Die Palliativpflege in Wolfsburg

Seit 2007 bietet die Paritätische Sozialstation Wolfsburg spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) an – Pflege schwerstkranker Menschen, die an einer nicht heilbaren, weit fortgeschrittenen Krankheit leiden und denen ein menschenwürdiges Leben bis zum Tod in der gewohnten häuslichen Umgebung ermöglicht werden soll. 2010 trat die Paritätische Sozialstation dem Wolfsburger Palliativ-Netzwerk bei, dem das Wolfsburger Hospizhaus, ambulante Pflegedienste, Seelsorger, Apotheken, stationäre Einrichtungen und Wolfsburger Ärzte angehören, die eine Zusatzausbildung im Bereich der Palliativmedizin besitzen. Seitdem hält die Paritätische Sozialstation drei Pflegefachkräfte vor, die die Zusatzqualifikation Palliativpflege erworben haben, und leistet monatlich stadtweiten palliativen Bereitschaftsdienst. „Wir entsprechen mit diesem Angebot dem Wunsch vieler schwerstkranker Patienten, nicht ins Krankenhaus zu müssen. Wir begleiten sie zu Hause in ihrer letzten Lebensphase“, erklärt die verantwortliche Pflegefachkraft Marion Casselmann.

Die speziell ausgebildeten Palliativhelfer übernehmen in enger Absprache mit dem Arzt Aufgaben, die über die übliche Pflege hinausgehen. So gehört etwa die „Portpflege“, also der Umgang mit einem Venenkatheter, dazu. Palliativpflege

nehmen Blut ab und legen Magensonden. Der Bereitschaftsdienst stellt sicher, dass die Patienten im Notfall schnell versorgt werden – in der Sozialstation steht dafür die „SAPV-Box“ bereit, eine speziell bestückte Notfallbox mit allen nötigen Medikamenten, abgestimmt auf den jeweiligen Palliativpatienten. Die „kurzen Drähte“ innerhalb des Netzwerkes sorgen außerdem für schnelle Kommunikation zwischen den Kooperationspartnern.

Die Einhaltung der Leistungskomplexe tritt bei der Palliativpflege in den Hintergrund. Die einzelnen Posten werden nicht zwingend der Reihe nach abgearbeitet, die aktuellen Wünsche und Bedürfnisse des Patienten haben höhere Priorität. Und die Pflegefachkräfte bringen mehr Zeit für diese Patienten mit: „Die Besonderheit der Palliativpflege ist, dass die Pflegekräfte nicht ständig auf die Uhr gucken müssen“, sagt Marion Casselmann.

Von den Betroffenen und ihren Angehörigen wird diese besondere Art der Pflege dankbar angenommen. „Es ist gut, dass es dieses Angebot gibt“, sagt Frau N.*, deren Mann seit fünf Wochen die Palliativpflege der Paritätischen Sozialstation erfährt. Eine Betreuung in einem Pflegeheim sei für ihren Mann nicht in Frage gekommen, erzählt sie. „Es war ihm sehr wichtig, zu Hause sein zu können.“ Ganz ohne Unterstüt-

zung sei es ihr jedoch nicht möglich gewesen, ihren Mann zu pflegen. Bekannte empfahlen ihr schließlich das Angebot der Paritätischen Sozialstation. Täglich kommt seitdem eine Palliativpflegerin ins Haus des Ehepaars N., um Herrn N. beim Waschen zu helfen, ihn zu lagern, seine Symptome zu kontrollieren und sich nach seinem Wohlbefinden zu erkundigen – und um mit ihm und seiner Frau zu sprechen. „Die Gespräche mit den Betroffenen und ihren Angehörigen sind schon eine besondere Herausforderung, denn es gibt da kein Tabu, viel dreht sich um Sterben und Tod. Aber diese Gespräche sind sehr wichtig und gehören dazu“, sagt Schwester Johanna, eine der speziell geschulten Palliativpflegekräfte der Sozialstation.

Frau N. erkennt und lobt die Besonderheiten der Palliativpflege, die ihr und ihrem Mann Kraft und Trost spendet. „Die Pflegerinnen, die zu uns kommen, sind immer sehr ruhig und lassen sich Zeit. Keine lässt sich den Stress anmerken, den ihr Beruf mit sich bringt. Sie gehen auf unsere Wünsche ein und nehmen immer sehr viel Rücksicht, das ist schon eine unwahrscheinlich große Hilfe.“

* Name geändert

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Altenpflege – ein Beruf mit Zukunft!

Praxisnahe fundierte Ausbildung mit Qualifikation auf hohem Niveau

Die Berufsfachschule Altenpflege des Albert-Schweitzer-Familienwerks e.V. in Uslar bildet seit 20 Jahren Altenpflegerinnen aus. In diesen zwanzig Jahren gab es einige Veränderungen in der Ausbildungsstruktur. So wurde aus einer zweijährigen, rein schulischen Ausbildung mit einzelnen kurzen Praxiseinsätzen, ein dreijähriger Ausbildungsgang entwickelt, der neben 2400 Unterrichtsstunden qualifizierter schulischer Ausbildung zugleich einen Praxisanteil von 2500 Stunden in den Einrichtungen der Altenpflege umfasst. Die Schülerinnen erhalten eine Ausbildungsvergütung vom Träger der Praxiseinrichtung. Diese Entwicklung wurde durch die bundeseinheitliche Regelung der Altenpflegeausbildung möglich. Auf der Grundlage des Altenpflegegesetzes des Bundes sind die niedersächsischen Rahmenrichtlinien für die Berufsfachschule Altenpflege entstanden. Danach haben heute die Träger der praktischen Ausbildung sowie die jeweilige Altenpflegehochschule als Kooperationspartner gemeinsam die Verantwortung für eine gute und fundierte Ausbildung.

Eine Altenpflegerin lernt nicht nur, die Pflege von Menschen fachkundig durchzuführen, sondern auch, Menschen im Alter bedürfnisorientiert zu beraten und zu begleiten. Aus diesem Grund wird neben der Vermittlung medizinisch-pflegerischer Inhalte auch viel Wert auf den Erwerb berufskundlicher und pädagogisch-psychologischer Kenntnisse gelegt. Die Berufsfachschule Altenpflege des Albert-Schweitzer-Familienwerks e.V. in Uslar bietet zudem den Erwerb zertifizierter Zusatzqualifikationen an, etwa im Bereich *Kinästhetik* und *Basale Stimulation*.

Die Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems in Niedersachsen wurde in den letzten Jahren weiterentwickelt. Durch die Einführung des *Protokollierten Beratungsgesprächs* ist auch ein Quereinstieg in die Ausbildung möglich. Langjährige berufliche Erfahrungen und in der täglichen Praxis erworbene Kompetenzen werden somit anerkannt. Ausgebildete Altenpflegerinnen können auf ihren beruflichen Abschluss aufbauen und sich weiter qualifizieren, wie z.B. zur

Pflegedienstleitung. Zukünftig wird es sogar wieder möglich sein, während der Ausbildung zur Altenpflegerin die Fachhochschulreife zu erwerben.

Die Voraussetzungen für eine praxisnahe und theoretisch fundierte Ausbildung sind optimal. Die Ausbildung zur Altenpflegerin ist zukunftsorientiert und ermöglicht eine fachliche Qualifikation auf hohem Niveau. Unsere Absolventinnen sind in allen Aufgabengebieten der Altenpflege erfolgreich tätig. Absolventinnen brauchen sich keine Sorgen über ihren künftigen Arbeitsplatz zu machen. Sie werden dringend gebraucht. Das ist ein gutes Gefühl und es erhöht die Motivation während der Ausbildung. Insgesamt kann man durchaus von einer positiven Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung in Niedersachsen sprechen.

Altenpflege – ein Beruf mit Zukunft?

Doch allein die Rahmenbedingungen machen es sowohl den Auszubildenden als auch den Trägern der praktischen Ausbildung und den Schulen schwer, eine gute Ausbildung für alle Bewerberinnen zu garantieren. Träger von Einrichtungen der Altenhilfe müssen schon ein besonderes Engagement zeigen, wenn Sie die Anforderungen des Pflegealltags mit den besonderen Anforderungen der Ausbildung in Einklang bringen wollen. Anleitertreffen können oftmals nur außerhalb der Dienstzeit besucht werden, und zusätzlicher Aufwand für gute Anleitung kann nur selten



Die ersten Handgriffe im Grundkurs Kinästhetik.

honoriert werden. Die finanzielle Belastung wird auch durch die 50 Euro monatlich, die seit eineinhalb Jahren durch das Pflegepaket des Landes pro Auszubildendem abgerufen werden können, nicht aufgefangen werden. Dass unter diesen Umständen die Bereitschaft in den Einrichtungen nicht besonders hoch ist, sich an der Ausbildung zu beteiligen, ist nachvollziehbar.

Auch die Schulen erleben sich in dem Spannungsfeld von Anforderungen durch die Landesschulbehörde und die der Praxis weitgehend hilflos. So dürfen bspw. keine Ausbildungsverträge mit Einrichtungen unterschrieben werden, die nicht mindestens 80% der Ausbildungsvergütung zahlen können. Was also tun, wenn eine Bewerberin freudig ihren Vertrag präsentiert? Endlich hat sie, nach eineinhalb Jahren Wartezeit, einen praktischen Ausbildungsplatz gefunden. Sie ist bereit, für die vereinbarte Ausbildungsvergütung die Stelle anzutreten. Nun liegt der „Schwarze Peter“ bei der Schule, die den Vertrag nicht unterschreiben darf, da die Einrichtung nicht die geforderten 80% der Vergütung übernimmt. Diese Situation ist für die Schulen sehr belastend. Es ist weder Geiz noch Gewinnsucht, der die Einrichtungen dazu bringt, niedrige Vergütungen zu vereinbaren. Nein, es ist ein einfaches Rechenexempel zwischen Aufwand und den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, und so ist die Schule gezwungen, Kooperationen mit Altenheimen abzulehnen, mit denen man erfolgreich ausbilden könnte.

Damit wird in Niedersachsen ein wirklich gutes Ausbildungskonzept an der Basis bereits erstickt. Die Kooperationspartner Altenpflegeschu-

le und Praxiseinrichtung erleben einen enormen Interessenkonflikt. Auf der einen Seite schreibt die Schule der ausbildenden Einrichtung vor, wie der Praxisvertrag auszusehen hat. Die Einrichtung wiederum ringt um jede Stunde, für die die Auszubildende kostendeckend einzusetzen ist. Verweigert sich die Praxiseinrichtung, kann/darf die Schule ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen und ist selbst in ihrer Existenz gefährdet. Diese Situation ist für beide Seiten unerträglich. Auf der Strecke bleibt dabei oft eine engagierte und hoch motivierte zukünftige Pflegefachkraft – die Schülerin!

Das Land klagt währenddessen über die geringe Bereitschaft der Träger der Altenhilfe, Verantwortung für den schon bestehenden Pflegenotstand zu übernehmen und fordert dazu auf, die Anzahl der praktischen Ausbildungsplätze zu erhöhen. Zur Gewinnung junger Menschen werden kostspielige Imagekampagnen für den Beruf gestartet. Solange das Land seine Verantwortung nicht wahrnimmt und eine solide Basis für die Finanzierung der Ausbildung schafft, sehe ich für die Zukunft des Berufes schwarz! Es gibt für engagierte, junge Menschen in unserem Land eine große Auswahl an Berufen, in denen sie spannender ihre Ausbildung absolvieren können. Bewerberinnen sollten einen sicheren Ausbildungsplatz garantiert bekommen, der im Rahmen einer guten und konstruktiven Kooperation zwischen Schule und Einrichtung eine stabile Basis bietet, das Ausbildungskonzept auch lebbar umsetzen zu können.

Ein Blick in die Zukunft

Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass Veränderungen notwendig werden,

wenn auch zukünftig ausreichend Pflegekräfte zur Verfügung stehen sollen. Die Tendenz geht dahin, dass bundesweit über generalistische Ausbildungskonzepte nachgedacht wird, die die Pflegeberufe (Gesundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege) zusammenfassen. Manche Konzepte sehen eine Spezialisierung nach einer gemeinsamen Grundausbildung vor, andere sprechen sich für eine dreijährige grundständige Ausbildung aus, die einen direkten Einstieg in alle Tätigkeitsfelder im Berufsfeld Pflege ermöglicht. Eine solche Entwicklung wäre zunächst zu begrüßen, da sie die Altenpflegeausbildung aufwertet. Es besteht jedoch die Gefahr, dass Inhalte der Altenpflege, die über die reine Pflege hinausgehen, zukünftig noch mehr in den Hintergrund treten werden oder ganz zu verschwinden drohen. Daher sollten alle Akteure wachsam sein und sich für die Gleichwertigkeit der Inhalte aller beteiligten Ausbildungsgänge engagieren.

*Malica Belbouab, Schulleiterin
Berufsfachschule Altenpflege des
Albert-Schweitzer-Familienwerks e.V.*

*Kontakt und weitere Informationen:
Albert-Schweitzer-
Familienwerk e.V.
Berufsbildende Schulen
-staatlich anerkannte Ersatzschul-
Jahnstr. 2, 37170 Uslar
Tel. 055 71 924 31 30
Fax 055 71 924 31 12
Homepage: www.familienwerk.de
E-Mail: belbouab@familienwerk.de*

Im Text sind zugunsten der besseren Lesbarkeit Frauen und Männer unter der weiblichen Sprachform zusammengefasst.

Der Beruf

Die Altenpflege ist ein sozial-pflegerischer Beruf. Aufgabe ist die Beratung, die Begleitung und die Pflege alter Menschen. Altenpflegerinnen und Altenpfleger unterstützen alte Menschen bei der Gestaltung einer wichtigen Lebensphase, damit ihnen auch unter den Bedingungen sozialer, körperlicher und psychischer Einschränkungen die Kontrolle über ihre Umwelt so weit wie möglich erhalten bleibt oder wieder zugänglich gemacht wird.

Die Aufnahmevoraussetzungen

In die Berufsfachschule Altenpflege kann aufgenommen werden, wer den Sekundarabschluss I (Realschulabschluss) erworben hat oder über eine andere abgeschlossene zehnjährige Schulbildung verfügt, die

den Hauptschulabschluss erweitert, oder eine erfolgreich abgeschlossene, mindestens zweijährige Berufsausbildung oder eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung zur/zum Altenpflegehelfer/in oder Krankenpflegehelfer/in nachweist. In die Klasse 2 der Berufsfachschule Altenpflege kann aufgenommen werden, wer die Berufsfachschule Pflegeassistenz abgeschlossen hat. In die Klasse 3 der Berufsfachschule Altenpflege kann aufgenommen werden, wer die Fachschule Heilerziehungspflege abgeschlossen hat.

Die Unterrichtsfächer und Lernfelder

Laut Stundentafel der EB-BbS-VO vom 10.06.2009 werden an den Berufsfachschulen Altenpflege ins-

gesamt 2400 Unterrichtsstunden erteilt, sowohl in übergreifenden als auch in berufsbegleitenden (Theorie) Lernbereichen.

Die praktische Ausbildung

Im Rahmen der praktischen Ausbildung (2500 Stunden) sind Praktika in mindestens 3 der folgenden Bereiche der Altenhilfe zu absolvieren:

- stationäre und teilstationäre Einrichtungen der Altenhilfe
- Sozialstationen oder entsprechende Einrichtungen
- gerontopsychiatrische Einrichtungen
- ein Krankenhaus mit geriatrischer Abteilung
- Einrichtungen der offenen Altenhilfe
- Sozialstationen oder entsprechende Einrichtungen

Innovatives Fortbildungskonzept in Cuxhaven

Neues Weiterbildungssystem an Paritätischer Berufsfachschule für Altenpflege

Es weht ein frischer Bildungswind in Cuxhaven. Die Berufsfachschule für Altenpflege des Paritätischen Cuxhaven (PAF) arbeitet seit April 2011 mit dem Weiterbildungssystem der perfectplace Bildungsmanagement GbR Bremen zusammen, und das wirklich erfolgreich: „In den letzten vier Wochen gab es rund 30 Anmeldungen. Von der Pflegedienstleitung über die Fachkraft Palliativ Care bis hin zum Hygienebeauftragten ist alles dabei. Und auch Einzelkurse werden mittlerweile gern und zunehmend gebucht“, freuen sich Christine Stosch-Heinze, Leiterin der Paritätischen Altenpflegeschule in Cuxhaven, und Jaqueline Bomball,

Mitarbeiterin der perfectplace. Beide, langjährig in der Altenpflegeaus- und Fortbildung tätig, wollten einen neuen Weg und eine neue Art berufsbegleitender Bildungsprozesse für die Altenpflege.

Nicht nur der Fachkräftemangel, auch die relativ kurze Verweildauer im Beruf ist ein großes Problem des Arbeitsfeldes Pflege: Nur 8,4 Jahre arbeiten Altenpflegekräfte im Schnitt in ihrem Beruf. Diesem Trend wollen die Paritätische Berufsfachschule für Altenpflege und perfectplace mit ihren Fortbildungsangeboten entgegensteuern. Die Kurse bieten künftigen und

aktuellen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen interessante Perspektiven und Entwicklungschancen zur nachhaltigen und dauerhaften Qualifikation. „Unsere Schule trifft mit diesem umfangreichen und differenzierten Weiterbildungsangebot genau den Bedarf sich wandelnder beruflicher Anforderungen und leistet einen weiteren Beitrag im Kampf gegen den Pflegekräftemangel“, fasst Klaus-Dieter Fortmeyer, Geschäftsführer des Paritätischen Cuxhaven, die Vorteile des Angebots zusammen.

Zentral für das innovative Bildungskonzept ist sein modularer Aufbau,

bei dem sich alle Fort- und Weiterbildungen aus sogenannten „Powerkursen“ zusammensetzen. Diese sind eine Mischung aus Präsenzseminar, das über vier Unterrichtsstunden in den Räumen der Paritätischen Schule stattfindet, und weiteren vier Stunden „Homelearning“, in denen das vermittelte Wissen anhand von themenspezifischen Selbstlernbriefen der perfectplace aufbereitet, vertieft, angewandt und ergänzt wird. Diese Kursbausteine finden sich in den Zusatzqualifikation des Systems (z.B. 4-Tageskurs: „Sterbende Menschen würdevoll begleiten“) und ebenso in den Fach- und/oder Führungsweiterbildungen (z.B. Fachkraft Palliativ Care). Selbstverständlich

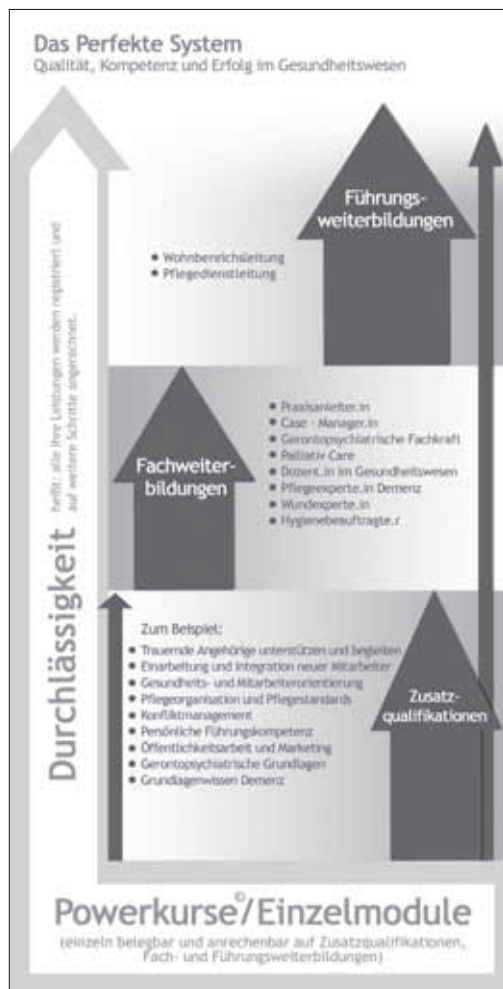
werden alle Leistungen auf weitere Bildungsschritte angerechnet, die Durchlässigkeit von Anfang bis Ende ist eine Grundvoraussetzung für gute Bildung.

Das bedeutet auch, dass Überschneidungen, die es zwischen den verschiedenen Weiterbildungen gibt, konsequent zum Vorteil der Teilnehmer genutzt werden. So treffen zum Beispiel die angehenden Pflegedienstleitungen manchmal auf die Teilnehmerinnen der Weiterbildung „Dozent/in im Gesundheitswesen“ und lernen zu einem Thema zusammen. Das hat nicht nur den Vorteil, dass Teilnehmerinnen quasi parallel für mehrere Abschlüsse arbeiten, sondern

ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Public Health und Pflegeforschung der Universität Bremen mit diesen Themen vertraut und forscht dort langjährig zur Verbesserung der Pflegeaus-, fort- und -weiterbildung.

Eine wirklich individuelle Begleitung jedes Einzelnen ergibt sich aus der Bearbeitung der Lehrbriefe. Zu ihren Vor- oder Nacharbeiten, die die Teilnehmer selbstständig leisten, erhalten sie von den Dozenten individuelle Rückmeldungen. Dadurch können Lernfortschritte, aber auch -probleme sofort bemerkt und rückgemeldet werden – das gelingt vor allem durch die Kombination von Präsenz- und Selbstlernzeit. „In den Seminaren konzentrieren wir uns auf die Gruppe und in der Selbstlernzeit auf jeden Einzelnen – das ermöglicht wirkliche Erkenntnisse und individuelle Begleitung“ betont Jaqueline Bomball. Christine Stosch-Heinze ergänzt: „Wir wissen schon lange um den Fortbildungsbedarf der Pflegeeinrichtungen. Doch diese Bedarfe zu erfüllen, ist nicht immer so einfach. Sie sind sehr verschieden und deshalb ist es notwendig, wirklich alle führenden Bildungsmöglichkeiten parallel anzubieten.“ Faktoren wie lange Anfahrtswege zu entfernten Bildungsstätten und Ganztags- oder Wochen-seminare, die schwer mit Beruf und Privatleben vereinbar sind, wirken oft abschreckend. Bei dem neuen Angebot hingegen stehen ständige und praxisrelevante Bildungsprozesse sowie die Vereinbarung von Weiterbildung, Beruf und Familie im Fokus.

Weitere Infos gibt es unter www.perfect-place.de und www.paritaetischer.de/kreisgruppen/cuxhaven



Aufbau des durchlässigen Weiterbildungssystems.

dass sich unterschiedliche Spezialisten auch immer in die zukünftigen Arbeitsfelder der anderen mit hinein denken müssen. Das führt zu mehr Verständnis untereinander. „Die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und der Arbeitgeber sind durchweg positiv. Toll ist, zu sehen, wie begeistert das neue System angenommen wird“, berichtet Christine Stosch-Heinze.

„Was mir daran so gefällt“, sagt Jaqueline Bomball, „ist, dass sich schon in der kurzen Zeit eine wirklich lebendige Lernkultur entwickelt hat. Die Teilnehmerinnen sind in ständiger Auseinandersetzung mit den neuen Erkenntnissen, die sie wöchentlich berufs begleitend neu aufnehmen. Das Wissen ist präsent, wird in der Praxis überprüft und angewendet – das ist, was wir wollen: Theorie-Praxistransfer.“ Und Jaqueline Bomball weiß, wovon sie spricht: Sie

Paritätischer Cuxhaven

Bedarf übersteigt das Angebot

Versorgungsnetz der Ambulanten Psychiatrischen Pflege (APP)

muss ausgebaut werden

„Die Zahl psychischer Erkrankungen ist bei Arbeitnehmern in Deutschland im vorigen Jahr so stark angestiegen wie noch nie. Im Jahr 2010 gab es 13,5 Prozent mehr Krankheitstage wegen psychischer Leiden. Depressionen und andere psychische Krankheiten machten ein Achtel des gesamten Krankenstandes aus. Diese Diagnosen spielen eine fast doppelt so große Rolle wie noch 1998.“

(DAK-Gesundheitsreport 2011)

Fast jedes Jahr werden mittlerweile solche oder ähnliche Zahlen veröffentlicht. Die Thematik ist also beileibe nicht neu und die Zunahme psychischer Erkrankungen in Deutschland und die Bedingungen Ambulanter Psychiatrischer Pflege werden bereits seit über anderthalb Jahrzehnten in der Fachöffentlichkeit konkreter diskutiert. Als besondere Versorgungsform der Ambulanten Pflege spielte die „Ambulante Psychiatrische Pflege“ („APP“) daher – theoretisch – schon lange eine wichtige Rolle, nur sind leider die Rahmenbedingungen für die Leistungserbringung erst 2004/2005 auf den Weg gebracht worden, und das sowohl halbherzig als auch uneinheitlich. Parallel zur Entwicklung in der integrierten Versorgung wurde erstmalig im Jahre 2005 auch die Regelversorgung für die ambulante psychiatrische Pflege implementiert.

Integrierte Versorgung

Bereits ab 2004 wurde die Ambulante Psychiatrische Pflege im Rahmen von integrierten Versor-

gungsverträgen (SGB V §§ 140 ff.) an einzelnen Standorten etabliert. Diese besonderen Verträge ermöglichen Vergütungsmodelle, Übergangsregelungen und Diagnoseeinschlüsse, die erheblich über die Richtlinien der Regelversorgung bzw. Standardverträge hinausgehen. Hiermit wurde – bereits vor Etablierung der Regelversorgung – eine innovative Versorgungsstruktur geschaffen, die sich in Leistungsfähigkeit und Kosteneffizienz positiv von der Regelversorgung abhebt. Die größte Zahl der Vertragsabschlüsse für die integrierte psychiatrische Versorgung erfolgte in Niedersachsen (!). Die niedersächsischen Erfahrungswerte aus dieser Versorgungsform trugen dazu bei, dass die Krankenkassen seit 2007 eine bundesweite Umsetzung der integrierten psychiatrischen Versorgung vorantreiben. Derzeit deuten alle Zeichen darauf hin, dass die integrierte psychiatrische Versorgung als zukunftsfähige Struktur dauerhaft fortbestehen wird.

Regelversorgung

Am 01.07.2005 definierte der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) psychiatrische Hauskrankenpflege im Sinne des SGB V und ermöglichte die ärztliche Verordnung psychiatrischer Leistungsinhalte für ambulante Pflegedienste. Die Erfahrungen und Möglichkeiten aus der integrierten Versorgung wurden dabei leider nicht berücksichtigt, und so wurde gegen alle wissenschaftliche Erkenntnis die Verordnungsmöglichkeit zeitlich und diagnostisch

enorm eingegrenzt. Die Umsetzung der Richtlinien bestimmen die örtlichen Kostenträger. Aufgrund fehlender bundeseinheitlicher Rahmenbedingungen sind dabei große regionale Unterschiede entstanden und haben zu keiner ausreichenden Versorgungsdichte in Deutschland geführt. Dennoch ist diese Regelaufnahme ambulanter psychiatrischer Leistungsinhalte in den ärztlichen Verordnungskanon als wichtiger Meilenstein für die psychiatrische Hauskrankenpflege zu betrachten.

Ziele und Methoden der APP

Vorrangiges Ziel der APP ist, wiederkehrende Klinikaufenthalte, die von den Betroffenen und dem sozialen Umfeld häufig als stigmatisierend empfunden werden, zu vermeiden. Die APP soll außerdem die Unterstützung der ärztlichen Behandlung sichern und etwaigen Behandlungsabbrüchen durch den Patienten vorbeugen. Insofern ähneln die grundsätzlichen Ziele gemäß § 37 SGB V denen der „klassischen“ ambulanten Pflege. Psychiatrische Erkrankungen gehen jedoch in aller Regel mit einer Beziehungsstörung und gestörter Fremd- und Selbstwahrnehmung einher. Als oftmals einzige Vertrauensperson ist die Pflegefachkraft dabei Scharnier und Bindeglied zwischen dem Patienten und Beratungsstellen, Kliniken, Rehabilitationseinrichtungen, Ärzten, Therapeuten, Tageskliniken, betreutem Wohnen und anderen psychosozialen Diensten und Angeboten. Die Häufigkeit der Besuche bzw. Pflegeeinsätze orientiert sich an dem Bedarf der Pati-

enten und kann von mehrmals täglich bis einmal monatlich variieren.

Qualitätsanforderungen

Die Beziehungsarbeit als wesentliches Werkzeug in der psychiatrischen Pflege setzt bei den Fachkräften ein hohes Maß an Selbstreflexion, differenzierter Selbsteinschätzung und die Fähigkeit zu strukturierter Kommunikation und zu Interventionsstrategien voraus. Ein differenziertes Verständnis und detaillierte Kenntnisse über die Formenkreise der jeweiligen Erkrankungen (Schizophrenie, Depression, Angsterkrankungen, bipolare Störungen etc.) und auch deren medikamentöse Behandlung sind dabei selbstverständlich ebenfalls Voraussetzung.

Die fachlichen und personellen Anforderungen an den psychiatrischen Pflegedienst sind daher vergleichsweise hoch (siehe Kasten). Diese Anforderungen sind aufgrund der komplexen Tätigkeitsbereiche aus Qualitätsgründen allerdings auch notwendig und sinnvoll. Sie erschweren für die Patienten jedoch andererseits den Zugang zu Leistungen der APP, da die Versorgungsdichte immer noch sehr zu wünschen übrig lässt.

Die Kosten für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von bestehendem Fachpersonal oder dessen Einkauf sind nämlich relativ hoch, zudem sind die Angebote für solche (Aus-) Bildungsmaßnahmen relativ dünn gesät. Dies führt bis heute dazu, dass der Bedarf an Leistungen der APP das entsprechende Angebot bei weitem übersteigt, da der Weg zu einem anerkannten psychiatrischen Fachpflegedienst für den Leistungsanbieter steinig, langwie-

rig und teuer ist. Zu fordern ist daher, dass die Kosten für Fachpersonalbeschaffung oder die Aus- und Weiterbildung bestehenden Personals in die Leistungsvergütung „eingepreist“ werden. Zudem ist ein dichteres Netz von entsprechenden Aus- und Weiterbildungsangeboten erforderlich.

Perspektiven

Gerade in Niedersachsen ist die Entwicklung der APP gegenüber anderen Bundesländern deutlich vorangeschritten. Insbesondere durch den hier verorteten Ausbau der Versorgung in Form von IV-Verträgen ist eine patienten- und sachgerechtere Leistungserbringung möglich. Auch wenn die umfangreichen personellen und strukturellen Anforderungen entsprechende Investitionen in die Etablierung eines solchen Angebotes nach sich ziehen, so kann dennoch die APP zu einem weiteren wichtigen Baustein im Kontext klassischer pflegerischer Angebote und Leistungen werden.

Dem hohen Spezialisierungsgrad und damit verbundenen Aufwand steht ein nicht gedeckter, wachsender Bedarf gegenüber. Nicht zuletzt durch zusätzliche, ergänzende Angebote der Eingliederungshilfe (SGB XII, §§ 53, 54) – „Ambulant Betreutes Wohnen (ABW)“ oder gar die Einrichtung einer Tagesstätte für psychisch/seelisch behinderte Menschen – lässt sich eine Versorgungskette aufbauen, die dem steigenden Bedarf idealtypisch gerecht wird.

*Andreas Laumert
Geschäftsführer Paritätischer
Salzgitter/Wolfenbüttel*

Qualitative und strukturelle Anforderungen an APP

(Regelversorgung Niedersachsen, Auszug), Vergütung

Strukturelle

Mindestvoraussetzungen

- eigenständiger Pflegedienst
- eigene Geschäftsräume
- ständige Erreichbarkeit
- doppelte Buchführung
- Berufsgenossenschaft
- Betriebshaftpflicht

Personelle

Mindestvoraussetzungen

- PDL: exam. Kranken- bzw. Altenpfleger/in mit Berufsbefähigung zur psych. Fachkrankenpflege, alternativ sozialpsychiatrische Zusatzausbildung, drei Jahre Berufserfahrung im psychiatrischen Bereich in den letzten 5 Jahren, 460 Stunden Leitungsfortbildung, mindestens 30 Std./Wo.
- stellv. PDL: wie PDL, ohne Leitungsfortbildung, 20 Std./Wo.
- Pflegefachkräfte: exam. Kranken- und Altenpfleger/innen mit 200 Std. Zusatzausbildung im psychiatrischen Bereich, zusammen mindestens 115,5 Std./Wo.
- Fortbildung: Mindestens 20 Stunden pro Vollzeitkraft in zwei Jahren

Vergütung

- Leistungseinheit: 45 Minuten
- Vergütung: 34,67 Euro je Einheit
- Wegepauschale: 3,21 Euro pro Einheit

Ambulante Psychiatrische Pflege (APP) beim Paritätischen Salzgitter/Wolfenbüttel

Die Ambulante Psychiatrische Pflege des Paritätischen Salzgitter/Wolfenbüttel (APP) existiert seit November 2006. Seinerzeit wurde dieses Angebot auf Anfrage der BKK Salzgitter und mit deren Unterstützung auf der Basis eines IV-Vertrages etabliert.

Das Angebot versteht sich vor allem als postklinische Versorgung, um eine erneute Dekompensation der Betroffenen und den sogenannten „Drehtür-Effekt“ zu vermeiden. Ziel ist es, durch kontinuierliche Unterstützung im täglichen Leben des Patienten für Stabilität zu sorgen. Derzeit werden ca. 50 Patienten durch die APP Salzgitter/Wolfenbüttel versorgt. Die häufigste Form der Unterstützung besteht im Training lebenspraktischer Kompetenzen, wie z. B. Etablierung von Tagesstrukturen, die Hilfe bei der Wiederaneignung von alltäglichen Kompetenzen wie Einkaufen, Kochen, Putzen bzw. die Förderung der entsprechenden Motivationen sowie Unterstützung bei Behörden- und Arztbesuchen. Gleichmaßen von Bedeutung ist die Arbeit an der Adhärenz des Patienten: Wissen um die Krankheit und Akzeptanz dieser Erkrankung, Einsicht in die Notwendigkeit der Medikation oder bestimmter Verhaltensweisen (Psychoedukation).

Ein weiteres großes Arbeitsfeld ist der Aufbau von sozialen Kontakten des Patienten, eine Vermeidung von Isolation und Verwahrlosung. Hierbei spielen auch Gruppenangebote oder Projekte für Patienten eine große Rolle. Die aufsuchende APP findet ja stets beim Patienten in seiner eigenen Häuslichkeit statt. Für die Betroffenen ist die Möglichkeit der Kontaktaufnahme „nach außen“ ein dringendes Bedürfnis. Sie sind durch ihre Erkrankung häufig in den unterschiedlichsten Lebensbereichen von der Gemeinschaft abgeschnitten und leiden in der Folge unter sekundären Behinderungen.

Mittlerweile haben unsere Mitarbeiter/-innen die erforderlichen Aus- und Fortbildungen nahezu vollständig absolviert, und ab September dieses Jahres werden wir die Regelanerkennung als Psychiatrischer Fachpflegedienst Salzgitter/Wolfenbüttel erhalten.

Ein gelungenes Beispiel erfolgreicher APP ist die Entwicklung der 43-jährigen Patientin, die an einer paranoiden Schizophrenie leidet: Nach einem langen Leidensweg mit 15-jähriger Psychiatrie-Erfahrung und mehreren Suizidversuchen beschreibt sie ihre Lebenssituation heute als

stabil. Sie hat es geschafft, aus der „Drehtür“ auszusteigen. Unterstützt hat sie die behutsame, verständnisvolle Begleitung und viele entlastende Gespräche durch unseren Dienst. Durch die Erarbeitung der Akzeptanz im Umgang mit ihrer Erkrankung (z. B. regelmäßige Medikamenten-Einnahme, regelmäßige Begleitung zum Arzt), haben sich die Patientin und ihre Familie ein großes Stück Lebensqualität zurückerobert. Sie schafft es heute, die gemeinsam erarbeitete Tagesstruktur zuhause alleine umzusetzen und nimmt auch die Arztbesuche oder notwendige Einkäufe alleine wahr. Als größten Erfolg sieht sie, dass sie seit zwei Jahren keine Klinikeinweisung mehr erleben musste und sie es wieder schafft, ihr Leben selbstständig „zu wuppen“, wie sie selber sagt.

*Linda Adjei
Leiterin Ambulante Psychiatrische
Pflege des Paritätischen Salzgitter*

Minou und Nadesha: Therapeutische Hilfe auf vier Pfoten

Alltag dementer BewohnerInnen im GDA Pflegeheim Hannover-Ricklingen



Tierischer Therapiehelfer: Kater Minou gehört ebenso wie Katze Nadesha und Hündin Luna zum Konzept des GDA Pflegeheims Hannover-Ricklingen.

Herr B. steht im Anzug, perfekt rasiert und frisiert vor dem Spiegel im Flur und rückt seine Krawatte zu recht. Eine Mitarbeiterin grüßt ihn freundlich – er erwidert: „Guten Morgen, kann ich Ihnen behilflich sein?“ Dies ist nur eine kleine Episode aus dem Alltag eines Bewohners und einer Mitarbeiterin des gerontopsychiatrischen Bereichs im GDA Pflegeheim Hannover-Ricklingen, in dem demenziell veränderte und erkrankte Menschen leben. Tagtäglich gibt es dort viele Begegnungen der „besonderen Art“ – liebenswerte, wie die oben beschriebene, aber auch Gefühlsentladungen, Tränen und Wutausbrüche, wie sie im „normalen“ Leben eben auch vorkommen.

An der Tür des Dienstzimmers des Bereichs hängt ein Plakat mit der Überschrift: „Unsere Haus-Unordnung“. Da heißt es: „Herzlich willkommen in unserer Welt, die vielleicht manchmal anders ist, als die, die für Sie bekannt und nor-

mal ist, in der wir aber so, wie wir leben – uns meist sehr wohl fühlen.“ Unsere Welt – was mag das bedeuten? Die Zimmer stehen immer offen – die Grenzen zwischen „Mein“ und „Dein“ verschwimmen, und schlussendlich bleibt ein Bett ein Bett, das zum Schlafen einlädt – ungeachtet eines Namens an der Zimmertür.

Bewohnerinnen und Bewohner nehmen sich selbst ganz anders wahr, als wir das tun – sie werden zu Eltern, Kindern, Geschwistern. Fürsorglich kümmert man sich umeinander. Es wird zum Essen und Trinken animiert, gestreichelt, zu Bett gebracht und umgezogen. Unablässig wird gesummt und gebrummt, eine Endlosschleife folgt der nächsten – unterbrochen von wenigen Momenten, z. B. wenn die Katze morgens ins Zimmer kommt und sich schnurrend auf dem Bett niederlässt, oder wenn die Pflegekraft vom Frühling berichtet und zu einem Ausflug auf den Balkon

einlädt – dann kehrt für winzige Bruchteile der Zeit etwas Ruhe ein.

Feierliches und Feste haben für die BewohnerInnen eine starke Bedeutung – sie wecken viele schöne Erinnerungen. Jede Gelegenheit zum geselligen Beisammensein wird genutzt, ob Valentinstag, Muttertag, Frühlingsanfang, das erste Grillen im Jahr oder auch die traditionellen Festtagen wie Ostern und Weihnachten. Und wenn Musik im Spiel und alles festlich dekoriert ist, dann wird gemeinsam gesungen, gelacht und vor allem getanzt!

Ein wichtiger Bestandteil des Gerontokonzeptes des GDA Pflegeheims Hannover-Ricklingen ist die Arbeit mit Tieren: Die zwei Katzen Minou und Nadesha sind eine große therapeutische Unterstützung. Sie sind Tröster und Clowns, sie hören zu und können mit einem Schnurren und einem behaglichen Strecken so viel mehr ausdrücken als Worte es vermögen. Das tierische

Trio komplettiert Hündin Luna, eine stattliche Antikdogge, die ihre Prüfung zum Therapiebegleithund im Frühjahr 2011 erfolgreich abgeschlossen hat. Ob kegeln, würfeln oder Jacke ausziehen, Luna macht alles mit und die Bewohner haben viel Freude an ihr.

Wertvolle Hilfe und Unterstützung bekommen die BewohnerInnen und MitarbeiterInnen durch das externe Netzwerk. Sei es durch den Neurologen, der regelmäßig zu großen und kleinen Visiten und Fallbesprechungen ins Haus kommt. Oder durch die Ergotherapeutin, die mit viel Engagement die MitarbeiterInnen bei der Tagesstrukturierung unterstützt und längst vergessene Fähigkeiten der BewohnerInnen wieder ins Gedächtnis bringt. Der mobile Zahnarzt macht Untersuchungen ohne den anstrengenden Krankentransport und die Hektik eines Praxisalltags möglich. Und nicht zuletzt erfahren wir Hilfe und Unterstützung durch den Palliativ- und Hospizdienst, der auch den letzten Weg in unserem Hause durch

Beratung von Ärzten und Ehrenamtlichen erleichtert – dafür sind alle Beteiligten sehr dankbar. Dies sind nur wenige Beispiele, die deutlich zeigen: Es geht nur im Verbund mit unterschiedlichen Professionen, will man umfassende Versorgung bei hoher Lebensqualität gewährleisten.

Das Arbeiten auf dem spezialisierten Wohnbereich verlangt den MitarbeiterInnen vieles ab. Wer im GDA Pflegeheim Hannover-Ricklingen in der Arbeit für demente BewohnerInnen tätig ist, braucht solides Handwerkzeug und viele Gaben: Neben den überfachlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten – wie Validation, Basale Stimulation, Kommunikation und der Beherrschung von Deeskalationstechniken – ist die eigene, wertschätzende, positive Grundhaltung eines jeden Einzelnen gegenüber unseren BewohnerInnen gefragt, um sich auf die Lebenswelt von dementen Menschen und ihren Angehörigen mit allen Sinnen einlassen zu können. Aber das ist bei weitem nicht alles, resümieren die MitarbeiterInnen: „Der Schlüssel zu

einem gelingenden Leben und Arbeiten auf unserem Wohnbereich? Zulassen können. Aushalten können. Sich einlassen können auf fremde Welten und trotzdem den Überblick behalten. Nicht korrigieren – aber Acht geben. Dies zu erfüllen ist eine schwierige Aufgabe und ein schmaler Grat.“

Bei aller Belastung wird es immer wieder viele schöne und unvergessliche Momente geben, und allein diese Momente zu erleben, dafür lohnt es sich im GDA Pflegeheim Hannover-Ricklingen in der Arbeit für demente BewohnerInnen tätig zu sein. Übrigens: Die Demenz-Broschüre der GDA mit dem Titel „Die DEBEKO – Prinzipien der GDA“ können Sie im GDA Pflegeheim Hannover-Ricklingen, Düsternstraße 4 in 20459 Hannover, erhalten. Weitere Informationen per Telefon unter 05 11 162600 oder im Internet auf www.gda.de.

Anne-Kathrin Vogt
Heimleitung Pflegeheim
Hannover-Ricklingen GmbH

Spielen, Singen und Tanzen fördern Geist und soziales Miteinander

Das Seesener Projekt „HilDe – Hilfen bei Demenz“

Beim Paritätischen Kreisverband Seesen steht seit gut sechs Jahren ein weiblicher Vorname für ein ganz besonderes, umfangreiches Angebot für an Demenz Erkrankte und ihre Angehörigen: „HilDe – Hilfen bei Demenz“ heißt das Projekt, das neben Beratung und Begleitung auch vielfältigste Betreuungsmöglichkeiten bietet. Nach einjähriger Vorbereitungsphase, gemeinsam

mit der paritätischen Mitgliedsorganisation Ambulante Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen e.V. (ambet) in Braunschweig, wurde HilDe 2005 ins Leben gerufen. Anfangs stand vor allem die Alzheimer- und Demenzberatung sowohl für Betroffene als auch für Angehörige im Vordergrund. Im Laufe der Jahre wurde das Programm stetig ausgeweitet, und mit jedem neuen



Gute Stimmung ist im HilDe-Tanzcafé Trumpf.

Angebot wurde „HilDe“ bekannter und begehrter und inzwischen eine Außenstelle der Braunschweiger Alzheimergesellschaft geworden. „Der Name HilDe ist weit über die Stadt hinaus bekannt“, sagt Roswitha Voß, Geschäftsführerin des Paritätischen Seesen. „Wir erhalten oft An- oder Nachfragen aus anderen Landkreisen, und könnten HilDe auch an vielen weiteren Stellen anbieten, aber das würde leider zuviel werden.“

Denn schon jetzt ist das HilDe-Team, bei dem viele ehrenamtliche Helfer und Helferinnen mitwirken, und das von Sozialpädagogin und Gedächtnistrainerin Christiane Berndt-Knop geleitet wird, voll ausgelastet. Neben der Beratung für Betroffene und Angehörige, die schon ab dem „ersten Schock“ über die Diagnose Demenz/Alzheimer einsetzt, sowie der Häuslichen Betreuung gehört ein umfangreiches Gruppenprogramm zum Angebot von HilDe. Allein dreimal pro Woche kommen Betroffene, je nach Wochentag und persönlicher Vorliebe halb- oder ganztägig, in Gruppen von bis zu maximal 8 Personen in den freundliche hergerichteten Räumen des Paritätischen Seesen zusammen. Nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken entscheiden Betreuer und Besucher, wie der Tag gestaltet werden soll. Mal steht ein jahreszeitlich passendes Basteln an, mal werden mittels Ansehen und Proberiechen Blumen bestimmt, die zurzeit in der Natur wachsen. Die Freude der Besucher, wenn ihnen die Namen der bunten duftenden Blüten wieder einfallen, steht ihnen deutlich ins Gesicht geschrieben.

Mit kleinen Spielen bringt das Betreuerenteam die Gruppe dann wei-

ter auf Trab. Besonders beliebt ist das Namenraten: Dabei stoßen die an Demenz erkrankten einen Luftballon über den Tisch hin- und her. Wer den Ballon weitergibt, muss einen Vornamen nennen – der nächste Mitspieler, bei dem der Ballon landet, muss einen anderen Namen sagen, der mit dem letzten Buchstaben des davor genannten beginnt. „Elisabeth – Hans – Stefanie – Ernst“, so setzt sich bald eine Namenskette in Gang. Das gemeinsame Singen alter Volkslieder gehört zum festen Bestandteil der Treffen – fast wöchentlich schallt ein munteres „Hoch auf dem gelben Wagen“ durch die Räume. Die Liedtexte liegen zwar zum Mitlesen und –singen bereit, doch so mancher Besucher zitiert Strophe um Strophe aus dem Gedächtnis.

Für die Betroffenen sind die Gruppentreffen weit mehr als eine Abwechslung vom Alltag. „Mit den kleinen Gedächtnisspielen, dem Singen oder dem Blumen riechen wird die geistige Aktivierung gefördert“, erklärt Christiane Berndt-Knop. Gleichzeitig fördert das mehrstündige Beisammensein die soziale Interaktion der Betroffenen, die zu Hause oft außer zu ihren Angehörigen keine oder nur wenige Kontakte pflegen. „Mein Sohn kommt so selten bei mir vorbei“, klagt ein 90-jähriger Gruppenbesucher. „Aber was will ich auch erwarten, der ist ja schon über 60, also richtig alt“, setzt der Mann hinterher und erntet dafür am Tisch erfreutes Gelächter. „Die Gruppentreffen sind so beliebt, weil die Betroffenen hier so sein können, wie sie sind“, erklärt Christiane Berndt-Knop. Mal schlechte Laune zu haben und sich für eine Weile alleine in die Ruhecke zurückzuziehen – das kommt

in der Gruppe vor und wird von allen akzeptiert. Nicht zuletzt bieten die HilDe-Gruppen auch den pflegenden Angehörigen eine große Entlastung im Alltag.

Zu den mehrwöchigen Gruppennachmittagen kommen weitere Angebote: Ein Gesprächskreis, in dem sich nur Angehörige austauschen und gegenseitig Rat geben können, findet einmal monatlich statt. Ebenfalls einmal im Moment zieht HilDe zum Tanzcafé in das Altenzentrum St. Vitus Peter Hartig, eine Veranstaltung, an der auch Bewohner des kooperierenden Altenzentrums gerne teilnehmen. Zu beschwingter Musik eines mobilen Entertainers, der genau weiß, nach welcher Musik sein Publikum verlangt, wird getanzt – egal wie, egal mit wem, egal ob mit Rollstuhl, Gehhilfe oder barrierefrei.

Auf die Kooperation zwischen Jung und Alt setzte das Projekt „Meine Oma vergisst alles – Alzheimer & Co. für Schüler“. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Paritätischen Seesen gehen in örtliche Schulen, um Kinder und Jugendliche über Alzheimer zu informieren. Viele der Schüler sind bereits selbst im Familienkreis mit der Krankheit konfrontiert worden und erhalten Antworten auf dringliche Fragen. Andere, die noch keine Erfahrungen mit an Demenz erkrankten Angehörigen haben, werden auf das Thema vorbereitet. Doch nicht nur im Klassenzimmer, auch in den Räumen des Paritätischen kommt es zu Kontakten: Bei Interesse können die Schüler HilDe-Gruppennachmittage besuchen. Eine gegenseitige Bereicherung für alle Beteiligten, erklärt Roswitha Voß: „Unsere älteren Besucher finden das toll und freuen sich über die Abwechslung.“

Die Schüler lernen die Krankheit und vielleicht auch eine andere Form der Betreuung, nämlich die der häuslichen, kennen.“ Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und dem HilDe-Projekt ist gut und soll auch künftig fortgesetzt werden.

Beim Paritätischen selbst ist HilDe fest an die Sozialstation und den ambulanten Dienst angedockt. „Die Zusammenarbeit klappt sehr gut“, sagt Christiane Berndt-Knop. „In der Sozialstation wird auch immer gleich in Richtung Demenz

beraten und unser Angebot vorgestellt.“ Roswitha Voß nickt zustimmend: „Unser Personal und unsere ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer stehen voll hinter diesem Projekt und identifizieren sich sehr damit.“

Und es soll noch weiter gehen. Das mittelfristige Ziel des Paritätischen Seesen ist es, noch stärker mit der Stadt zusammenzuarbeiten und Seesen zum Rang einer „Demenzfreundlichen Kommune“ zu verhelfen. Um zu der bundesweiten Initiative der „Aktion Demenz“ da-

zuzugehören, muss eine Kommune ein besonders demenzfreundliches Umfeld schaffen – eine Infrastruktur, in der beispielsweise Taxifahrer oder Einzelhändler wissen, wie man mit an Demenz erkrankten Menschen umgeht, wo sie Hilfe finden u.Ä. „Dahin gehend wollen wir unsere Zusammenarbeit mit der Stadt Seesen intensivieren“, sagt Roswitha Voß.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Den letzten Lebensabschnitt sinnvoll gestalten

Freizeitgestaltung im Seniorenpflegeheim „Am Gutspark“ in Hannover

Dass Menschen nicht vom Brot allein leben, ist eine uralte Erkenntnis. Und wenn auch noch vor 100 Jahren Freizeitgestaltung vorwiegend den wohlhabenden Menschen vorbehalten war, sind wir spätestens heute in der Freizeitgesellschaft angekommen. Die Menschen fahren nicht selten mehrmals im Jahr in den Urlaub, gehen in Restaurants und haben exotische Hobbys, das ändert sich auch nicht automatisch, wenn sie schließlich pflegebedürftig werden und in ein Pflegeheim gehen. Auch alte, pflegebedürftige Menschen brauchen Unterhaltung, Kontakte zu Mitmenschen und Sinngebende Beschäftigung. Satt, sauber und trocken reicht nicht aus, einem alten Menschen einen schönen Lebensabend zu bereiten und entspricht so gar nicht der Philosophie unseres Trägers, der Seniorenwerk Gemeinnützige Heimträgergesellschaft mbH: Wir, die paritätische Mitgliedsorganisation Seniorenpflegeheim „Am Gutspark“, haben uns

auf die Fahnen geschrieben, eine Heimat für das Alter zu bieten.

Natürlich ist es auch so, dass Altenpflegeheime einem gewissen Konkurrenzdruck ausgesetzt sind. Die Menschen haben häufig die Wahl zwischen verschiedenen Anbietern und die Frage nach Freizeitgestaltungsmöglichkeiten wird immer öfter gestellt. Doch das ist eher ein Nebenschauplatz. Wir wollen vor allem soziale Vereinsamung vermeiden und verhindern, dass Pflege und Krankheiten die einzigen Themen

sind. Wir wollen die Betroffenen unterstützen, ihren letzten Lebensabschnitt abwechslungsreich und sinnvoll zu gestalten. Nicht selten scheuen sich alte Menschen mit erheblichem Pflegebedarf aus Unwissenheit, die eigene Wohnung aufzugeben und den Schritt ins Altenpflegeheim bewusst zu tun. Die Angst, dort im Bett liegend an eine weiße Decke starren und von einer Mahlzeit zur nächsten auf das Lebensende warten zu müssen, ist groß. Noch größer ist die Überraschung allerdings, wenn sich



Gesangsdarbietungen sind ein fester Bestandteil des kulturellen Programms im Seniorenpflegeheim „Am Gutspark“.

schließlich in der Heimwirklichkeit zeigt, dass die Zeit zwischen Seniorengymnastik, Tischbingo, Kino und dem Abendessen gelegentlich knapp wird. Es herrscht oft pure Lebensfreude und nirgends wird fröhlicher gefeiert als im Altenheim, denn dort kennt noch jeder die Texte der alten Gassenhauer auswendig und Tanzen verlernt man ja auch nicht. Dazu kommt, dass Menschen, die jahrelang in ihren vier Wänden durch Immobilität regelrecht isoliert waren, plötzlich neue Kontakte knüpfen und mittendrin sind. Man trifft alte Bekannte oder schließt neue Freundschaften und manch einer bedauert, den Schritt ins Heim nicht eher getan zu haben.

Das Seniorenwohn- und Pflegeheim Am GutsPark in Hannover-Bemerode ist das jüngste der vier Seniorenwerk Häuser und wird am 1. Oktober 2011 vier Jahre alt. Rund 100 Seniorinnen und Senioren können in dem modernen, stets gut belegten Pflegeheim vollstationär versorgt werden. Einzüge erfolgen oft über persönliche Emp-

fehlung, denn es hat sich herum gesprochen, dass im GutsPark, wie er von den Bemeröder Bürgern liebevoll genannt wird, mehr als gute pflegerische Versorgung stattfindet. Die Heimleitung, Pflegedienstleitung, Hauswirtschaftsleitung und der Begleitende Dienst erarbeiten jährlich ein anspruchsvolles und abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm, das sich allerdings fast ausschließlich nach innen, sprich an die eigene Bewohnerschaft und deren Angehörige richtet.

Neben den großen alljährlichen Highlights wie dem Grünkohl-, Spargel- und Gänseessen, der Karnevalsfest, dem Sommerfest, dem Oktoberfest, dem Tanz in den Mai, dem rollenden Zoo und der traditionellen Weinprobe gibt es immer wieder zusätzliche, teils spontane Termine. Der Veranstaltungshöhepunkt 2010 war der Besuch des damaligen Bundesgesundheitsministers Dr. Philipp Rösler, der eigens zur Eröffnung einer Fotoausstellung des Bundesministeriums für Gesundheit angereist war. Dazu gibt es natürlich das

regelmäßig stattfindende Programm der sozialen Betreuung. Dort wird gebastelt und gelesen, gemalt und gekocht, geturnt und gespielt, musiziert und geklönt und vieles mehr. Regelmäßige Besuche der Organisation „Yehudi Menuhin, Live Musik Now e.V. Hannover“ mit hochkarätigen Klassikmusikern oder Besuche einer professionellen Märchenerzählerin gehören ebenso dazu wie die Besuche der örtlichen Kindergartenkinder oder die monatlichen Gottesdienste.

Einen Tag der offenen Tür gibt es im GutsPark zwar nicht, aber auf Nachfrage sind Gäste zu den Veranstaltungen fast immer herzlich willkommen. Schließlich sind solche zeitlich begrenzten Aufenthalte geeignet, etwas über das Heimklima zu erfahren und Schwellenängste abzubauen.

Mario Meyer
 Heimleiter
 Seniorenpflegeheim „Am GutsPark“
 Seniorenwerk Gemeinnützige
 Heimträgersgesellschaft mbH

Unabhängige und persönliche Sozialberatung!

Wir bieten:

- Beratung und Vertretung unserer Mitglieder bei: Rente | Pflege | Gesundheit | Hartz IV | Behinderung und mehr!
- Geselliges Vereinsleben mit Vorträgen, Fahrten und ehrenamtlichem Engagement vor Ort
- Sozialpolitische Interessenvertretung

Weitere Informationen im Internet unter:
www.sovd-nds.de



SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
 Herschelstraße 31 | 30159 Hannover
 Tel. 05 11 / 70 148 - 0 | www.sovd-nds.de

SoVD
 Sozialverband
 Deutschland
 Landesverband Niedersachsen e.V.

Ein ganz besonderes Wertesystem

Die Gesellschaft Friedrich-Rittelmeyer-Haus in Hannover

Das Friedrich-Rittelmeyer-Haus trägt den Namen des Mannes, der Anfang des letzten Jahrhunderts eine religiöse Erneuerung gesucht hat und diese mit der Gründung der Christengemeinschaft, basierend auf den anthroposophischen Grundgedanken Rudolf Steiners, fand. Aus dieser „Bewegung für religiöse Erneuerung“ ist in Hannover vor mehr als 30 Jahren eine Initiative zur Gründung des Hauses gewachsen.

Kann das heute noch „Neu“ sein, was ein Mann vor beinahe 100 Jahren als Erneuerung gesucht hat?

Warum – so kann auch gefragt werden – ist gerade die Hilfe und Begleitung auf dem Weg zum Tod eine seit Jahrhunderten mit dem Christentum eng verbundene Aufgabe? Wenn ich mich als Christ bezeichne, dann will ich damit zum Ausdruck bringen, dass ich in der Nachfolge Christi leben möchte. Ich sage: Ich

komme als unverwechselbare Person mit der Geburt vom Himmel auf die Erde, darf hier die von mir gesuchten Schicksalsaufgaben in Freiheit bestehen; immer geht es dabei um die Suche nach dem lebendigen Christus – nach dem Auf-erstandenen, der die unverwechselbare Person aufrecht erhält, auch dann, wenn sich das Leben aus dem Leib zurück zieht. Die Hilfe und Begleitung der Menschen auf dem Weg zum Tod ist für den Christen die Hilfe und Begleitung hin zu dem lebendigen Christus im Leben und im Tod. Wenn die im Friedrich-Rittelmeyer-Haus tätigen Menschen den Umgang untereinander so pflegen, dass der Christus zwischen den Menschen gegenwärtig sein kann, schaffen sie damit die Voraussetzungen dafür, dass ER auch von den Bewohnern gefunden/erlebt werden kann.

Können wir das beschriebene wirklich leben im Friedrich-Rittelmeyer-Haus?

Nein natürlich nicht, wir sind sehr unvollkommen, streiten und machen Fehler wie alle anderen auch. Aber wir ringen darum, den Sinn und die Aufgaben in Krankheit, Elend, Not und Tod nicht nur zu erkennen, sondern üben uns aus diesen Sichtweisen – man kann auch sagen Weltanschauung – lebenspraktische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Was sind das für Schlussfolgerungen?

- Wir brauchen ein schönes neues Pflegehaus (Der Neubau wird im September 2011 bezugsfertig sein).
- Wir brauchen sehr gute technische Ausstattung (EDV-gestützte Dokumentation), um mit den behördlichen Anforderungen schnell und unkompliziert fertig werden zu können.
- Wir brauchen gute Prozessqualität – nicht diese unsinnige Messung von Ergebnisqualität, die den Menschen gar nicht wahrnehmen kann.

Nicht nur das „Was“ – Ergebnisqualität – findet unsere besondere Aufmerksamkeit; viel wichtiger ist das „Wie“ – Prozessqualität. Die Beziehung zwischen den Menschen hat unsere besondere Aufmerksamkeit. Bezugspflege, Teambildung, dialogische Führung, therapeutische Angebote für alle Bewohner, das sind die Schlagworte, mit denen das Gemeinwesen beschrieben wird.

Wir erwarten voneinander großes fachliches Können, aber auch, dass bei aller notwendigen fachlichen Kompetenz eine soziale Kompe-



Das noch im Bau befindliche neue Friedrich-Rittelmeyer-Haus soll im September 2011 eröffnet werden.

tenz geübt wird, die den Raum zwischen den Menschen – das soziale Klima – so erwärmt, dass es als heilsam erlebt werden kann. Das was hier als soziale Kompetenz angesprochen ist, ist im letzten Teil unseres Leitbildes wie folgt zusammengefasst:

Leitbild professionelle Haltung:

Als Pflegende und Betreuende von alten Menschen verstehen wir uns als hilfreiche und versorgende Lebensbegleiter in dieser Lebensphase. Wir stehen als Vertreter der Bewohner zwischen den verschiedenen Ansprüchen, Wünschen und Bedürfnissen aller sonst mitwirkenden Menschen und Institutionen (Angehörige, Ge-

sellschaft, Mitbewohner, Mitarbeiter, MDK usw.). Wir wollen versuchen, diese im Interesse des Bewohners zu vermitteln und zu moderieren. Als Pflegende ist es uns bewusst, dass unsere Möglichkeit der Zuwendung und des Kontaktes mit dem alten Menschen in der bewussten Gestaltungen kleiner Situationen besteht, die wir dementsprechend als Begegnungssituation liebevoll und fürsorglich gestalten wollen: Die Begrüßung, das Gespräch, die Berührung während der Pflege...

Je mehr die anthroposophische Menschenkunde dabei Grundlage wird für unser Erkennen und Handeln, desto mehr Gesundheit und tragende Kraft entsteht auch bei uns selbst.

Der fürsorgliche Umgang mit der eigenen Gesundheit, der Umgang mit existenziellen Fragen und der eigenen Biografie, die fortführende und erweiternde Auseinandersetzung mit dem eigenen Beruf und der Kompetenz ist für uns die Voraussetzung für das gesunde und qualitativ hochwertige Pflegen.

Im Miteinander leben und üben wir die Werte der Ehrlichkeit, Authentizität, des Mitgefühls und der Hilfsbereitschaft, um die dialogische Begegnung zu ermöglichen. Der bewusste Umgang mit Konflikten ist ein wichtiger Teil davon.

*Rembert Rauchbach
Geschäftsführer Friedrich-Rittelmeyer-Haus Hannover gGmbH*

Die Gesellschaft Friedrich-Rittelmeyer-Haus gGmbH...

... wurde 1978 in Hannover gegründet und ist Mitgliedsorganisation im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.. Das Friedrich-Rittelmeyer-Haus, ein Alten- und Pflegeheim im hannoverschen Zooviertel, hat 52 Plätze und steht Bewohnern aller Konfessionen oder ohne kirchlichen Hintergrund offen. Im September 2011 zieht das Pflegeheim wenige Straßen weiter in ein neues Haus, das sich zurzeit noch im Bau befindet. Der Neubau, der dann auch wieder Friedrich-Rittelmeyer-Haus heißen wird, bietet in erster Linie mehr Platz, so soll das Angebot um weitere 14 stationäre sowie 15 Tagespflegeplätze erweitert werden. Außerdem will

die Gesellschaft als erste Einrichtung in Hannover zunächst drei feste Nachtpflegeplätze anbieten, die entsprechend der Nachfrage später erweitert werden können. Für Betroffene stelle diese Möglichkeit eine Chance dar, sich langsam an ein Leben im Heim zu gewöhnen, sagt Geschäftsführer Rembert Rauchbach: „Die Angst, die Kontrolle über das eigene Leben in fremde Hände zu geben, ist groß. Teilstationäre Pflege ermöglicht den Senioren ein möglichst langes Leben zu Hause und gewöhnt sie gleichzeitig an den Alltag im Pflegeheim.“ Auch für pflegende Angehörige stelle die feste Nachtpflege als zusätzliches Angebot eine große Entlastung

dar – Abendveranstaltungen oder Reisen über Nacht passen so wieder in den Alltag. Inwiefern die Pflegekassen die Kosten für die Nachtpflege übernehmen, ist noch nicht sicher, die Verhandlungen laufen. „Das Konzept ist so neu, dass es noch nicht im Leistungskatalog berücksichtigt ist“, sagt Rauchbach. Das alte Haus der Gesellschaft wird nach dem Umzug kernsaniert und zu einer Einrichtung für betreutes Wohnen umgebaut.

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

Herausforderungen annehmen – der Pflegepakt für Niedersachsen

Gastkommentar der niedersächsischen Sozialministerin Aygül Özkan

In Niedersachsen steht die Altenpflege aufgrund des demografischen Wandels – wie in ganz Deutschland – vor großen Herausforderungen. Für nahezu alle Pflegebedürftigen in Niedersachsen stehen bedarfsgerechte pflegerische Leistungsangebote aus dem ambulanten, teilstationären oder vollstationären Bereich zur Verfügung. Die pflegerische Infrastruktur ist sehr gut. Die Hände dürfen wir dennoch nicht in den Schoß legen.

Um die Pflegelandschaft in Niedersachsen auch für die Zukunft weiter zu entwickeln, bedarf es der Anstrengung aller Akteure in der Altenpflege. Vor allem benötigen wir eine ausreichende Zahl qualifizierter Pflegekräfte zur Versorgung der steigenden Zahl von Menschen, die auf Unterstützung, Pflege und Betreuung angewiesen sind.

Mit unserem Pflegepaket haben wir bereits den richtigen Weg eingeschlagen. Damit konnten wir etwa die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Altenpflegeausbildung in den letzten beiden Jahren um ein tausend Auszubildende steigern. Das ist ein Anstieg um mehr als zwanzig Prozent – und ein großer Erfolg. Mit einem Ideenwettbewerb haben wir außerdem gezeigt, dass es in Niedersachsen hervorragende Ideen für gute Pflege gibt – nachmachen dieser vorbildlichen Beispiele ist ausdrücklich erwünscht.

Altenpflege ist ein komplexes System. Die Vielzahl verantwort-

licher Akteure, die alle im Landespflegeausschuss vertreten sind, bedingen unterschiedliche Interessenlagen. Daher habe ich mich deutlich für einen Pflegepakt eingesetzt. Dabei geht es vor allem darum, gemeinsame Ansätze und Lösungen zur Weiterentwicklung der niedersächsischen Altenpflege zu erarbeiten. Alle Mitglieder des Landespflegeausschusses haben den Pflegepakt begrüßt.

Schwerpunktt Themen, die in einen Pflegepakt münden sollen, sind

- die finanziellen Rahmenbedingungen für Pflegeeinrichtungen,
- die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und
- der Abbau von Bürokratie in der Pflege.

Die Akteure in der niedersächsischen Altenpflege sind nunmehr aufgerufen, ihren Beitrag für den Pflegepakt zu leisten. Gemeinsam sollen sie klären, welche Ziele festgelegt werden sollen und wie diese Ziele erreicht werden können. Bis zur Sitzung des Landespflegeausschusses am 7. November 2011 sollen alle im Ausschuss vertretenen Verbände und Institutionen

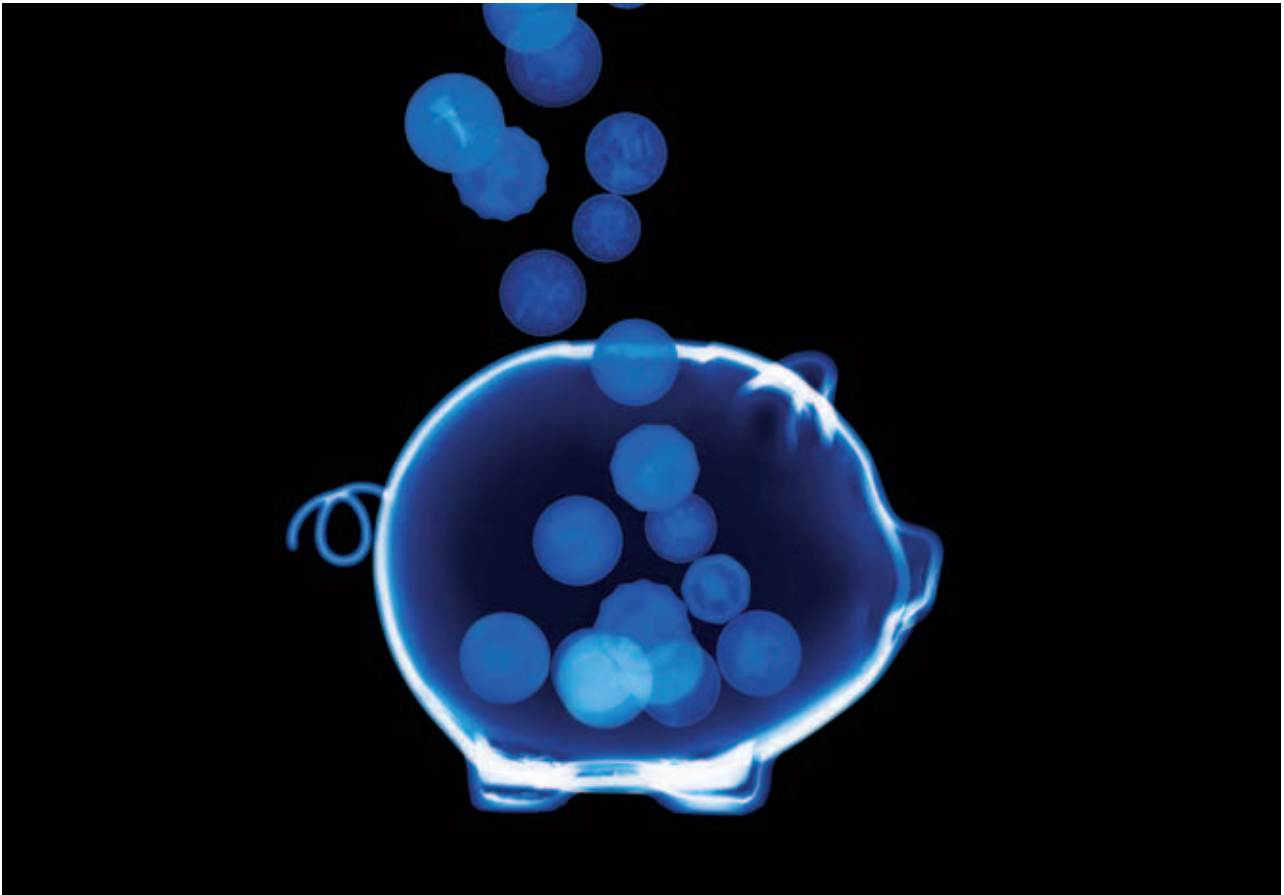


Aygül Özkan, Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.

über entsprechende Vorschläge der Fachgremien beraten können.

Wie verbindlich die Vereinbarungen des Pflegepakts sein werden, haben die Mitglieder des Landespflegeausschusses vor allem selbst in der Hand; die Landesregierung kann an dieser Stelle keine Vorgaben machen. Ich bin aber zuversichtlich, dass es in den laufenden Beratungen der Gremien gelingt, zielführende fachliche Ansätze für den Pflegepakt zu entwickeln – im Sinne einer auch in Zukunft gut aufgestellten Pflege in Niedersachsen.

*Aygül Özkan
Niedersächsische Ministerin für
Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit
und Integration*



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising.
Das neue BFS-Net.Tool XXL für das Internet-Fundraising.
Mehr brauchen Sie nicht. Für BFS-Kunden kostenlos.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

Geschäftsstelle Hannover | Podbielskistraße 166 | 30177 Hannover
Telefon 0511.34023-0 | www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

„Bildung im Zentrum – Auf dem Weg zur Inklusion“

Fachveranstaltung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.

„Heterogenität erfordert Flexibilität!“ – Auf diesen Nenner kann man das Ergebnis der Fachtagung zum Thema Inklusion bringen, die der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. am 30.03.2011 in Hannover veranstaltet hat. In seinem Grußwort an die rund 70 Teilnehmer der Fachtagung betonte Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., dass die Vielfalt und Verschiedenheit der Menschen den Normalfall darstelle, und dass dieses zum grundlegenden Bildungsverständnis des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. gehöre.

„Die gemeinsame Bildung von Menschen mit und ohne Handicap ist ein Menschenrecht, nicht zuletzt seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch Deutschland im Jahr 2009“, sagte Sebastian Böstel. Der Paritätische Niedersachsen setze sich daher für eine inklusive Bildung von der Frühförderung in Kindertagesstätten über die Schule, die Berufsausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung ein. Dabei dürfe allerdings nicht vergessen werden, dass in spe-

ziellen Einrichtungen für behinderte Menschen – seien es Förderschulen, Heilpädagogische Kindertagesstätten, Tagesbildungsstätten oder auch Werkstätten für Behinderte – fachlich versierte Arbeit mit sonderpädagogischem und sozialpädagogischem Know-how geleistet wird. Deren Erfahrungen müssten bei der Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems berücksichtigt werden, um optimale Lehr- und Lernmöglichkeiten für alle zu schaffen.

Dies unterstrich auch Prof. Dr. Bettina Lindmeier vom Institut für Sonderpädagogik der Universität Hannover. In ihrem Einführungsvortrag über die pädagogischen Voraussetzungen von Inklusionskonzepten in Schulen wies sie unter anderem auf die Rolle der Lehrkräfte in diesem Prozess und auf deren notwendige gezielte Fortbildung hin. Interdisziplinäre Teams müssten geschaffen und Unterrichtseinheiten, Curricula sowie Bildungsgänge insgesamt flexibler gestaltet werden, um die Bedürfnisse von unterschiedlich behinderten Kindern und Jugendlichen zu integrieren. Wichtig sei ihr dabei, dass inklusive Bildung nicht notwen-

digerweise heißt, alle in einer Gruppe lernen zu lassen. „Wesentlich ist vielmehr, dass die Gruppenbildung nicht mehr wie bisher pauschal nach Leistung oder Behinderungsart erfolgen sollte“, erklärte Prof. Dr. Bettina Lindmeier.

Im Anschluss daran ging Prof. Dr. Martin Heinrich vom Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Hannover in seinem Vortrag über „Stolpersteine einer Netzwerkbildung“ auf „erforderliche Bildungsallianzen zwischen Schulen und Bildungsträgern“ sowie deren Beitrag zu einem veränderten Bildungswesen ein. Dabei betonte er, dass gerade „unscharfe Grenzen“ und „fragile Zugehörigkeitsstrukturen“ ein wesentliches Charakteristikum von Netzwerken darstellen. Diese könnten allerdings besonders geeignet sein, um auf positive Art und Weise die notwendige Flexibilität und Vielfalt bei der Umsetzung von Inklusion zu gewährleisten. Es solle aber nicht vergessen werden, dass Netzwerkeffekte im Sinne von „Win-Win-Situationen“ in der Regel erst über einen längeren Zeitraum von allen Akteur/-innen als solche erfahren werden – Ausdauer und Durchhaltevermögen seien also von allen Beteiligten gefragt!



Prof. Dr. Martin Heinrich vom Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Hannover bei seinem Vortrag über „Stolpersteine einer Netzwerkbildung“.

Am Nachmittag wurde es dann in den drei Workshops konkret und praxisnah: Dr. Ulrich Spielmann (Annastift Hannover), Susanne Krause (Kindertagesstätte Wirbelwind Bielefeld) und Nicole Scheid (Mehrgenerationenhaus Salzgitter) berichteten über ihre Erfahrungen mit der Umsetzung von Inklusion. Die Teilnehmer/innen

der Tagung nutzten die Möglichkeit, sich intensiv in die Diskussion einzubringen und mit den Vertretern aus der Praxis auszutauschen. Dabei wurde deutlich, dass der Titel der Veranstaltung Programm war: „Auf dem Weg zur Inklusion“ ist die konstruktive Zusammenarbeit verschiedenster Einrichtungen mit Schulen nötig, um schrittweise dem Ziel näher zu kommen und die Vorteile ge-

meinsamen Lernens für alle nutzen zu können.

Das Fazit der Veranstaltung wurde dann von Sebastian Böstel in seinem Schlusswort wie folgt formuliert: Nicht die Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen stellen ein Problem dar – vielmehr muss das Schul- und Bildungssystem mit seiner unzureichenden Ausstattung

stärker als Problemfeld in den Blickwinkel rücken.

Die Tagung wurde mit Mitteln der Glücksspirale gefördert und war für die Teilnehmer/-innen kostenfrei.

Regina Krome
Referat Europa und Soziales
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Familienplanung ist ein Menschenrecht!

Positionspaper des Paritätischen Fachbereichs Frauen und Familien

Die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden in ihrer Beratungsarbeit immer wieder mit der Situation konfrontiert, dass Frauen ungeplant und ungewollt schwanger werden, weil sie und ihr Partner Verhütungsmittel einfach nicht bezahlen können. Angesichts der zahlreichen Betroffenen und der Tragweite des Problems ist es dem Arbeitskreis Schwangerschaftskonfliktberatung im Fachbereich Frauen und Familien des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. ein Anliegen, mit dem nachfolgenden Positionspapier auf diese Problemlage und auf die Notwendigkeit gesetzlicher Korrekturen hinzuweisen.

Familienplanung ist ein Menschenrecht!

Position des Arbeitskreises
Schwangerschaftskonfliktberatung
des Fachbereiches
Frauen und Familien
im Paritätischen Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
zur Finanzierung von
Verhütungsmitteln

Die Möglichkeit zur Verhütung, das

heißt selbstbestimmt über Zeitpunkt und Anzahl von Kindern entscheiden zu können, ist eine wesentliche Voraussetzung zum Erhalt der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und zählt seit der UN-Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo im Jahr 1994 zu den Menschenrechten.

Mit Inkrafttreten des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) 2004 ist das Menschenrecht auf Familienplanung nicht mehr für alle Menschen gewährleistet. Anders als jetzt wurden bis dahin die Kosten für ärztlich verordnete Kontrazeptiva auch als Hilfe zur Familienplanung und die Hilfe zur Sterilisation vom Sozialhilfeträger für Bedürftige übernommen, war nicht nur die medizinisch notwendige Sterilisation Krankenkassenleistung.

Für Frauen und Männer mit geringem Einkommen, im Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe hat sich durch das GMG die finanzielle und rechtliche Situation verschlechtert. Sie verfügen nicht mehr über einen gleichberechtigten Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln, sind bei

der Ausübung einer verantwortungsvollen Familienplanung benachteiligt.

Gesetze dürfen Menschenrechte nicht unterlaufen!

Mit dem GMG wurde die Regelung auf Kostenübernahme in den Sozialgesetzbüchern neu gefasst. BezieherInnen von existenzsichernden Leistungen erhalten seit der Sozialrechtsreform nur noch die Leistungen, die auch die Krankenkassen bezahlen.

Das bedeutet, dass Frauen und Männer ab 20, auch wenn sie Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (SGB II) oder Sozialhilfe (SGB XII) erhalten, für die Kosten der Verhütung selbst aufkommen müssen. Sie müssen dies von dem Regelsatz bestreiten, der in seinem Ansatz für Gesundheitspflege keine angemessenen Kosten für Verhütungsmittel berücksichtigt. Frauen und Männer, die staatliche Leistungen erhalten oder nur über ein geringes Einkommen verfügen, sind in der Wahl der Verhütungsmethode und in der Inanspruchnahme notwendiger ärztlicher Kontrolluntersuchungen deutlich eingeschränkt

Verhütung ist zum Luxusgut gemacht geworden!

BeraterInnen in den Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden immer wieder damit konfrontiert, dass Frauen ungewollt und ungeplant schwanger werden, weil sie aus Kostengründen auf eine für sie verträgliche und sichere Verhütungsmethode verzichten müssen.

Kinder haben das Recht, erwünscht zu sein!

Um das Risiko ungewollter Schwangerschaften zu verhindern und Frauen – sie sind nach wie vor zumeist diejenigen, die die Verantwortung für die Verhütung zu tragen haben – unabhängig von ihrer finanziellen Situation die für sie verträglichste und passendste Verhütungsmethode anzubieten, sind gesetzliche Änderungen bzw. Nachbesserungen dringend notwendig!

Frauen dürfen nicht zum Spielball von Politik und Kommunen werden!

Die derzeitige Situation wird den von Deutschland anerkannten Menschenrechten auf sexuelle und reproduktive Gesundheit nicht gerecht. Vielmehr wird Frauen und Männern, die staatliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhalten oder ein nur geringes Einkommen haben, das Recht auf Familienplanung beschnitten – und dies bereits seit 2004!

Einzelne Kommunen haben angesichts dieser prekären Situation als freiwillige Leistung Zuwendungen zur Finanzierung von Verhütungsmitteln bereit gestellt. Die Höhe und das Antragsverfahren sind unterschiedlich. Die meisten Kommunen jedoch sehen sich selbst nicht in der Lage, solche finanziellen Hilfen zu gewähren.

Ob und wie Verhütung und Familienplanung möglich sind oder nicht, darf nicht vom Wohnort, der Haushaltslage oder dem Willen der Kommunen abhängen.

Verhütung muss einkommensunabhängig möglich sein!

Der Zugang zu möglichst sicheren und verträglichen Verhütungsmethoden muss allen Menschen offen stehen und mindestens in den Regelsätzen und bei der Bemessung eines finanziellen Hilfebedarfs bei eigenem Einkommen Berücksichtigung finden.

Die Gewährung finanzieller Mittel für Verhütung sollte antrags- und begründungsfrei auf der Grundlage einer ärztlichen Verordnung vorzugsweise als Krankenkassenleistung und einkommensunabhängig erfolgen.

Der Gesetzgeber hat sicherzustellen, dass jede/r sein Recht auf Verhütung und Familienplanung einkommensunabhängig wahrnehmen kann.

Gesetzliche Nachbesserungen sind dringend erforderlich!

Andrea Zerrath
 Fachberaterin Fachbereich
 Frauen und Familien
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

„Frauen tragen die Hauptlast“

Interview mit Caren Marks, Vorsitzende des Landesverbands pro familia e.V.

Frau Marks, warum setzt sich pro familia so stark dafür ein, dass die Kosten für Verhütungsmittel im Regelsatz für ALG II-Bezieherinnen berücksichtigt werden sollen?

Das Recht auf Familienplanung ist ein Menschenrecht, das für alle Frauen und Männer gilt. Dazu gehört, dass sichere und bezahlbare

Verhütungsmethoden allen Menschen offen stehen müssen. Familienplanung ist mit Kosten verbunden. Derzeit sind lediglich 14 Euro für die gesamte Gesundheitsvorsorge im Regelsatz berücksichtigt. Das reicht keinesfalls aus. Wir fordern daher eine Übernahme der realen Kosten.

Mit welchen Argumenten wird gegen die Kostenübernahme argumentiert, und wie sind diese zu bewerten?

Zum einen wird argumentiert, dass Familienplanung Privatsache sei, die den Staat nichts angehe. Dem ist entgegenzuhalten, dass Familienplanung und der ungehinderter Zugang zu möglichst sicheren

und gesundheitlich verträglichen Verhütungsmethoden ein Menschenrecht ist, welches z.B. auf der Internationalen Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung von den Vereinten Nationen 1994 in Kairo formuliert wurde. Die freie Entscheidung, ob, zu welchem Zeitpunkt und wie viele Kinder Frauen, Männer und Paare haben wollen, ist Teil der sexuellen und reproduktiven Rechte. Es ist daher Aufgabe des Bundes, hier eine einheitliche Lösung zu schaffen. Empfängnisverhütung muss auch für Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und -Empfänger ermöglicht werden. Ein anderes Argument ist, dass Sozialhilfe- und ALG II-Bezieherinnen durch kostenlose Verhütung stigmatisiert würden. Sinnvolle Verhütung und gelingende Familienplanung dürfen aber nicht an den Kosten scheitern.

Welche Auswirkungen hat es auf die betroffenen Frauen, wenn die Kostenberücksichtigung für Verhütungsmittel nicht gewährleistet ist. Mit welchen Folgen werden Sie in den Beratungsstellen von pro familia konfrontiert?

Nach wie vor tragen Frauen die Hauptlast der Folgen fehlender oder versagender Verhütung. Sie müssen daher die Möglichkeit haben, das für sie geeignetste Verhütungsmittel wählen zu können. Ungewollte Schwangerschaften und auch Schwangerschaftsabbrüche können so vermieden werden. Eine ungewollte Schwangerschaft ist eine starke psychische Belastung für die Frau, wie wir aus vielen Beratungsgesprächen wissen. Gerade in Familien mit mehreren Kindern ist für Verhütung häufig kein Geld vorhanden. Die Angst vor einer weiteren

Schwangerschaft setzt insbesondere die Frauen sehr unter Druck. In manchen Familien aus anderen Kulturkreisen ist es für die Frauen unmöglich, das Thema Verhütung mit ihren Männern zu besprechen. Sie müssen allein versuchen, das Geld für Verhütungsmittel zusammenzubekommen. Das ist sehr belastend. Für Frauen, die bereits mehrere Kinder haben, kann eine weitere Schwangerschaft gegebenenfalls ihre Gesundheit gefährden. Sterilisationen, wie sie häufig gerade von Frauen mit mehreren Kindern gewünscht werden, werden aber nur bei entsprechender medizinischer Indikation von den Krankenkassen bezahlt. Die Kosten für eine Sterilisation können viele Frauen einfach nicht aufbringen.

Die Kosten für Verhütungsmittel werden standardmäßig nicht berücksichtigt – Kosten für einen eventuellen Schwangerschaftsabbruch schon. Wie ist diese Regelung einzuordnen?

Wir fordern die Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel. Der Schwangerschaftsabbruch ist für eine Frau immer die letzte Lösung. Besser ist es, eine ungewollte Schwangerschaft von vornherein zu verhindern.

Inwieweit würde eine Kostenberücksichtigung von Verhütungsmittel auch Männer, die ALG II beziehen, betreffen?

Familienplanung geht beide Partner etwas an. Daher müssen auch Männer die Möglichkeit zur Verhütung haben und Verantwortung dafür übernehmen. Hinzu kommt, dass Frauen und Männer ein Recht auf Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten haben, der am besten durch die Verwendung von Kondom-



Caren Marks, Vorsitzende des Landesverbands pro familia e.V.

men gewährleistet ist. Auch solche Kosten müssen berücksichtigt werden.

Einige Kommunen in Niedersachsen haben bereits eigene Regelungen für die Kostenübernahme geschaffen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Grundsätzlich ist es positiv zu bewerten, dass viele Kommunen den Handlungsbedarf erkannt haben und eigene Regelungen vorsehen. Der Zugang zu Verhütung und Familienplanung darf jedoch nicht vom Wohnort oder der Haushaltslage der jeweiligen Kommune abhängen. Eine Berücksichtigung der Kosten für Verhütung stellt sicher, dass alle Menschen Zugang zu Verhütungsmitteln haben. Es gibt in vielen Kommunen und Landkreisen Fonds, aus denen Verhütungsmittel oder auch Sterilisationen bezahlt werden. Hierauf gibt es aber keinen Rechtsanspruch, da es sich um freiwillige Leistungen handelt.

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

„Müssen sehen, wie wir über die Runden kommen“

Ablehnungspraxis der Krankenkassen könnte das Ende für Mutter-Kind-Kurhäuser sein

Erwin Zimmering, 1. Vorsitzender der Paritätischen Mitgliedsorganisation Familiensozialwerk Friesland e.V., hofft auf die Sommerferien. Dann wird die Einrichtung des Vereins, das Mutter-Kind-Kurhaus Nordlicht an der friesischen Nordseeküste, endlich wieder voll belegt sein. Ein kleiner Lichtblick am Horizont, mehr aber auch nicht. Denn das Haus Nordlicht ist in akuter Gefahr. Wenn die Belegung außerhalb der Ferienzeiten weiter so niedrig bleibt, kann der Verein das Haus nicht mehr lange halten. Normal wäre eine durchgängige Belegung von 90 bis 100 Prozent in der gesamten Zeit von Ostern bis in den Herbst – doch jetzt, kurz nach Ostern, ist das Haus gerade einmal zur Hälfte belegt. „Wir müssen sehen, wie wir über die Runden kommen“, sagt Erwin Zimmering, der das Schlimmste befürchtet: „Wenn es so weiter geht, werden wir unsere Rechnungen bald nicht mehr bezahlen können.“

Grund für die schlechte Situation des Hauses Nordlicht ist die rigide Ablehnungspraxis der Krankenkassen, ein Trend, der sich seit 2009 immer weiter verstärkt. Mit der Gesundheitsreform 2007 wurden Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für Mütter und Mutter-Kind bzw. Vater-Kind zu Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenkassen – der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gilt für diese Maßnahmen ausdrücklich nicht mehr. Diese Gesetzesänderung bescherte auch dem Haus Nordlicht im Folgejahr einen wahren Boom. „2009 war auch noch okay, doch 2010 sanken die Zahlen rapide, und momentan sieht es so aus, dass wir in diesem Jahr nicht mal mehr die Zahlen von 2010 erreichen werden“, sagt Erwin Zimmering. Die Kassen schrecken nicht davor zurück, an Kuren interessierte Mütter und Väter mit Falschinformationen zu verunsichern und Anträge aufgrund angeblich fehlender

Belastungen abzulehnen. Viele Eltern wissen nicht einmal, dass sie einen gesetzlichen Anspruch auf die Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen haben. Und gerade Eltern, die im Alleingang versuchen, eine Kur zu beantragen, lassen sich durch eine prompte Ablehnung schnell verunsichern und geben frühzeitig auf. „Eine unerfahrene Frau, die so etwas zum ersten Mal mitmacht, ist so geschockt, wenn ihr Antrag abgelehnt wird, dass sie gar nicht weiß, was sie machen soll“, berichtet Erwin Zimmering. Dabei sei ein Widerspruch in vielen Fällen erfolgsversprechend: Rund 50 Prozent aller Ablehnungsbescheide müssen im Widerspruchsverfahren von den Kassen zurückgenommen werden – ein deutliches Zeichen dafür, dass die Ablehnung meist willkürlich ist und die Eltern nur verunsichern soll. Dabei machen die Ausgaben der Kassen für Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen von Eltern gerade einmal 0,19 % ihrer Gesamtausgaben aus.



Idyllische Lage: Das Kurhaus Nordlicht.

Für das Familiensozialwerk Friesland und das Haus Nordlicht geht es aber um weit mehr als den bloßen Ärger über die Willkür der Kassen. Für das Haus Nordlicht geht es um die Existenz. „Wenn alle Anträge, die sich in der Warteschleife befinden, genehmigt werden würden, hätten wir überhaupt keine Probleme“, sagt der Vorsitzende des Vereins. Er rät allen Frauen, die eine Kur beantragen wollen, sich an eine der 1.400 Beratungsstellen des Müttergenesungswerks, dem

Zusammenschluss der Wohlfahrtsverbände, zu wenden. Dort werden die Eltern beraten und unterstützt, sowohl bei der Antragsstellung, als auch bei einem eventuellen Widerspruchsverfahren und in der Nachsorge. Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. gehört zu den Beratungsstellen des Netzwerks. In der Arbeitsgemeinschaft Müttergenesung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) Niedersachsen kämpft er gegen die rigide Ablehnungspraxis der Kassen an. So hat die LAG FW unter anderem Briefe an die niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan und den niedersächsischen Wirtschaftsminister Jörg Bode geschickt, in denen sie über den nicht hinnehmbaren Zustand im Bereich Müttergenesung informiert und die Politik auffordert, sich dafür stark zu machen, dass die positiven gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Praxis umgesetzt werden.

Es sind Aktionen wie diese, auf die Erwin Zimmering hofft. Nicht nur um der Zukunft des Hauses Nordlicht willen, sondern auch, weil ihm die Gesundheit der Mütter am Herzen liegt. Seit mehr als 30 Jahren organisiert der Verein Kuren. Anfang der 90er Jahre erwarb er das Haus Nordlicht und baute das ehemalige Hotel zu einem Mutter-Kind-Kurhaus um. 29 Mütter und ihre Kinder finden hier Platz. Es ist eine eher kleine Einrichtung, die dafür mit besonderer Atmosphäre aufwartet: „Wir bieten eine sehr individuelle, persönliche Ansprache, bei uns kennt jeder jeden“, sagt Erwin Zimmering. Die Mütter, die ihre Kur hier verbringen, sind verschieden alt und kommen aus den unterschiedlichsten Verhältnissen.

Ihre Gemeinsamkeit: Sie sind den Anforderungen des Alltags nicht mehr gewachsen und dringend kurbedürftig. „Stress im Beruf, Mehrfachbelastungen durch Arbeit, Familie und Haushalt, dazu vielleicht noch ein Pflegefall in der Familie oder Entfremdung von den Kindern, die Frauen, die zu uns kommen, leiden unter starken multiplen psychischen Belastungen, sind ausgelaugt und ausgepowert“, berichtet Erwin Zimmering. Im Haus Nordlicht können sie, fernab von der Hektik des Alltags, wieder zu sich selbst finden. Im Haus werden die Mütter und Kinder von einem Arzt betreut und therapiert. Zur Einrichtung gehören außerdem ein Kreativraum, Aufenthaltsräume, ein Inhalationsraum, ein Bewegungsraum, eine hauseigene Physiotherapiepraxis, ein Schwimmbad und ein kleiner Spielplatz. Die Kinder werden altersgerecht betreut. Und es finden viele gemeinsame Aktionen für Mütter und Kinder statt, wie Bastelnachmittage oder Spaziergänge. Das Haus Nordlicht liegt ruhig und dennoch zentral in dem kleinen Ort Horumersiel etwa 25 Kilometer nördlich von Wilhelmshaven. In wenigen Schritten ist man am Dorfplatz angelangt, an dem sich kleine gemütliche Geschäfte und Cafés aneinanderreihen. Der hübsch gestaltete Kurpark lädt zum Verweilen ein. Höhepunkt von Horumersiel ist aber zweifelsohne die direkte Lage an der Nordsee. Vom Haus Nordlicht aus sind



Wände voller Erinnerungen: Erwin Zimmering im Treppenhaus, in dem die liebevoll und kreativ gestalteten Dankesbotschaften aller Kurgruppen aufgehängt sind.

es nur rund drei Minuten Fußweg zum Deich. Dahinter wartet der Nordseestrand mit vielen bunten Strandkörben.

„Die Mütter sollen sich hier bei uns drei Wochen lang nur um sich selbst kümmern, damit sie genug Kraft finden, um ihren Alltag wieder gestalten zu können“, fasst Erwin Zimmering das Behandlungsziel der Kur zusammen. Die Dankbarkeit der vielen Mütter, die im Haus Nordlicht die dringend benötigte Kur verbracht haben, wird im Treppenhaus der Einrichtung deutlich. Dort hängen die liebevoll und kreativ gestalteten Dankesbotschaften aller Kurgruppen. Erwin Zimmering hofft sehr darauf, dass das Haus Nordlicht diesen Müttern noch viele weitere Jahre helfen kann. Eine Alternative gibt es für die Einrichtung nicht. „Mütter-Kind-Kuren sind unser Handwerk“, sagt Erwin Zimmering, „und unsere einzige Hoffnung liegt darin, dass die Kassen wieder mehr Anträge bewilligen.“

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

„Die Krankenkasse hat mich viel zu wenig informiert“

Gespräch mit einer Mutter auf Kur

Anna Neumann (Name geändert) ist mit ihrem sechsjährigen Sohn und ihrer vierjährigen Tochter zum ersten Mal auf einer Mutter-Kind-Kur. Fast drei Jahre lang hat es gedauert, bis ihr Antrag angenommen wurde.

Frau Neumann, wie haben Sie von der Möglichkeit, eine Mutter-Kind-Kur zu beantragen, erfahren? Hat Ihre Krankenkasse sie darüber informiert?

Nein, im Gegenteil, von meiner Krankenkasse fühlte ich mich viel zu wenig informiert. Von denen habe ich keine entsprechenden Hinweise bekommen. Zwar hatte ich einmal einen Flyer über derartige Angebote im Wartezimmer gelesen, aber da stand nicht einmal drin, dass Mutter-Kind-Kuren gesetzliche Pflichtaufgaben der Kassen sind. Ich habe das alles von einer Freundin erfahren, die auch schon eine Kur gemacht hatte. Ohne diese Freundin wäre ich überhaupt nie auf die Idee gekommen, einen Antrag zu stellen. Und anfangs dachte ich auch, dass ich das nicht brauche, aber dann spitzte sich die Situation immer mehr zu.

Was ist passiert?

Mein Mann ist selbstständig und viel beruflich unterwegs, so dass ich mich meist allein um die Erziehung und Betreuung unserer Kinder kümmere. Ich selbst arbeite auch. Und dann kam eines zu anderen. Wir hatten einen Flohbefall in der Wohnung, ich hatte einen



Ein Platz zum Kraft tanken: Der Strand in Horumersiel.

Bandscheibenvorfall und musste ins Krankenhaus, meine Oma, bei der ich mehr oder weniger aufgewachsen bin, verstarb, meine Mutter erkrankte an Krebs und musste zur Chemotherapie. Es wurde alles zu viel. Ich war einfach fertig und habe gemerkt, ich kann nicht mehr. Da hat mir meine Freundin den Tipp mit der Kur gegeben.

Wie verlief die Antragsstellung?

Ich habe mir im Internet vom Müttergenesungswerk Anträge geholt, das lief alles völlig problemlos. Damit bin ich dann zum Arzt und habe alle Unterlagen bei der Krankenkasse eingereicht. Der erste Antrag wurde mit dem Hinweis abgelehnt, ich solle mich doch mal mit meinem Mann zusammensetzen und darüber sprechen, ob wir nicht gemeinsam eine Lösung finden, die mir das Leben leichter macht. Aber mit meinem Mann kann man nicht gut diskutieren. Das habe ich versucht, der Krankenkasse zu schildern. Die wollten mich dann zur Ehebera-

tung schicken. Aber auch dagegen sträubte sich mein Mann. Als ich den Bandscheibenvorfall schilderte, wollten sie mich zur Rückenschule schicken. Dann kam die Krebserkrankung meiner Mutter dazu, und ich habe nochmal an die Kasse appelliert und versucht, ihnen zu schildern, dass ich das alles nicht mehr verarbeiten kann und Hilfe brauche. Die Antwort der Kasse: Sie sind doch gerade im Mutterschutz, sie kriegen das auch so hin. Ich wusste nicht mehr, was ich tun sollte und sah nur noch einen Ausweg: Die Krankenkasse zu wechseln.

Hat das schließlich den Ausschlag gegeben?

Ja, 2010 wechselte ich zu einer anderen Kasse und stellte einen neuen Antrag, diesmal über eine Beratungsstelle des Müttergenesungswerks. Und dann hat es endlich geklappt. Ich kann allen Frauen, die eine Mutter-Kind-Kur machen möchten, nur empfehlen, die Unterstützung der Beratungsstellen zu nutzen.

Sie sind jetzt seit gut einer Woche zur Kur im Haus Nordlicht, wie fällt Ihr erstes Fazit aus?

Sehr gut. Meinem Sohn, der sehr infekтанfällig ist, geht es schon viel besser, die Luft hier tut ihm gut. Ich versuche, viel Zeit mit meinen Kindern zu verbringen. Wir gehen

oft an den Strand, spielen und basteln zusammen. Ich selbst mache Krankengymnastik, bekomme Fangopackungen und Massagen und nehme an Ernährungsberatung teil.

Und was erhoffen Sie sich vom Rest der Kur?

Dass ich einen klaren Kopf be-

komme. Und dass ich wieder mehr lächle. Ich bin sehr ernst geworden.

Anika Falke
 Referentin für Presse und
 Öffentlichkeitsarbeit
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

Wege zur Kur

Wann brauche ich eine Kur?

Schon Schwangerschaft und Geburt sind eine körperliche und seelische Höchstleistung. Daraus und aus den veränderten Lebensbedingungen einer Mutter mit Mehrfachbelastungen können schnell ernsthafte Erkrankungen entstehen. Symptome wie Rückenschmerzen oder Schlafstörungen bis hin zu Depressionen sind eindeutige Zeichen.

Wer kann eine Mütter- oder Mutter-Kind-Kur beantragen?

Grundsätzlich alle Frauen, die Kinder erziehen oder erzogen haben und deren Ärztin oder Arzt die Notwendigkeit einer Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme attestiert hat.

Wie stelle ich den Antrag?

In einer der 1.400 Beratungs- und Vermittlungsstellen bei den Wohlfahrtsverbänden können Sie sich in einem persönlichen Gespräch über alle Möglichkeiten einer Kur informieren:

- Arbeiterwohlfahrt
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband
- Deutsches Rotes Kreuz
- EVA – Evangelischer Fachverband für Frauengesundheit e.V.

(Diakonie)

- Katholische Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung e.V. (Caritas)

Das für eine Kur notwendige Attestformular für Ihren Antrag, das Selbstauskunftsformular für Sie und Ihr Kind, bekommen Sie in der Beratungsstelle oder unter Downloads auf www.muettergenesungswerk.de. Dort hilft man Ihnen bei allen anfallenden Formalitäten, beim Ausfüllen des Antrages, bei der Genehmigung der Kur durch die Krankenkasse sowie bei der Wahl der geeigneten Einrichtung. Die BeraterInnen kümmern sich nach der Genehmigung auch um Ihre Anmeldung.

Was macht meine Ärztin/ mein Arzt?

Mit den Attestformularen aus Ihrer Beratungs- und Vermittlungsstelle gehen Sie zu Ihrer Ärztin oder Ihrem Arzt. Sie schildern Ihre gesundheitliche Situation und auch die momentanen Lebensumstände. Wenn Sie eine Kurempfehlung erhalten, lassen Sie sich Ihre Krankheit und gegebenenfalls auch die Ihres Kindes gleich schriftlich attestieren und möglichst genau beschreiben. Mit diesem Attest gehen

Sie dann wieder in die Beratungs- und Vermittlungsstelle.

Wer entscheidet über den Kurantrag?

Durch das Gespräch in der Beratungs- und Vermittlungsstelle gehen Sie gut vorbereitet zu Ihrer Krankenkasse. Über Ihren Antrag entscheidet immer Ihre Krankenkasse. Sollte der Kurantrag nicht genehmigt werden, haben Sie das Recht auf Widerspruch. Dabei hilft ihnen eine Beraterin oder ein Berater sehr gern.

Kann ich mir die Kur finanziell leisten?

Die Krankenkassen tragen die vollen Kosten der Kur. Sie selbst zahlen die gesetzlich festgelegte Zuzahlung von 10,- Euro pro Tag. Kinder sind zuzahlungsfrei. Sollte Ihnen auch die Zuzahlung nicht möglich sein, so wenden Sie sich an Ihre Beraterin oder Ihren Berater. Je nach Ihrer finanziellen Situation können wir Sie gegebenenfalls mit Spendengeldern unterstützen. Bundesweit gibt es 1.400 Beratungsstellen für Mütter- oder Mutter-Kind-Kuren, die Sie in allen Fragen rund um die Kur beraten werden.

Quelle: Müttergenesungswerk

13.800 Hafttage konnten vermieden werden

Konzept „Geldverwaltung statt Ersatzfreiheitsstrafe“ zieht positive Bilanz

Am 1. Januar 2010 hat in Niedersachsen die Umsetzung des Konzepts „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen“ begonnen. Ziel ist es, Straffälligen zu helfen, ihre Geldstrafe in sinnvollen Raten abzubezahlen und so den Haftantritt zu vermeiden. Die Umsetzung wird von den Anlaufstellen für Straffällige über ihre bisherige Arbeit hinaus geleistet. Entwickelt wurde das Konzept von Axel Zuber von der Anlaufstelle Delmenhorst. Nach den Erfahrungen des Modellprojekts, das 2005 bis 2007 mit Unterstützung der Generalstaatsanwaltschaft Celle und der Genehmigung durch das niedersächsische Justizministerium in zunächst vier niedersächsischen Städten startete und 2010 flächendeckend auf 14 Standorte ausgeweitet wurde, zeigt sich, dass das Konzept ein großer Erfolg ist.

Durch die Maßnahme mussten im Jahr 2010, dem ersten Jahr dieses flächendeckenden Angebots, mehr als 13.800 Hafttage nicht vollstreckt werden. Der Haftkostensatz pro Tag liegt in Niedersachsen bei mehr als 100 Euro. Zusätzlich konnten gezahlte Geldstrafen an die Staatsanwaltschaft in Höhe von etwa 195.000 Euro überwiesen werden. Der „Haftkostenwert“ plus der eingenommenen Bußgelder macht einen Gesamtbetrag von mehr als 1.500.000 Euro aus. Er liegt damit deutlich über dem Betrag, den das Land Niedersachsen allen vierzehn Anlaufstellen als Personalkostenzuschuss zur Verfügung stellt: Der Zuschuss beläuft sich auf 1.300.000 Euro.

Bei den im Jahr 2010 insgesamt 903 behandelten Fällen handelt es sich ausschließlich um Fälle, die Aufnahme in das Programm fanden. Die tatsächliche Anzahl der Hilfesuchenden war bedeutend höher und damit natürlich auch der tatsächliche Arbeitsaufwand für die Beratungsstellen. Nicht erfasst wurden die Hilfesuchenden, die nach der Beratung eigenständige Regelungen trafen und Menschen, die nach Beratung in Maßnahmen der gemeinnützigen Arbeit gingen.

Marian Goiny von der Anlaufstelle Lüneburg und Sprecher des Arbeitskreises Straffälligenhilfe im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. erklärt die Einzelheiten des Projekts.

Herr Goiny, an wen wendet sich das Projekt „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen“?

Es richtet sich an Menschen, die bereits mehrere Möglichkeiten hatten, ihre Geldstrafe zu bezahlen, dies aus verschiedenen Gründen nicht tun konnten und denen nun die Inhaftierung droht. Als diese Menschen zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, hatten die Richter ja ursprünglich nicht vor, sie einzusperren, sonst wäre sie gleich zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Geldstrafen werden dann von den Richtern verhängt, wenn die Strafzumessung eine Freiheitsstrafe nicht erfordert. Kriterien sind zum Beispiel die Art des Deliktes, die Umstände der Tat oder liegen auch in der Person des Täters begründet. Viele dieser Menschen hat-

ten vorher noch nicht mit Einrichtungen der Straffälligenhilfe zu tun. Nun droht ihnen die Inhaftierung, obwohl sie ursprünglich nicht beabsichtigt war. Das soll durch die Maßnahme „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen“ vermieden werden. Sobald die Inhaftierung droht, treten diese Menschen dann mit uns in Kontakt. Wir versuchen, möglichst vielen von ihnen die Haft zu ersparen.

Wie kommen diese Menschen überhaupt erst in diese Situation?

Die meisten unserer Klienten schleppen einen Riesenberg an Problemen mit sich herum. In der Regel verfügen sie nur über ein sehr geringes Einkommen, sind hoch verschuldet, haben nur selten Arbeit und sind nicht selten gesundheitlich beeinträchtigt. Viele haben eine sehr große Hemmschwelle sich mit Behörden, insbesondere denen der Strafrechtspflege, zu befassen. Auf Anschreiben und gesetzte Fristen wird nicht reagiert. In vielen Fällen wird Behördenpost nicht einmal geöffnet. Uns wurden schon ganze Plastiktüten voll mit ungeöffneten Briefen überreicht.

Wie kommt der Kontakt zu Ihrer Anlaufstelle zustande?

Einige Betroffene wenden sich von alleine an uns, andere werden durch Kollegen des AJSD – Ambulanter Justizsozialdienst (Bewährungs- und Gerichtshelfer) vermittelt. Die meisten treten an uns heran, nachdem sie von der Staatsanwaltschaft die Ladung zum Haftantritt erhalten

haben. Dies beinhaltet, bis wann und in welcher Justizvollzugsanstalt die Haft anzutreten ist. Der Ladung zum Haftantritt legt die zuständige Staatsanwaltschaft einen Flyer der Anlaufstellen für Straffällige bei, der auf die Maßnahme „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe“ hinweist. Für die meisten Betroffenen ist die Kontaktaufnahme sehr schwierig und ein großer Schritt, denn sie müssen uns ihre persönliche Situation umfassend schildern.

Welche Schritte leiten Sie dann ein und wie sieht Ihre Arbeit ganz konkret aus?

Wir schicken als erstes der zuständigen Staatsanwaltschaft eine Mitteilung, die darüber informiert, dass sich der Betroffene mit uns in Verbindung gesetzt hat. Das reicht meist schon einmal aus, um

das Verfahren etwas zu entschärfen. Dann sehen wir uns die persönlichen Umstände und Verhältnisse des Betroffenen an und erstellen eine Anamnese: Was ist überhaupt machbar? Was könnte in Raten zu welcher Höhe wie abbezahlt werden? Wir versuchen eine pragmatische Regelung zu finden, dass gewisse Beträge fristgerecht überwiesen werden. So wie bei der Frau, die drei, vier Geldstrafen zu zahlen hatte. Sie war ALG II-Empfängerin und stand kurz vor der Inhaftierung, als wir mit ihr in Kontakt traten. Die Frau hatte große Angst vor dem Gefängnis und sagte uns, dass sie eine Haftstrafe nicht ertragen würde. Wir konnten das in ihrem Fall so regeln, dass sie nun die einzelnen Geldstrafen nacheinander in einer von ihr leistbaren Ratenhöhe bezahlt. Seit Januar 2010 werden ihre Raten regelmäßig gezahlt. Die

Frau kann weiter in ihrer Wohnung bleiben. Ihr wurde durch das Projekt viel Lebensmut und neue Hoffnung gegeben.

Gibt es auch Fälle, in denen Sie nicht helfen können?

Leider ja. Wir hatten beispielsweise einen Fall, der zunächst eher unproblematisch aussah. Es handelte sich um eine alleinerziehende Frau mit mehreren Kleinkindern. Gerade wenn Kinder im Spiel sind, wird die Vermeidung von Haftstrafen noch dringlicher, denn nicht immer wäre jemand da, der sich um die Kinder kümmern könnte, sollte ihrer Mutter eine Haftstrafe drohen. Bei der angesprochenen Frau stellte sich heraus, dass die Zuständigkeit ihres Falls bei einer Staatsanwaltschaft außerhalb Niedersachsens lag. Wir setzten uns mit der dortigen

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de



kraftvoll



lautstark



dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,
soziale Gerechtigkeit

Staatsanwaltschaft in Verbindung, man bestand aber auf sofortiger Zahlung oder Antritt der Haftstrafe. Wir konnten der Frau nicht weiterhelfen. Für die Kinder hat der Haftantritt der Mutter zur Folge, dass eine Unterbringung durch das Jugendamt stattfinden wird. Unser Angebot bezieht sich ausschließlich auf das Land Niedersachsen, was auch durch einen Erlass des Nds. Justizministeriums geregelt ist.

Die Maßnahme wird zurzeit an 14 Standorten durchgeführt. Ist eine Ausweitung, eventuell auch in andere Bundesländer, möglich?

Das Projekt findet große Beachtung in einigen anderen Bundesländern. Ob und wie es dort gegebenenfalls umgesetzt wird, bleibt

abzuwarten. Hier in Niedersachsen ist das Projekt schon jetzt ein großer Erfolg, was die Zahlen des ersten Jahres belegen. Die Tendenz in den ersten Monaten dieses Jahres ist stark steigend. An einigen Standorten in Niedersachsen, vor allem in den größeren Städten, haben wir so große Nachfrage, dass die Kollegen nicht selten an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gestoßen sind. Das Projekt „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe“ ist nur eine von vielen von den Anlaufstellen für Straffällige wahrgenommenen Aufgaben. Aufgrund der Durchführung des Projektes dürfen natürlich die anderen Aufgaben nicht vernachlässigt oder eingeschränkt werden. Da muss dringend was passieren. Ein erster Schritt wäre die zeitnahe Aufsto-

ckung der Verwaltungsstellenanteile in den Anlaufstellen, die besonders belastet sind. Hier ist das Land Niedersachsen gefordert. Dass das Projekt gut und wichtig ist und ausgeweitet werden sollte, zeigt ja seine Bilanz. Die Summe, die wir dem Land in nicht vollstreckten Hafttagen eingespart haben, war höher als der Zuschuss des Landes für die Aufgaben der Anlaufstellen für Straffällige in ihrer Gesamtheit. Das zeigt, dass die Arbeit der Anlaufstellen kostendeckend geführt werden kann und auch wird.

Weitere Informationen:
www.die-anlaufstellen.de

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Mit „Ariadne“ aus dem Labyrinth der Abhängigkeit

Neues Projekt des Paritätischen Nienburg bietet Hilfe für Kinder und Eltern

Es sind helle, freundliche Räume. Einer davon ist gefüllt mit Dingen, die Kinderherzen höher schlagen lassen: Spannende Spiele, Autos, Bälle, bunte Basteleien in den Regalen, lustige Puppen auf den Fensterbrettern, darunter ein weicher grüner Teppich mit Kissen und Plüschtieren – eine Kuschelwiese zum Spielen und Träumen. Hier, im ersten Stock des Hauses Bahnhofstraße 3, ist „Ariadne“ zu Hause, die Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche mit sucht- oder psychisch kranken Eltern. Es ist ein noch junges Projekt, das erst vor wenigen Monaten ins Leben gerufen wurde. Vor dem Hintergrund der bundesweiten Aktionswoche für Kinder aus Suchtfamilien vom 13. bis 19. Februar 2011, un-

ter dem schützenden Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Nienburg, der Träger des Projekts ist, und gefördert von der Aktion Mensch, will „Ariadne“ diesen jungen Menschen helfen, aus dem ausweglos erscheinenden Labyrinth von Sucht, Krankheit und Abhängigkeit zu finden. Die Geschichte aus der griechischen Mythologie, in der die Prinzessin Ariadne dem Helden Theseus mit Hilfe eines Fadens aus einem gefährlichen Labyrinth heraus hilft, hat Projektleiterin Beate Strohmeyer zu diesem Namen inspiriert.

„Etwa 20 Prozent aller Kinder in Deutschland leben mit mindestens einem sucht- oder psychisch kranken Elternteil zusammen“, sagt



„Ariadne“, ein noch junges Projekt für junge Menschen: Projektleiterin Beate Strohmeyer weist den Weg.

Beate Strohmeyer. In Stadt und Landkreis Nienburg sind etwa 5000 von rund 22.700 Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre betroffen. „Das sind die bekannten Zahlen, die

Dunkelziffer aber ist weit höher“, weiß die Sozialpädagogin.

„Diese Kinder haben keine Lobby“, sagt die 53-Jährige. Während erwachsene Suchtkranke oder psychisch Erkrankte im Landkreis bereits seit über 20 Jahren behandelt werden, Unterstützung bekommen in Nachsorge- und Selbsthilfegruppen, dümpeln diese Kinder und ihre Eltern in einer Grauzone. „Bei Familien, die diese Problematik haben, gibt es immer ein Geheimnis: Niemand darf beispielsweise wissen, dass der Papa trinkt, oder die Mama oft weint, auch tagsüber im Bett liegt, sich um nichts mehr kümmern kann“, erklärt Beate Strohmeyer. Kinder entwickelten eine sogenannte Co-Abhängigkeit: Sie übernehmen Aufgaben im Haushalt und Verantwortung für die Eltern, suchen nach Rechtfertigungen und Entschuldigungen, erfahren Gewalt und Scham, werden zu Kontrolleuren von Vater und Mutter. Gesprochen werden darf darüber nicht. Die Eltern wissen häufig, dass ihre Kinder belastet sind. Sie sorgen sich, sehen aber keine Möglichkeit, wie sie daran et-

was ändern könnten. „Die Kinder lieben ihre Eltern und brauchen sie, dabei übernehmen sie unbewusst verschiedene Rollen“, erklärt Beate Strohmeyer: „Der eine ist der Sonnenschein der Familie, der andere der Chaos, es gibt das unauffällige, angepasste Kind, oder den Kümmerer, der für die Familie viel Verantwortung auf sich nimmt.“

Von Sucht oder psychischer Krankheit betroffene Eltern förderten dieses Verhalten noch, macht Beate Strohmeyer an weiteren Beispielen fest. Sätze wie „Weil du eine Fünf geschrieben hast, muss ich jetzt trinken“ oder „Weil du nicht lieb bist, geht es mir ganz schlecht“, setzen Kinder unter massiven Druck. Sie dürfen niemanden mit nach Hause bringen, die Eltern gehen nicht zu Kindergarten- und Schulveranstaltungen: Sie isolieren sich und ihre Kinder. Verhaltensauffälligkeiten sind die Folge. Aggression und Trotz können bereits im Kindergarten auftreten. Wiederholtes Fehlen im Unterricht, keine Hausaufgaben machen, Müdigkeit und Interesselosigkeit sind Alarmsignale im schulischen Bereich.

Den Weg aus diesem ausweglos erscheinenden Labyrinth können Kinder und Jugendliche bei „Ariadne“ finden. Geborgenheit, Gemeinschaft, Rückenstärkung, Unterstützung, Spiel und Spaß erfahren sie in Einzelgesprächen ebenso wie bei regelmäßigen Gruppentreffen. Eltern und Vertrauenspersonen erhalten hier ebenfalls Information, Beratung und Unterstützung. Ein Angebot, das die Kinder entlasten soll. „Doch die Eltern müssen den ersten Schritt dazu tun, zumindest, wenn die Kinder noch kleiner sind“, erklärt Beate Strohmeyer diesen „ersten, ganz wichtigen Ansatz, ein mutiger Schritt, mit dem man zeigt: Bei uns soll sich was ändern.“

Sprechzeiten in der Bahnhofstraße 3 in 31582 Nienburg sind montags von 13.30 bis 17 Uhr und dienstags und freitags von 8 bis 11 Uhr, sowie nach telefonischer Vereinbarung unter der Nummer 05021 / 6000463.

*Beate Strohmeyer
Projektleiterin
Paritätischer Nienburg*

Stiftungen unterstützen einmalige Projekte

Paritätischer Niedersachsen hilft bei der Beantragung von Fördermitteln

Im Alltag vieler Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. bietet das Budget nur wenig Spielraum, wenn es um die Realisierung einmaliger Projekte geht. Mal muss ein Gebäude dringend saniert, mal eine Ferienfreizeit finanziert oder ein Computer ersetzt werden – doch das Geld dafür kann nicht immer komplett allein aufgebracht

werden. Das Referat Finanzen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. bietet seinen Mitgliedsorganisationen in solchen Fällen Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln aus verschiedenen Stiftungen an.

An welche Stiftung soll ich mich wenden? Wo ist die Chance am größten, mit meinem Projekt ei-

ne Unterstützung zu erhalten? Was muss der Antrag alles beinhalten und was sind die nächsten Schritte? Es sind viele Fragen, die bei der Beantragung von Fördermitteln aufkommen. Fragen, mit denen gerade kleine Mitgliedsorganisationen oft überfordert sind – und um die sich das Referat Finanzen des Paritätischen Niedersachsen für sie kümmert. Alle

Mitgliedsorganisationen können sich mit ihren förderungswürdigen Projekten an das Referat wenden.

Als förderungswürdig gelten einmalige Projekte, das heißt, laufende Fixkosten, etwa für Personal oder Miete, können nicht geltend gemacht werden, da die Unterstützung der Stiftungen keine dauerhafte Finanzierung darstellt. Die förderungsfähigen Projekte dürfen noch nicht begonnen haben und müssen Nachhaltigkeit erkennen lassen. Mitgliedsorganisationen, die sich an das Referat Finanzen wenden, müssen folgende Informationen bereitstellen: Was genau soll mit dem Projekt erreicht werden, welchen Zweck hat es und welcher Sinn steckt dahinter? Außerdem müssen sie einen Kostenplan über das Projekt erstellen. Alles Weitere übernimmt das Referat Finanzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter recherchieren bei deutschen Stiftungen nach, bis sie einen Partner finden, bei dem es „passt“: Bei dem alle nötigen Voraussetzungen erfüllt sind, denn nicht jede Stiftung unterstützt jedes Projekt. Als nächster Schritt wird eine telefonische Voranfrage bei der Stiftung getätigt, bei positiver Rückmeldung übernimmt der Paritätische die Vorstellung des Projekts und stellt den Antrag auf Fördermittel.

Im Jahr 2010 wurden durch diese Finanzierungsakquiseneun Projekte von neun verschiedenen Stiftungen unterstützt. Insgesamt wurden dabei knapp 33.000 Euro ausgeschüttet. Im Jahr 2011 konnten bereits vier Projekte unterstützt werden, die sieben beteiligten Stiftungen schüt-

teten dafür bislang 10.500 Euro aus. Je nach Projekt betragen die finanziellen Unterstützungen der Stiftungen von wenigen hundert Euro bis mehr als 10.000 Euro.

Das Praxisprojekt „Stadtteilreporter“ der Hilfe-für-hungernde-Kinder gemeinnützige Gesellschaft mbH in Hannover ist eines der Projekte, für die sich der Paritätische Niedersachsen stark macht. Von Armut betroffene Jugendliche arbeiten



gemeinsam an einem Magazin, dem „Stadtteilreporter“. Sie nutzen diese Plattform, um sich mit Widersprüchen ihres eigenen Lebens auseinanderzusetzen, entwickeln in der gemeinsamen Arbeit neue Fähigkeiten und soziale Kompetenzen und zeigen Leistungen, die weder ihre Lehrer noch sie selbst vorher für möglich gehalten haben. Die erste Runde des Projekts dauert 19 Monate, wurde von der Auerbachstiftung und der Robert Willy Pitzer Stiftung mit 20.000 Euro unterstützt und lief 2010 aus. Für

eine zweite Runde des Projekts konnte im Januar 2011 die Walter Nebel Stiftung für eine Komplettfinanzierung in Höhe von 15.000 Euro gewonnen werden, so dass weitere 19 Monate Laufzeit bis Ende 2013 sichergestellt sind.

Als die „Jugend-Kultur-Tage“ 2010 in Osnabrück zum zweiten Mal veranstaltet werden sollten, fehlten 9000 Euro zur Realisierung. Der Verein FOKUS e.V. wandte sich an den Paritätischen Niedersachsen und erklärte, warum das Projekt förderungswürdig sei: Unter anderem waren die Jugendlichen von Beginn an in die Planungen der Jugend-Kultur-Tage miteinbezogen. Ihnen wurde Mitsprache ermöglicht und Raum für eigene Ideen geboten. Qualifizierte Unterstützung gab den Jugendlichen den nötigen Zuspruch, eigene Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen und Hemmungen hinter sich zu lassen. Die Argumente überzeugten die Auerbachstiftung, die das Projekt mit der noch fehlenden Summe unterstützte.

Weitere Informationen zur Beantragung von Fördermitteln aus verschiedenen Stiftungen erhalten Sie bei:

Christiane Schumacher
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 5 24 86-3 95
Fax: 05 11 5 24 86-3 32
E-Mail: christiane.schumacher@paritaetischer.de

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Der Deutsche Schwerhörigenbund beklagt: Recht auf Kommunikation ist nur eingeschränkt berücksichtigt

UN-Behindertenrechtskonvention und pflegebedürftige ältere Menschen mit Hörbehinderung

Ein hoher Anteil älterer pflegebedürftiger Menschen ist schwerhörig oder ertaubt. Welche Maßnahmen sind nun für pflegebedürftige Menschen mit Hörbehinderung in Seniorenheimen und Krankenhäusern erforderlich, damit die Zielsetzungen der Behindertenrechtskonvention erfüllt werden? Im Folgenden sollen verschiedene Bereiche beispielhaft dargestellt werden, in denen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von kranken oder pflegebedürftigen Senioren mit zusätzlicher Hörbehinderung – bei Bedarf – erforderlich sind.

Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen

Vor mehreren Jahren wurde die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen diskutiert, woran sich der Deutsche Schwerhörigenbund (DSB) mit etlichen Empfehlungen beteiligte. Inzwischen wurde die Charta abgeschlossen und veröffentlicht. Das Recht auf Kommunikation ist in Artikel 6 nur sehr allgemein berücksichtigt.

Notwendige Maßnahmen: Es fehlen Hinweise, dass das Recht auf angemessene Kommunikation mit Ärzten und Pflegepersonal in allen Bereichen der Pflege zu berücksichtigen ist und dem Personal entsprechende Kenntnisse zu vermitteln sind. Ebenso bleiben technische Zusatzgeräte unerwähnt, die es pflegebedürftigen Menschen mit Hörbehinderung ermöglichen zu kommunizieren, zu telefonie-

ren, fernzusehen oder an Veranstaltungen teilzuhaben.

Pflegestützpunkte

In Pflegestützpunkten können sich pflegebedürftige Menschen umfassend beraten lassen. Besondere Maßnahmen hinsichtlich kommunikativer Barrierefreiheit sind bisher nicht vorgesehen.

Notwendige Maßnahmen: Das Beraterpersonal muss im Umgang mit pflegebedürftigen Menschen mit Hörbehinderung geschult sein. Weiterhin müssen Pflegestützpunkte barrierefrei für Hörbehinderte sein – das bedeutet: keine schallharten Räume, kein großer Abstand zwischen der beratenden und der Rat suchenden Person. Bei Erfordernis Verwendung von technischen Hilfen (Übertragungsanlagen) oder Einsatz von Schriftdolmetschern.

Begutachtung durch den MDK-Pflegegutachter

MDK-Pflegegutachter tragen für ihre Gutachten eine sehr hohe Verantwortung, sie müssen über einen enorm hohen Wissensstand verfügen. Nach der Erfahrung des DSB bestehen hier mitunter Mängel bei der Beurteilung von hörgeschädigten Senioren und Patienten. Nicht selten werden Hörbehinderungen nicht erkannt oder fälschlich als Demenzerkrankung eingeordnet.

Innerhalb des kurzen Erstgesprächs müssen MDK-Pflegegutachter in der Lage sein, Sachverhalte korrekt zu

erkennen, um u.a. folgende Entscheidungen zu fällen:

- Zutreffende Einstufung im Einzelfall
- Sorgfältige Abgrenzung einer Hörbehinderung von einer Demenzerkrankung
- Zeitliche Festlegungen der Pflege (Mehraufwand für die behinderte Kommunikation)
- Feststellung der Pflegehilfsmittel (Liegt z.B. bei vorhandenen Hörhilfen Unterversorgung vor?)
- Maßnahmen zur Rehabilitation und zur Barrierefreiheit in Wohnungen der Pflegepatienten

Notwendige Maßnahmen: MDK-Pflegegutachter müssen sehr gründlich zum Thema Hörschädigung und den Folgen im Pflegealltag geschult sein, was bisher anscheinend nur unzureichend der Fall ist. An den erforderlichen Schulungsveranstaltungen für MDK-Pflegegutachter sollte der DSB mit seinen Kenntnissen zwingend beteiligt sein. Bei Verdacht auf eine Hörschädigung ist ein HNO-Arzt zwingend einzubeziehen, damit eine korrekte Feststellung des Hörstatus erfolgt und falsche Zuordnungen vermieden werden. Falschverstehen muss ausgeschlossen werden, da es beim Erstbesuch zu erheblichen und folgenschweren Fehlbeurteilungen führen kann. Bei der Festlegung der Pflegezeiten muss berücksichtigt werden, dass kommunikative Zuwendung eine heilende oder zumindest die Therapie unterstützende Wirkung hat

und den Verlauf der gesundheitlichen Entwicklung und den Grad der Pflegebedürftigkeit positiv beeinflusst.

Das Pflegepersonal in Senioren- und Pflegeheimen und Krankenhäusern

In der Ausbildung des Pflegepersonals (hier sind Ärzte/Ärztinnen, Sozialarbeiter/-innen und ähnliche Berufe eingeschlossen) wird das Thema „Hörschädigung und deren Folgen in der Pflege“ allenfalls am Rande – wenn überhaupt – behandelt. So fehlen dem Pflegepersonal durch unzureichende Ausbildungspläne wichtige Kenntnisse bei der Arbeit mit hörgeschädigten Pflegepatienten.

Notwendige Maßnahmen: Die Ausbildungspläne für alle Berufe, die in Senioren- und Pflegeheimen und Krankenhäusern Kontakte zu hörgeschädigten Pflegepatienten haben, müssen überprüft und ergänzt werden. Die Überarbeitung der Ausbildungspläne sollte zwingend unter Einbeziehung der Erfahrungen des DSB erfolgen.

Barrierefreie Ausstattung von stationären Einrichtungen

In Heimen und Krankenhäusern gibt es meist keinerlei technische Hilfen für Hörgeschädigte, weder im Wohnbereich oder in Gemeinschaftsräumen noch in Arbeits- oder Therapieräumen. Die Situation in Heimen ist auf Guthörende zugeschnitten und für die besonderen Bedürfnisse hörgeschädigter Menschen nicht geeignet. Dieser Zustand entspricht nicht Art. 9 der Behindertenrechtskonvention.

Notwendige Maßnahmen: Die in der neuen DIN 18040 genannten Maßnahmen zur Barrierefreiheit müssen durchgeführt werden. Freiheit von Kommunikationsbarrieren kann

durch folgende Maßnahmen erreicht werden, einige Beispiele:

- Bei Lautsprecheranrufen (z.B. vor Röntgenkabinen) müssen zusätzlich optische Anzeigen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip erfolgen
- Hörgeschädigtengerechte Telekommunikation und Unterhaltungselektronik sind zu ermöglichen
- Lichtklingeln an den Türen von Patientenzimmern sind vorzusehen
- In Arzt- und Untersuchungsräumen ist eine schlechte Raumakustik durch Schallschutzmaßnahmen zu vermeiden

Qualitätsprüfungen in Seniorenheimen und Krankenhäusern

Vor einiger Zeit wurden Kriterien für die Qualität der Pflege in Seniorenheimen und Krankenhäusern entwickelt. Diese Kriterien enthalten keine Fragen nach der Kommunikation mit den Pflegepatienten und ihrer Zufriedenheit hinsichtlich Zuwendung und Gespräch seitens des Pflegepersonals. Eine angemessene Kommunikation mit den pflegebedürftigen Menschen gehört zu den zentralen Pflegeaufgaben eines Pflegeheims und darf nicht vernachlässigt werden. Dies gilt in ganz besonderem Maße für pflegebedürftige Patienten mit zusätzlicher Hörbehinderung, die sich bei mangelnder Kommunikation nicht als vollwertiger Mensch angenommen, die sich als unverstanden, ausgeliefert, unglücklich und abgeschoben empfinden – mit entsprechenden gesundheitlichen Folgen.

Notwendige Maßnahmen: Die Kriterien für Qualitätsprüfungen in Seniorenheimen und Krankenhäusern müssen durch entsprechende Fragen ergänzt werden. Als zentrale Pflegeaufgabe ist diesem Thema ein hoher Bewertungsgrad zuzuordnen.

Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass durch die oben genannten Maßnahmen die Arbeit des Pflegepersonals erleichtert und die Therapie verbessert wird und so allen Beteiligten nützt. Bemühungen zur Verbesserung der Rechte von kranken, alten oder pflegebedürftigen Menschen mit Hörbehinderung zahlen sich daher aus. Die Behindertenverbände müssen, um für eine umfassende Umsetzung der verbesserten Rechtsstellung in der Gesellschaft zu sorgen, vor allem politisch aktiv werden und bei den Regierungen in Bund, Ländern und auf örtlicher Ebene auf Beachtung der Behindertenrechtskonvention in allen Bereichen der Gesellschaft drängen. Betreiber von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, Pflegeverbände sowie zuständige Sozialpolitiker und sonstige Beteiligte sind aufgerufen, die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention auch in diesem Bereich voranzutreiben.

Dipl.-Ing. Rolf Erdmann

Landesverbandsvorsitzender des Deutschen Schwerhörigenbundes (DSB)

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:

Rubrik Presse auf www.paritaetischer.de

oder im E-Mail-Abo –

[schreiben Sie an presse@](mailto:schreiben_Sie_an_presse@paritaetischer.de)

paritaetischer.de

Neubau der Fachklinik Südergellersen

Betriebsgenehmigung wurde am 20. April erteilt

Im Schwarzen Weg in Südergellersen hat sich in den vergangenen Monaten viel getan. Hinter dem 1992 erbauten Gebäude der ehemaligen „Therapeutischen Gemeinschaft Südergellersen“ wurde mit Hochdruck ein neuer Trakt gebaut. Am 20. April 2011 hat die Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover die Betriebsgenehmigung für die „Fachklinik Südergellersen. Klinik für Abhängigkeitserkrankungen“, eine Einrichtung der paritätischen Mitgliedsorganisation Jugendhilfe Lüneburg gGmbH, erteilt. Die Eröffnung ist für den Frühsommer geplant.

Im Rahmen einer Umstrukturierung wurde im November 2010 die Therapeutische Gemeinschaft Dachtmissen in die Therapeutische Gemeinschaft Südergellersen integriert. Mit der Zusammenlegung und Erweiterung ist in Südergellersen eine moderne Fachklinik für die stationär-rehabilitative Behandlung abhängigkeitskranker Erwachsener entstanden. Das Haus bietet nun Platz für 34 Frauen und Männer in gemütlichen, modernen Einzel- und Doppelzimmern. Ein Klientenzimmer ist speziell für Rollstuhlfahrer gebaut, die Fachklinik Südergellersen ist barrierefrei. Das Haus bietet Platz für zwei Begleitkinder und ihre Eltern in einem geschützten Eltern-Kind-Bereich. Für viele Eltern ist es eine enorme Erleichterung zu wissen, dass sie ihre Kinder mitbringen dürfen. Gemütliche Aufenthaltsräume mit Fernseh- und Musikanlage stehen in der Fachklinik Südergellersen zur Verfügung, ebenso Werkstätten, Lehrküche,



Die neu gebaute „Fachklinik Südergellersen. Klinik für Abhängigkeitserkrankungen“, eine Einrichtung der paritätischen Mitgliedsorganisation Jugendhilfe Lüneburg gGmbH.

Therapieräume, ein Klientenbüro mit Computern. Zudem ist ein Fitness- und Saunabereich sowie ein Musikraum mit Instrumenten eingerichtet. Garten und Innenhof mit Sitzcken laden zum Verweilen und Entspannen ein.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Fachklinik Südergellersen auf der Drogenlangzeittherapie: Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen werden in dem kleinen Heidedorf nach der Entgiftung auf ein cleanes Leben vorbereitet. Und das ist mit viel Mühe verbunden: Viele Klienten sind durch ihre Drogensucht aus den erlernten Berufen gefallen, manche haben weder

die Schule bis zum Abschluss besucht noch eine Berufsausbildung zu Ende gebracht. Sie erhalten in der Fachklinik Südergellersen gezielte Unterstützung durch Ärzte und Therapeuten. Die Klienten bauen durch ein gezieltes Training ihre Fitness auf und erproben ihre Belastungsfähigkeit, bevor sie ihren Neustart ins Leben vorbereiten.

Ein multiprofessionelles, sehr erfahrenes Team von Mitarbeitern (darunter Psychologen und Suchttherapeuten, Ergotherapeuten, Ärzte, Krankenpfleger, Sozialarbeiter, Hauswirtschafterin, Hausmeisterin, Sekretärin, Sporttherapeuten) begleitet die Patienten durch die Therapiezeit. Es sind auch Mitarbeiter („ExUser“) beschäftigt, die sich mit Sucht und deren Bewältigung ganz persönlich auskennen.

Jugendhilfe Lüneburg gGmbH:

Die Jugendhilfe Lüneburg gGmbH bietet abhängigkeitskranken Menschen eine stationäre medizinische Rehabilitation. Der gemeinnützige Verein wurde 1973 (damals noch unter dem Namen „Jugendhilfe e.V. Lüneburg“) gegründet und verfügt damit über langjährige Erfahrung in den Bereichen Jugendhilfe, Drogen, Sucht und Therapie. Der gemeinnützige Verein beschäftigt rund 100 Mitarbeiter in der Therapeutischen Gemeinschaft Wilschenbruch, der Fachklinik Südergellersen und zwei Einrichtungen für Jugendliche: dem Sozialtherapeutischen Wohnheim Oedeme sowie dem „aha!“.

*Alexandra Cyrkel
Jugendhilfe Lüneburg gGmbH*

Weg vom Stoff, raus aus der Sucht

Junge Cannabis-Konsumenten finden Hilfe beim Paritätischen Nienburg

Der junge Nico (Name geändert) hat ein Problem. Und das heißt Cannabis. Nico kiff. Schon ziemlich lange. Er will da raus. Allein packt er das nicht. Das weiß er. Und deshalb ist er schließlich zur Suchtberatung des Paritätischen Nienburg gegangen. Dieser Schritt hat ihn viel Mut gekostet. Als er vor der Tür stand, hat er eigentlich wieder abhauen wollen. Aber jetzt, wo er dieser netten, jungen Frau gegenüber sitzt, die seine Schwester sein könnte, spürt er Vertrauen. Und er merkt: Es kann alles gut werden. Wie Nico geht es vielen anderen Jugendlichen im Landkreis. Sandra Brase weiß da sehr genau Bescheid. Im Projekt „Cannabis Beratung“ des Paritätischen, im Januar 2011 ins Leben gerufen und von der Aktion Mensch gefördert, ist sie die Fachfrau. Sie ist Ansprechpartnerin für die 13- bis 25-Jährigen, die bei ihr Rat und Hilfe finden.

Die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention wurde im Jahr 1990 eingerichtet. Seitdem ist der Bedarf an Cannabis-Beratung merklich angestiegen. „Hat sie im Jahr 2002 noch drei Prozent aller Beratungsfälle ausgemacht, so waren es 2009 bereits 15 Prozent“, sagt Sandra Brase. Und die Tendenz ist steigend. Über 60 junge Leute haben sie 2010 im Haus Von-Philipsborn-Straße 1 aufgesucht. „Die Dunkelziffer im Landkreis aber ist vermutlich sehr hoch“, sagt die 25-jährige Sozialpädagogin mit Verweis auf die vielen Cliques, in denen Cannabis geraucht wird. Der stark angewachsene Beratungsbedarf hat einen Grund: Tetrahydrocannabinol, kurz THC. THC ist der Hauptwirkstoff der Cannabis-Pflanze. „Und der

hat sich enorm verändert“, verweist Sandra Brase auf den Plantagenanbau: „Während in Deutschland gezogene Nutzpflanzen nur etwa eineinhalb Prozent THC enthalten, können speziell unter Gewächshausbedingungen herangezogene Sorten bis zu 20 Prozent dieses Wirkstoffs haben.“

Nico hat genug von dem, was Cannabis mit ihm macht. Die ersten paar Mal war er ganz entspannt, locker und gelöst: „Alle haben wir gekiff, das brachte echt viel Spaß, ich war super gut drauf.“ Das habe ihn abgelenkt, meint er, von den Problemen in der Schule, vom Stress mit den Eltern. Dann aber merkte er: „Ohne“ funktionierte nichts mehr. „Ohne“ konnte er nachts nicht schlafen, schwitzte ständig, die Hände zitterten, und irgendwas war mit seinem Kopf passiert. Nico konnte sich nichts mehr merken. In der Schule fehlte er jetzt noch häufiger als sonst, die Noten gingen ganz in den Keller, mit seinen Eltern hatte er nur noch Zoff, er kriegte den Alltag nicht mehr geregelt.

Seine Kiffer-Freunde wissen nicht, dass er jetzt bei Sandra Brase sitzt. Nico will weg vom Stoff, raus aus der Clique, raus aus der Abhängigkeit, raus aus der Sucht. Dabei hat Nico noch Glück. Er steckt nicht ganz so tief drin, wie es Axel (Name geändert) ergangen ist. Um an mehr Stoff zu kommen, hat Axel erst geklaut, Handtaschen und so. Dann hat er angefangen zu dealen. „200 Gramm Cannabis haben sie bei der Hausdurchsuchung gefunden“, sagt er. Ein Jahr Knast hat er hinter sich. Und eine Therapie. „Ich hab's geschnallt: Ohne Hilfe geht's nicht“, gibt er zu.



Im Cannabis-Projekt hilft Sandra Brase jungen Abhängigen auf dem Weg aus der Sucht.

Die hat er in der „Cannabis-Beratung“ bekommen. Seinen ehemaligen Freundeskreis hat er verlassen. Er hat auch Arbeit. „Ich krieg' mein Leben wieder hin“, sagt er. Nico hat jetzt eine echte Chance. In Einzelgesprächen und in der Gruppe erfährt er, was Cannabis mit ihm macht, warum er kiff, was dahinter steckt. Er kann sich austauschen mit anderen, mit ihnen neue Perspektiven entwickeln, das „Wir“-Gefühl erfahren: „Ich bin nicht allein mit meinem Problem“. Nico wird erkennen lernen, wie er aus diesem Teufelskreis Cannabis heraus kommt.

Persönliche Gespräche in der „Cannabis Beratung“ der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention, Von-Philipsborn-Straße 1 in 31582 Nienburg, finden Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch Eltern und Angehörige, dienstags von 9 bis 11 Uhr, mittwochs von 15 bis 17 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung unter (05021) 973526. Telefonische Sprechzeiten gibt es mittwochs von 13 bis 15 Uhr.

*Sandra Brase
Projektleiterin
Paritätischer Nienburg*

Viel Interesse am Tag der Sozialberatung des SoVD

Sozialverband informiert niedersachsenweit

Viele hundert Gäste haben sich beim ersten „Tag der Sozialberatung“ am 7. Mai 2011 in 50 SoVD-Beratungszentren über die Beratungsleistungen des Verbandes informiert. Dabei standen die Themen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit und Hartz IV im Mittelpunkt. „Wir konnten am Tag der Sozialberatung die ganze Palette unserer Leistungen vorstellen. Doch auch über das Sozialrecht und die Rechtsvertretung hinaus haben wir die Gäste über die Arbeit des SoVD informiert“, sagt der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer. „Sehr oft hatten die Menschen Fragen zur Rente, viele Besucher wollten aber auch einfach nur mal gucken, was der SoVD so macht und wie die Beratungsräume aussehen. Auf Interesse stieß auch der Umstand, dass die SoVD-Beratung in Niedersachsen inzwischen

ein Zertifikat vom TÜV hat“, ergänzt Bauer.

Ziel des Verbandes war es, Besuchern den gemeinnützigen Verband und seine Leistungen näherzubringen. Dazu hatte der Landesverband in mehr als 50 Beratungszentren einen niedersachsenweiten Tag der Sozialberatung ausgerufen. Begleitet wurde der Aktionstag mit einer Plakatkampagne und Einladungskarten an Menschen, die möglicherweise unabhängige Hilfe im Sozialrecht benötigen. „Wir wissen, dass Betroffene schwerpunktmäßig die Unterstützung des SoVD brauchen, wenn sie gesundheitliche Probleme haben oder das Alter von 50 Jahren überschreiten. Insbesondere Frauen haben oft einen erheblichen Beratungsbedarf, da sie in der Regel über kleinere Einkünfte verfügen und geringere Renten als Männer



Die persönliche Beratung stand beim Tag der Sozialberatung des SoVD im Mittelpunkt.

erwarten müssen“, sagt Bauer. Einzelberatungen wurden am Tag der Sozialberatung jedoch nicht durchgeführt. Dazu müssen Interessierten einen Termin mit dem für sie zuständigen SoVD-Beratungszentrum vereinbaren.

*Christian Hoffmann
SoVD-Landesverband
Niedersachsen e.V.*

Tendenzträgereigenschaft von pädagogischen Mitarbeiter/-innen

Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 14. September 2010

Der Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Die Arbeitgeberin beschäftigt ca. 600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 25 Betriebsstätten, u. a. Wohnheime für behinderte Menschen. Die Wohnheime sind jeweils in drei Wohnheimbereiche aufgliedert. Jeder Wohnheimbereich wird von einer Abteilungsleiterin/einem Abteilungsleiter geführt. Diese sind für die Umsetzung der

unternehmerischen Ziele und die konzeptionelle Weiterentwicklung des Leistungsangebots verantwortlich. Die Betreuung der behinderten Menschen in den Wohnheimen erfolgt durch pädagogische Mitarbeiter/-innen mit unterschiedlichen Ausbildungen. In fast allen Wohnheimen ist daneben eine Gruppenleiterin oder ein Gruppenleiter für die Aufsicht über mehrere Wohngruppen zuständig. Nach der Stellenbeschreibung gehört zu

den Aufgaben der in den Wohnheimen eingesetzten sozialpädagogischen Mitarbeiter/-innen u. a. die Planung und die Erbringung von Assistenz- und Betreuungsleistungen für die Heimbewohner/-innen, die Einarbeitung neuer Mitarbeiter/-innen, die Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Vertreter/-innen der behinderten Menschen und deren Angehörigen sowie die Erstellung, Umsetzung und Dokumentation der Hilfeplanung. Für jede

Heimbewohnerin und jeden Heimbewohner wird auf der Grundlage des individuellen Hilfebedarfs nach der von der Arbeitgeberin erstellten Prozessbeschreibung „Hilfeplanung Wohnheime“ eine Hilfeplanung entwickelt. Die Hilfeplanung erfolgt durch ein interdisziplinäres Team, dem neben den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen, Krankengymnastinnen und Krankengymnasten sowie Handwerkerinnen und Handwerker angehören. Die Hilfepläne werden von dem/der jeweiligen pädagogischen Mitarbeiter/in als Bezugsbetreuer/in, dem/der Gruppenleiter/in und dem/der Abteilungsleiter/in unterzeichnet.

Die Arbeitgeberin ist nach einem gesonderten gerichtlichen Beschluss ein Tendenzunternehmen im Sinne von § 118 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), das unmittelbar und überwiegend karitativen und erzieherischen Zwecken dient. Zwischen dem Betriebsrat und der Arbeitgeberin bestand Streit darüber, ob es sich bei den pädagogischen Mitarbeiterinnen um Tendenzträger/-innen handelt, und damit über den Umfang der Beteiligungsrechte des Betriebsrates bei der Einstellung und Versetzung von pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das Bundesarbeitsgericht hat mit Beschluss 14.09.2010 entschieden, dass in dem vorliegenden Fall der Betriebsrat bei Einstellung und Versetzung der in den Wohnheimen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach den §§ 99 ff BetrVG mitzubestimmen hat und sein Beteiligungsrecht nicht durch § 118 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG ausgeschlossen wird.

Dass es sich bei der Arbeitgeberin um ein Tendenzunternehmen im Sinne von § 118 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BetrVG handelt, ist unstrittig. Die Einschränkung der Beteiligungsrechte des Betriebsrates bei bestimmten personellen Einzelmaßnahmen kommt jedoch nur dann in Betracht, wenn sie sogenannte Tendenzträger betreffen. Bei der Feststellung der Tendenzträger-eigenschaft unterscheidet das BAG zwischen Arbeitgebern, deren unternehmerische Betätigung einem besonderen Grundrechtsschutz unterliegt und Unternehmen, bei denen die eingeschränkte Geltung des BetrVG lediglich karitativen oder erzieherischen Bestimmungen außerhalb von Art. 7 Abs. 4 und 5 GG dienen. Bei Arbeitgebern, die von Verfassungswegen begünstigt sind, ist die Tendenzträger-eigenschaft bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bereits dann anzunehmen, wenn ihnen in nicht völlig unbedeutendem Umfang Arbeiten übertragen sind, durch die sie Einfluss auf die grundrechtlich geschützte Tendenz des Arbeitgebers nehmen können.

Bei den Unternehmen dagegen, bei denen die eingeschränkte Geltung des BetrVG auf ihrem besonderen Unternehmenszweck und nicht auf einem speziellen Grundrechtsschutz beruht, hält das BAG einen derart weitgehenden Schutz nicht erforderlich. In derartigen Betrieben sieht es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur dann als Tendenzträger an, wenn sie bei tendenzbezogenen Tätigkeitsinhalten im Wesentlichen frei über ihre Aufgabenerledigung entscheiden können. Dies ist dann nicht der Fall, wenn sie einem umfassenden Weisungsrecht oder Sachzwängen aus-

gesetzt sind. Eine alleinige Entscheidungsbefugnis ist allerdings nicht Voraussetzung. Es reicht aus, wenn sie einen prägenden Einfluss auf die karitative oder erzieherische Tendenzverwirklichung haben, dadurch, dass sie in bedeutende planerische, konzeptionelle oder administrative Entscheidungen in dem tendenzgeschützten Bereich einbezogen sind, und ihr Beitrag vom Arbeitgeber aufgrund ihrer besonderen Fachkunde nicht übergangen werden kann. Eine Vorgesetztenstellung allein reicht dabei nicht aus. Die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer muss gerade auf die unmittelbar von dem Arbeitgeber verwirklichte Tendenz Einfluss nehmen. In zeitlicher Hinsicht ist ein bedeutender Anteil der tendenzbezogenen Arbeiten an der Gesamtarbeitszeit erforderlich.

Das vorinstanzliche Landesarbeitsgericht hatte seine Entscheidung darauf gestützt, dass die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Assistenz- und Betreuungstätigkeiten auf der Grundlage des individuellen Bedarfs und der Wünsche der Heimbewohner- und -bewohnerinnen unter Beachtung des verfassten Leitbildes der Arbeitgeberin planen und erbringen. Sie trafen dabei keine für die karitative Tendenzverfolgung der Arbeitgeberin bedeutsamen Entscheidungen, sondern ihre Tätigkeit werde durch die von der Arbeitgeberin vorgesehenen Hilfen bestimmt. Bei der Betreuungsleistung beständen für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund der vorgegebenen Arbeitsabläufe und der situativ bedingten Anforderungen keine nennenswerten Spielräume. Eine Tendenzträger-eigenschaft sei deshalb nicht gegeben.

Nach Auffassung des BAG lässt diese Würdigung durch das vorinstanzliche Landesarbeitsgericht, dem bei der Bewertung ein Beurteilungsspielraum zustehe, keine erheblichen Rechtsfehler erkennen. Auch aus der Beteiligung der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Aufstellung der Hilfepläne ergäbe sich nichts anderes, da diese aufgrund der Vorgabe des Leistungsträgers erstellt werden, sodass weder für die Arbeitgeberin noch für die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Ermessensspielraum bestehe. Die Einschätzung über die zu erbringende Hilfe

werde ebenfalls nicht von den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern allein, sondern durch ein Team getroffen und liege – wie die Änderung des Hilfeplans – darüber hinaus in der Verantwortung der Einrichtungsleitung. Zwar könne der für die Tendenzträgereigenschaft notwendige Gestaltungsfreiraum auch dann vorliegen, wenn die Entscheidung nicht von einer Person sondern von mehreren Beteiligten gemeinsam getroffen werde. Voraussetzung sei allerdings, dass diese Beteiligten dabei ihrerseits über nennenswerte Gestaltungsmöglichkeiten in dem tendenzgeschützten Be-

reich verfügten. Diese Voraussetzung sei nach Feststellung des vorinstanzlichen Gerichts nicht erfüllt.

BAG, Beschl. v. 14.09.2010 – I ABR 29/09

*Christiane Schumacher
Referat Recht
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Trunkenheitsfahrt mit motorisiertem

Krankenfahrstuhl ist strafbar

Oberlandesgericht bestätigt Beschluss

Der Fahrer eines motorisierten Krankenfahrstuhls wurde strafrechtlich verurteilt, weil er am Straßenverkehr teilgenommen hat, obwohl er eine Blutalkoholkonzentration von 1,25 Promille aufwies.

Diese Entscheidung der Vorinstanz hat das Oberlandesgericht Nürnberg mit Beschluss vom 13. 12. 2010 bestätigt. Es weist in dem Beschluss

darauf hin, dass ein versicherungspflichtiger motorisierter Krankenfahrstuhl ein Fahrzeug im Sinne § 316 StGB darstellt, für den die Straßenverkehrsordnung gilt. Es besteht lediglich die Besonderheit, dass damit auch dort gefahren werden darf, wo nur Fußgängerverkehr zulässig ist, jedenfalls wenn Schrittgeschwindigkeit nicht überschritten wird. Auch Fahrer von motori-

sierten Krankenfahrstühlen gelten bei einer Blutalkoholkonzentration von 1,1 Promille als absolut fahruntüchtig. Von dieser für Autofahrer geltenden Grenze abzuweichen, hielt das Oberlandesgericht Nürnberg für nicht gerechtfertigt. Da das von einem motorisierten Krankenfahrstuhl ausgehende Gefährdungspotenzial deutlich höher sei als das eines Fahrrades, könne nicht die bei Radfahrern für die absolute Fahruntüchtigkeit mit 1,6 angesetzte Promillegrenze gelten.

*OLG Nürnberg, Beschluss vom
13. 12. 2010 – 2 St OLG Ss 230/10*

*Christiane Schumacher
Referat Recht
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Werben im Parität Report

Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?

**Wir beraten Sie dazu gerne.
Fordern Sie einfach unter
presse@paritaetischer.de**

unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.

Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf seiner Vorstandssitzung am 14. März 2011 die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die Anzahl der Mitgliedsorganisationen beläuft sich damit auf 804. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir Ihnen an dieser Stelle kurz vorstellen.

Arbeitsgemeinschaft für integrative Leistung in Ostfriesland e.V.

Die Arbeitsgemeinschaft für integrative Leistung in Ostfriesland e.V. (agilio) ist vor einigen Jahren aus dem Familienentlastenden Dienst Emden e.V. hervorgegangen, der seit 1993 bestand. Agilio bietet flexible und personenorientierte Unterstützungsleistungen für Kinder, Jugendliche und erwachsene Menschen mit Behinderung in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen an. Zum Aufgabenspektrum von agilio gehören Betreuungsleistungen im Sinne des SGB XI, ambulante Eingliederungshilfeleistungen im Sinne des SGB XII und Haushaltshilfe im Sinne des SGB V. Im ostfriesischen Raum begleitet agilio Kinder und Jugendliche mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung beim Schulbesuch, vor allem an Förderschulen. Seit vielen Jahren organisiert agilio ein Angebot an Urlaubsreisen für Menschen mit Behinderung. Reiseziele aus verschiedenen Regionen Deutschlands und des benachbarten Auslands finden sich in der aufwendig gestalteten Broschüre „Reisewege 2011“

wieder. Für jede Urlaubsreise steht ein qualifiziertes Team von Reisebegleitern zur Verfügung. Für Kinder und Jugendliche mit Behinderung werden Reisen angeboten, an denen auch Geschwister und Freunde teilnehmen können. Agilio betreibt eine Sozialpädagogische Familienhilfe, die vor allem Familien unterstützt, in denen bei einem oder beiden Elternteilen eine intellektuelle Beeinträchtigung vorliegt. Im Kulturcafé im Pelzerhaus hat agilio in Zusammenarbeit mit der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (obw) Emden Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen. In Kooperation mit der Lebenshilfe, Ortsverein Emden, werden Informations- und Bildungsveranstaltungen organisiert. Ausstellungen und museumspädagogische Angebote werden zusammen mit dem Ostfriesischen Landesmuseum Emden gestaltet. Für die nahe Zukunft haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von agilio sich vorgenommen, ein zweites Café in Betrieb zu nehmen, in der Fußgängerzone Emdens in Zusammenarbeit mit anderen Trägern eine integrative Kinderbetreuung mit verschiedenen kreativen und musischen Angeboten zu gestalten und die Schulbegleitung im ostfriesischen Raum weiter auszubauen.

Amarus gemeinnützige GmbH, Buxtehude

Die Amarus gGmbH ist eine kleine Betreibergesellschaft in Buxtehude. Sie ist Träger des Wohnstift Buxtehude, einer Einrichtung mit Dau-

erpflege, Seniorenwohnungen, und einer Tagespflege im Herzen von Buxtehude. Die Bewohner schätzen die ruhige und dennoch zentrale Lage, denn es sind nur 150 Meter bis zur Haupteinkaufsstraße mit den vielen Geschäften, Cafés, Banken, Apotheken und Supermärkten. Dem Leitbild „Alles wirkliche Leben ist Begegnung“ (Martin Buber) entsprechend sollen in der Einrichtung immer wieder neue liebevolle zwischenmenschliche Beziehungen eröffnet werden. Aber auch die Begegnung mit Natur und Kultur zwischen Elbe, Geest mit der wunderschönen Obstblüte im Alten Land ist ein Erlebnis. Und so möchte die Amarus gGmbH ihr Leitbild noch in vielen weiteren Einrichtungen verwirklichen.

Autonomes Frauenhaus Oldenburg e.V.

Das Autonome Frauenhaus Oldenburg ist ein Schutzhaus für Frauen und Kinder, die von körperlichen, seelischen und sexuellen Misshandlungen bedroht oder betroffen sind. Die Bewohnerinnen des Frauenhauses organisieren ihren Alltag selbstständig. Die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses beraten und unterstützen in allen Angelegenheiten. Die Adresse des Frauenhauses ist geheim, die Kontaktaufnahme ist jederzeit unter 0441-47981 möglich. Mit der Vereinsgründung im Jahr 1977 ist das Autonome Frauenhaus Oldenburg e.V. eines der ältesten Frauenhäuser Deutschlands. Nach zehn Jahren unbezahlter Arbeit erhielt das

Autonome Frauenhaus ab 1988 institutionelle Förderung durch die Stadt Oldenburg und das Land Niedersachsen. Der Mitbegründerin und langjährigen Mitarbeiterin, Frau Buschka Niebuhr wurde 2002 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Dank einer großzügigen Spende einer Oldenburger Bürgerin konnte der Verein 1986 ein kleines Haus kaufen. Es verfügte über 12 Plätze für Frauen und Kinder. Dank der Unterstützung von Stiftungen und zahlreicher privater Spenderinnen und Spender konnte im Sommer 2009 ein neue Frauenhaus bezogen werden. Nun stehen in Oldenburg 24 Frauenhausplätze zur Verfügung und alle von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder finden Schutz und Unterstützung. Seit 2006 ist das Autonome Frauenhaus Oldenburg Träger der BISS, der Beratungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt. Die BISS berät zum Gewaltschutzgesetz und nach Polizeieinsätzen aufgrund häuslicher Gewalt.

Bereich Selbsthilfe Körperbehinderter Hannover und Umgebung e.V. (BSK)

Der BSK wurde 1955 als Sozialhilfe für Querschnitt- und Kindergehlähmte von Eduard Knoll gegründet. Diese Zeit stand ganz unter dem Eindruck der Kriegsversehrten, der Staat versorgte diejenigen nach damaligen Verhältnissen gut, welche das „Bein fürs Vaterland“ gegeben haben. Die Zivilgeschädigten wurden hingegen bestenfalls verwahrt und der Sozialhilfe überlassen. Dies zu ändern war das Lebenswerk von Eduard Knoll, hierzu wurden mit Hilfe der Pfennighilfe wegweisende Bauprojekte ebenso ins Leben gerufen wie seit 1965 Gruppenreisen für Schwerstkörperbehinderte.

Hannover gehört zu den Keimzellen des BSK im norddeutschen Raum. 2008 wurden die Kontaktstellen Hannover und Calenberger Land zum Bereich zusammengeführt und ein Vorstand gewählt, 2010 erfolgte die Eintragung als e.V. Neben der Beratungstätigkeit (Schwerpunkte Pflege, Schwerbehindertenrecht, ÖPNV und Wohnraumberatung) steht die selbstbestimmte Vertretung von Menschen mit Behinderungen ggü. Politik und Verwaltung im Vordergrund. So ist der BSK u.a. im Forum für Menschen mit Behinderungen in der Region Hannover vertreten. Der Vorsitzende Peer Maßmann ist beim Bundesverband als Experte für Hilfsmittel tätig und stv. Vorsitzender der Delegiertenversammlung. Seine Ehefrau ist BSK-Pflege-expertin. Auch der Bundesvorsitzende kommt aus Hannover, der Landesbehindertenbeauftragte ist ebenfalls im Bundesvorstand vertreten. Auf Regionalebene ist der BSK gefragter Ratgeber in Fragen der Barrierefreiheit und ist federführend an Projektinitiativen beteiligt wie Konzepte zur barrierefreien Bussystemen. Der Bereich verfügt über einen eigenen Kleinbus für Rollstuhlfahrer und führt unter anderem Zuführungsfahrten für die Erholungshilfe durch. Aktuell ist die Anschaffung eines Rollstuhlparcours zur Durchführung von Mobilitätstrainingskursen geplant. Schwerpunkt ist eindeutig die Verwirklichung von selbstbestimmten Leben von Menschen mit Behinderungen und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch Zielvereinbarungen auf kommunaler Ebene. Langfristig plant der BSK die Schaffung von Wohnraum für Menschen mit Behinderungen im ländlichen Raum. Vor Ort steht

die Schaffung lokaler Netzwerke im Fokus. Kontakttreffen finden jeden letzten Mittwoch im Monat im barrierefreien DON-BOSCO-HAUS bei Sankt Augustinus in Hannover-Ricklingen, Göttinger Chaussee 145, von 17 – 19 h statt.

Jugendphilharmonie Hameln e.V.

Der Verein „Jugendphilharmonie Hameln e.V.“ wurde im Januar 2005 gegründet und hat zurzeit 35 Mitglieder. Es handelt sich nicht um ein Jugendorchester, sondern um eine Konzertorganisation, die öffentliche Auftritte für Kinder und Jugendliche veranstalten und junge Menschen für klassische Musik interessieren will. Dazu gehört auch die Förderung und Ausbildung junger, musikalisch interessierter Menschen, die nicht nur öffentliche Auftritte absolvieren, sondern vor allem in sozialen Einrichtungen auftreten. Zu den besonderen Zielen des Vereins gehört die Förderung kultureller Betätigungen, die in erster Linie der Freizeitgestaltung dienen, sowie der regionale, überregionale und internationale Musikaustausch. Der Verein veranstaltet unter anderem eine Konzertreihe mit russischen Partnern und arbeitet mit dem Institut zur Frühförderung musikalisch Hochbegabter (IFF) an der Hochschule für Musik, Theater und Medien in Hannover zusammen.

Pari proJob GmbH

Die Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland (PLSW) in Stadthagen hat im vergangenen Jahr das Tochterunternehmen Pari proJob GmbH gegründet, ein Integrationsprojekt, das einen Großküchenbetrieb mit angegliedertem Bistro umfasst. Gegenwärtig ist das Vorhaben noch im Bau. Die Fertigstel-

lung und Inbetriebnahme ist für den 1. 12. 2011 geplant. Die Integrationsküche wird ab 2012 sowohl sämtliche Werkstätten, Kindergärten und -tagesstätten als auch die Schulen der PLSW sowie die vorhandenen externen Kunden beliefern. Die Kapazität der Küche ist auf 2000 Essen pro Tag projektiert. Zum Start werden zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sechs mit einer Schwerbehinderung, zum Einsatz kommen. Die Einsatzmöglichkeiten für die schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind vielfältig: Von der Unterstützung bei der Zubereitung der Speisen, im Fahrdienst, sowie im Servicebereich des Bistros. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden mit tarifvertragbasierenden, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträgen ausgestattet. Die *Pari proJob* ist de jure ein Unternehmen des sogenannten ersten Arbeitsmarkts. Aufgabe des Integrationsunternehmens ist die berufliche Qualifizierung und soziale Integration von Menschen mit einer Schwerbehinderung. Der unterstützende und begleitende Charakter des Unternehmens für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll nicht unerwähnt bleiben. Dies ist nach wie vor – faktisch – impliziter Bestandteil des Integrationskonzeptes der *Pari proJob*. Sowohl die doppelt qualifizierte Küchenleitung als auch sozialpädagogische, begleitende Hilfen gewährleisten individuelle Unterstützung im Bedarfsfalle.

Schuldnerberatung Lüneburger Heide e.V.

Im September 2008 hat sich in Lüneburg die gemeinnützige Schuldnerberatung Lüneburger Heide e.V. mit zwei Beratungsstellen in Lüneburg und Celle gegründet. Im Dezember 2008 wurden beide

Beratungsstellen vom Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, Hildesheim als geeignete Stellen für die Durchführung der außergerichtlichen Schuldenbereinigung im Sinne des § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO anerkannt. Der Verein hat bisher 11 Mitglieder, die teilweise als Mitarbeiter und größtenteils ehrenamtlich für eine soziale Schulden- und Insolvenzberatung tätig sind. In beiden Beratungsstellen werden Kriseninterventionen nach einer Stromsperre, Wohnungsverlust und insbesondere Kontenpfändungen unverzüglich und bevorzugt beraten und betreut. Bescheinigungen gemäß nach § 850k Abs. 5 ZPO für ein bestehendes P-Konto werden unverzüglich ausgestellt. Selbstverständlich bereitet die Schuldnerberatungsstelle nach einem gescheiterten Schuldenregulierungsplan komplett den Insolvenzantrag vor, der von den verschuldeten Personen dann nur noch unterschrieben werden muss. Grundsätzlich wird insolventen Personen auch eine Hilfestellung für die Zeit während der Insolvenz angeboten. Zielsetzung ist für den Verein aber auch eine erfolgreiche Präventivarbeit. Die Vorstellung einer praktischen Schulden- und Insolvenzberatung erfolgt ehrenamtlich in Schulen, bei der Agentur für Arbeit, Bewährungshilfe und allen anderen Stellen, die daran interessiert sind.

Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V. Leer/ Ostfriesland

Welches ist der zweitgrößte Reederei Standort Deutschlands? In welcher Stadt hat ein berühmter, zeitgenössischer Orgelbauer seine Werkstatt? Wo wurde die Stau-

de *Salvia nemorosa* Ostfriesland gezüchtet? Wo ist der westlichste „Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik“ zu Hause? Sie haben es erraten: in Leer, Ostfriesland. Im April 2001 gründet sich der „Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V. Leer/Ostfriesland“. Gründer sind Menschen, die sich bereits seit Jahren gemeinsam mit Anthroposophie, insbesondere der Waldorfpädagogik beschäftigen. Dank eines großzügigen Geschenks des mehr international als lokal bekannten Staudenzüchters Ernst Pagels bekommen Ideen und Wünsche Gestalt: Er will seinen zwei Hektar großen, innerstädtischen Staudengarten Menschen geben, die sich der anthroposophischen Bildung und Erziehung von jungen Menschen widmen. Gemeinsam mit der Stiftung Mercurial wird ein Gebäude errichtet, in das der seit 1996 aktive waldorforientierte Spielkreis 2004 einzieht. 2005 wird der Kindergartenbetrieb mit einer Gruppe aufgenommen. Ernst Pagels stirbt am 16. 01. 2007 im Alter von 93 Jahren. Im Juni 2007 wird der Kindergarten Ernst Pagels zu Ehren auf den Namen „Pagels-Kindergarten“ getauft. Der Verein ist Träger des Kindergartens und zählt 45 Mitglieder. Er ist gut in der Stadt bekannt und veranstaltet u.a. Vorträge zu aktuellen, pädagogischen Fragestellungen aus waldorfpädagogischer Sicht.

„Vieles erreicht haben und dafür dankbar sein“

Paritätischer feiert 25 Jahre Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfe



Gesprächsrunde auf der Jubiläumsfeier: Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen (von links), Ralf Hohfeld, Geschäftsführer des Paritätischen Hannover, Aygül Özkan, niedersächsische Sozialministerin, Thomas Hermann, Referent im nds. Sozialministerium und Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen.

Sie sind Orte der Kooperation und Vernetzung im sozialen Feld, bringen Menschen zusammen, die Gleichgesinnte und Betroffene suchen, und stärken die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung von Personen und Gruppen: Seit 25 Jahren sind die Beratungs- und Kontaktstellen für Selbsthilfe im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. wichtiger Ansprechpartner für Selbsthilfeorganisationen und -gruppen. Das 25-jährige Jubiläum seiner Kontaktstellen hat der Paritätische Niedersachsen am 4. April 2011 mit 250 Gästen aus Verband, Politik, und Verwaltung, darunter die niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan, und viel regionaler Prominenz, sowie Vertretern vieler Selbsthilfeorganisationen und -gruppen im Haus der Region in Hannover gefeiert.

„25 Jahre Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfe heißt: Vieles erreicht haben und dafür dankbar sein“, begrüßte Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, die Gäste. Die Einrichtungen, die vor 25 Jahren als erste Anlaufstationen für Selbsthilfegruppen geschaffen wurde, sind mittlerweile zu einer etablierten Hilfestruktur für den Selbsthilfebereich geworden, die seit 1990 auch vom Land Niedersachsen gefördert werden. „Es freut mich, dass die langjährige Förderung des Landes Niedersachsen zu dieser positiven Entwicklung der Selbsthilfeunterstützung beigetragen hat“, sagte die niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan in ihrem Grußwort. „Mit Ihrer Arbeit haben Sie zu einem tollen Klima in Niedersachsen beigetragen, ich wünsche mir, dass wir das gemein-

sam fortsetzen können“, erklärte die Ministerin.

„Ich habe sehr großen Respekt vor der Kompetenz, die dazu beiträgt, dass das Leben für uns alle etwas lebenswerter wird“, sagte Erwin Jordan, Regionsrat der Region Hannover, über das Engagement der Kontaktstellen. Und Bernd Strauch, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, ergänzte: „In einer Großstadt ist Selbsthilfe etwas, das wir niemals missen könnten.“ Gerit Mühlbrand vom Deutschen Guttempler Orden berichtete aus Sicht einer Selbsthilfegruppe, wie Selbsthilfe unter dem Dach des Paritätischen als Spitzenverband gelebt wird. Ralf Hohfeld, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit Hannover GmbH, beendete die Rei-

he der Grußworte und Reden mit einem historischen Abriss über die Geschichte der Kontaktstelle KIBIS in Hannover. Für musikalische Zwischentöne sorgte der Chor Colors of Voice, der Popsongs und Schlager in seiner ganz eigenen Interpretation präsentierte. Und auch nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung war noch lange nicht Schluss: Im Foyer des Regionshauses trafen sich Redner und Gäste, um in lockerer Runde interessante Gespräche zu führen.

Selbsthilfearbeit und -förderung waren von Anbeginn Programm und Auftrag des Paritätischen Niedersachsen. „Von Beginn der Schwerpunktarbeit in der Selbsthilfe an wurde deutlich, dass Selbsthilfeförderung, wenn sie an den Bedürfnissen der Menschen und Gruppen orientiert sein will, strukturiert und planvoll organisiert werden muss. Das war die Geburtsstunde der ersten Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen in Hameln, Lüneburg, Nienburg und Hannover als eigenständige und profilierte Bereiche sozialer Arbeit“, berichtete Cornelia Rundt von der Gründung der ersten paritätischen Kontakt- und Beratungsstellen in Niedersachsen.

Mittlerweile arbeiten im Paritätischen 29 spezifische Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen, weitere Selbsthilfeförderung findet in den Paritätischen Sozialzentren in ganz Niedersachsen als originäre Verbandsaufgabe statt. Sie sind Ansprechpartner und Orte der Vernetzung für die mehr als 4.500 regional engagierten und verankerten Selbsthilfegruppen unter dem Dach des Paritätischen, in



Das Team der KIBIS Hannover, von links: Henrike Nielsen, Ruth Temmen, Marion Schumacher, Vera Pritzkow, Christiane Lackemann und Rita Hagemann.

denen sich mehr als 80.000 Bürgerinnen und Bürger zusammenschlossen haben. „Die Selbsthilfe hat sich in den letzten Jahren zu einem echten Partner im Gesundheitssystem gewandelt und wird als vierte Säule im Gesundheitssystem bezeichnet“, sagte Dorothea Pitschnau-Michel, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Multiplen Sklerose Gesellschaft e.V. und Vorsitzende des Sprechergremiums des Fachbereichs Selbsthilfe im Paritätischen. Sie warnte eindringlich davor, die Selbsthilfearbeit zu sehr zu verrechtlichen und forderte, die Verwaltung und den Zugang für die Betroffenen möglichst einfach zu gestalten: „Das Verfahren ist an vielen Stellen immer noch viel zu bürokratisch“, kritisierte Dorothea Pitschnau-Michel.

Auch wenn sich die politische und öffentliche Meinung zur Selbsthilfe in den vergangenen 25 Jahren zum Positiven gewandelt hat, so ist die Struktur der Selbsthilfeförderung in Niedersachsen trotz aller Anstrengungen des Paritätischen nach wie vor zu schwach entwickelt. „Wir haben weder ein flächendeckendes noch ein personell

hinreichendes Angebot, um insbesondere den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Da wollen und können wir also noch einiges erreichen“, sagte Cornelia Rundt. Gleiches gilt für den Bereich der Selbsthilfe von und für Menschen mit Migrationshintergrund, der dringend der Beratung, Unterstützung und Vernetzung mit den bestehenden Angeboten bedarf. „Dieser Bereich ist ein weites, ein wichtiges und ein zur Zeit noch ungenügend aufgestelltes Feld, hier bleibt in den nächsten Jahren viel zu tun“, erklärte Cornelia Rundt.

Als Wunsch zum 25-jährigen Jubiläum seiner Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen hofft der Paritätische Niedersachsen, dass die finanzielle Förderung seitens des Landes Niedersachsen, der Landkreise und Städte sowie der Krankenkassen intensiviert wird. Vor allem von kommunaler Seite fordert der Paritätische für seine Selbsthilfekontaktstellen künftig mehr Unterstützung.

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Ein Beitrag zum Nachdenken und Umdenken

Ausstellung „Perspektivwechsel“ des Paritätischen Jugendwerks eröffnet

„Perspektivwechsel“, die Ausstellung des Paritätischen Jugendwerks über Diskriminierungserfahrungen junger Menschen mit Migrationsgeschichte, wurde am 18. April 2011 von der niedersächsischen Sozialministerin Aygül Özkan in der TUI AG in Hannover eröffnet. „Perspektivwechsel“ ist ein Projekt des Paritätischen Jugendwerks, Jugendverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., mit sechs seiner Mitgliedsorganisationen. „Ich finde das Projekt toll, weil die Jugendlichen hier selbst das Wort ergriffen haben“, sagte Ministerin Aygül Özkan, die auch die Schirmherrin von „Perspektivwechsel“ ist. „Die Vielfalt einer Gesellschaft bedeutet Bereicherung, das sieht man auch an dieser Ausstellung“, erklärte die Ministerin. Dr. Peter Engelen, Mitglied des Vorstands der TUI AG, sagte, dass er sehr gerne erster Gastgeber der Wanderausstellung sei: „Auch wir sind jeden Tag in Kontakt mit unterschiedlichen Kulturen und Nationalitäten, auch wir kämpfen gegen Diskriminierung und für Toleranz und Anerkennung.“

Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, lobte die insgesamt rund 80 jungen Kunstschaffenden: „Es ist schon bemerkenswert, wie die jungen Künstlerinnen und Künstler hier ihre Erfahrungen umgesetzt haben. Ich hoffe, dass die Ausstellung bei vielen Menschen dazu beiträgt, nachzudenken und umzudenken.“ Bernd Göddertz, Vorstand des Paritätischen Jugendwerks, erklärte die Idee hinter der Ausstellung: „In der öffentlichen Debatte wird



Bernd Göddertz (v. l.), Cornelia Rundt, Dr. Peter Engelen, Aygül Özkan und Sebastian Böstel inmitten der Jugendgruppe Hameln „Haltestelle“ (SDR e.V.) vor ihrem „Kunstwerk in 3 Akten“.

über junge Menschen mit Migrationsgeschichte oft ein Negativbild gezeichnet, ihre Kreativität und ihre Potenziale kaum erwähnt.“ Den jungen Menschen sollte ein Forum geboten werden, ihre eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung und Ausgrenzung zu dokumentieren.

Das taten sie mit verschiedenen Mitteln: Unter den 20 Exponaten sind Bilder, Filme und Installationen ebenso zu finden wie Audiobeiträge und Objekte. Sozialministerin Aygül Özkan nahm sich nach dem offiziellen Teil der Eröffnung viel Zeit, die Ausstellung zu besuchen, und stellte viele Fragen zu den einzelnen Exponaten. Die Jugendlichen erklärten der Ministerin die Ideen und Inspirationen hinter ihren Werken. Die Beiträge greifen stereotype Vorurteile auf, mit denen die Jugendlichen oft konfrontiert werden, oder stellen Alltagsszenen dar. „Disco Bermuda“ etwa, eine Installation von Halit Uludasdemir, zeigt Spielzeugfiguren, die vor einer Diskothek anstehen. Eine der Figuren, die ein bisschen dunkler und fremdländischer aussieht als die anderen, wird willkürlich aus der Schlange herausgepickt und von einem Polizisten kontrolliert. Eine Erfahrung, die viele der jungen Künstle-

rinnen und Künstler schon gemacht haben. Während sie ihre Probleme und Erfahrungen in Kunst verwandelten, lernten die Jugendlichen auch mit- und voneinander. „Man muss seinem Gegenüber die Hand reichen, egal, wie fremd sie ist. Man braucht keine reichen, berühmten Menschen, manchmal reicht eine kleine Geste aus“, fasste der 18-jährige Halit Uludasdemir die gewonnenen Erfahrungen zusammen.

„Perspektivwechsel“ wird als Wanderausstellung in verschiedenen Städten in ganz Niedersachsen zu sehen sein. Die genauen Termine werden auf der Internetseite des Paritätischen Jugendwerks, www.paritaetisches-jugendwerk.de, bekannt gegeben. Außerdem steht die Ausstellung interessierten Organisationen zur Ausleihe zur Verfügung. Interessenten können sich mit Jugendbildungsreferentin Kirsten Laging-Yilmaz per E-Mail an kirsten.laging-yilmaz@paritaetischer.de oder telefonisch unter 05331 9054620 in Verbindung setzen.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

„Ein Lautsprecher für die Stillen“

Johann Weng in Bentheim verabschiedet – Anja Jankowsky tritt Nachfolge an

Er beendete seine paritätische Laufbahn dort, wo sie einst angefangen hatte: 1979 hatte Johann Weng als Mitarbeiter des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. im unabhängigen Jugendzentrum „Komplex“ begonnen. Am 12. Mai 2011 wurde er an gleicher Stelle als ehrenamtlicher Geschäftsführer des Kreisverbands Grafschaft Bentheim verabschiedet. Beiratsvorsitzender Klaus Coners begrüßte rund 100 Gäste, die sich im Jugendzentrum „Komplex“ eingefunden hatten, um Johann Weng zu verabschieden und Anja Jankowsky als neue Geschäftsführerin zu begrüßen.

Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, hob in ihrer Rede die vielen Themen hervor, denen sich Joahnn Weng stets mit viel Engagement gewidmet hatte. „Er sah immer, wo etwas nicht gut lief und engagierte sich“, sagte Cornelia Rundt. Dabei habe es zwei Schwerpunktthemen gegeben, denen sich Johann Weng besonders gerne widmete. „Dieser Bereich ist die Jugendarbeit und hier insbesondere die Unterstützung der unabhängigen Jugendzentren hier in der Region“, erklärte Cornelia Rundt. Als langjähriger Vorsitzender des Paritätischen Jugendwerks prägte Johann Weng die Jugendarbeit verbandspolitisch. Und noch ein zweites Thema hatte es ihm besonders angetan: „Herr Weng ist in Niedersachsen für den Paritätischen ein absoluter Experte zum Thema Armut und Kinderarmut. Hier hat er nicht nur vor Ort viele Anstöße für die Verbandsarbeit gegeben“, sagte Cornelia Rundt.

Die stellv. Landrätin in der Grafschaft Bentheim, Helena Hoon, erinnerte in ihrer Rede an die vielen Stationen des beruflichen Werdegangs von Johann Weng. Seine Pionierarbeit habe seinerzeit zu der Gründung des Jugendzentrums „Komplex“ geführt. Schon damals habe er „Networking“ praktiziert und bei seiner späteren Tätigkeit als Geschäftsführer für den Paritätischen Grafschaft Bentheim fortgeführt. Helena Hoon dankte ihm im Namen des Kreistags ausdrücklich. Manfred Windhaus, Samtgemeindebürgermeister in Schüttorf, erinnerte an die gemeinsamen ersten Begegnungen vor langen Jahren. Immer wieder war das Jugendzentrum in Schüttorf Ausgangspunkt für gemeinsame Aktivitäten, die bis in die heutige Zeit anhalten. Artur Wenker, Vorsitzender der Kreisarbeitsgemeinschaft, lobte das gute Miteinander und die gemeinsamen guten Kontakte zur Politik und der Verwaltung in der Grafschaft.

Er freute sich über die vielen Gäste, die Zeichen für Respekt und Anerkennung für den Paritätischen und ihn selbst seien, sagte Johann Weng. Im Paritätischen habe er sich immer wohl gefühlt, nicht nur, weil der Verband ein beeindruckendes Spektrum an sozialen Themen biete: „Die Arbeit im Verband entsprach auch meinem Selbstverständnis, ein Lautsprecher für die Stillen zu sein, die sich selbst nicht äußern können oder wollen“, sagte Johann Weng und



Klaus Coners (v. l.) und Cornelia Rundt begrüßen Anja Jankowsky und verabschieden Johann Weng. Foto: Albrecht Dennemann.

lobte den Paritätischen als starke Lobby für Menschen mit sozialen Problemen. Nach einem von Arbeit bestimmten Leben will er nun das tägliche Zusammensein mit seiner Frau Angelika genießen und nach der Devise des kubanischen Sprichworts „Wer die ganze Nacht geschlafen hat, sollte sich am Tag ein wenig Ruhe gönnen“ leben. „Aber ich muss mich erst an ein Leben ohne Terminfülle gewöhnen“, sagte er. Und im August steht auch schon die nächste Feier an: Dann wird Johann Weng noch einmal als Geschäftsführer des Paritätischen Osnabrück verabschiedet.

Die vielen Termine kommen nun auf seine Nachfolgerin Anja Jankowsky zu. Sie ist Geschäftsführerin des örtlichen Deutschen Kinderschutzbunds und in ihrer Freizeit leitet sie die Rettungshundestaffel im Landkreis. Anja Jankowsky dankte für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und machte deutlich, dass sie sich ihrer neuen Aufgabe mit viel Engagement widmen wird: „Ich möchte Sprachrohr für Hilfebedürftige in der Grafschaft sein.“

Harald Fischer
Abteilungsleiter
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Mehr als 100 Seiten Zeitgeschichte: „Keine Hilfe ohne deine Hilfe“

Der Paritätische Ehrenvorsitzende Wolfgang Neubelt veröffentlicht seine Erinnerungen

„Keine Hilfe ohne deine Hilfe“ heißt das mehr als 100 Seiten starke Buch, in dem Wolfgang Neubelt, Ehrenvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und Direktor i.R., seine Lebenserinnerungen niedergeschrieben hat. Wolfgang Neubelt war von 1956 bis 1988 Direktor des Landesverbandes und anschließend bis 1997 dessen Vorsitzender. In seiner Zeit als Direktor baute er den Paritätischen aus kleinsten Anfängen zu einem zukunftsorientierten sozialen Dienstleister auf. Viele Dinge, die im Landesverband heutzutage selbstverständlich zum alltäglichen Arbeitsablauf dazugehören, wurden von Wolfgang Neubelt initiiert. So richtete er nicht nur die dezentralen Sozialzentren in Niedersachsen ein, sondern schuf auch die innerverbandlichen Fachbereiche, in denen die spezielle fachliche Arbeit der Mitgliedsorganisationen durch Beratung, Erfahrungsaustausch und Fortbildung unterstützt wird. Doch auch außerhalb des Landesverbands engagierte sich Wolfgang Neubelt auf vielen Ebenen. So war er als Vorstand des Paritätischen Gesamtverbands, der Deutschen Rheumaliga und der Berufsgenossenschaft BGW tätig. Seit 1997 ist Wolfgang Neubelt, der Träger

des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse ist, Ehrenvorsitzender des Paritätischen Niedersachsen.

In „Keine Hilfe ohne deine Hilfe“ lässt Wolfgang Neubelt die ereignisreiche Zeit im Dienste des Paritätischen noch einmal Revue passieren. In dem



Buch ist eine repräsentative, interessante Auswahl an Redetexten und Festvorträgen aus den verschiedenen Jahrzehnten zusammenfasst, die die Anfänge und den Werdegang des Paritätischen Niedersachsen ebenso wie Wolfgang Neubelts unermüdliches Engagement illustrieren. Dazu kommen sehr persönliche Erinnerungen und Anekdoten, wie etwa der Beginn des ersten Arbeitstages von Wolfgang Neubelt als Paritärer am

21. Februar 1956: „Ein unfreundlicher Nebeltag empfängt mich auf dem Braunschweiger Hauptbahnhof“, heißt es in seinen Erinnerungen. Zu den ersten Aufgaben im Jahre 1956 gehörte die Sammlungsorganisation – „CARE-Pakete und Hooverspende unter die Leute bringen“, schreibt Wolfgang Neubelt. Zahlreiche Bilder, von der Verteilung der CARE-Pakete bis hin zu der von Wolfgang Neubelt initiierten Aktion „Silberfisch“ zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, runden das Buch ab.

Das zeitgeschichtliche Buch „Keine Hilfe ohne deine Hilfe“ kann beim Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. bestellt werden. Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:

Cornelia Rode
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel.: 05 11 52 48 63 62
E-Mail: cornelia.rode
@paritaetischer.de

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider zu Gast beim Paritätischen Hameln



Am 13. April 2011 war Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, zu Gast in Hameln, um bei einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Paritätischen

Kreisgruppe Hameln in Zusammenarbeit mit DGB und dem ökumenischen Zentrum zu sprechen. Der Titel des Vortrags von Dr. Ulrich Schneider lautete „Armes Deutschland. Neue

Perspektiven für einen anderen Wohlstand“, das gleichnamige Buch des Hauptgeschäftsführers ist vor gut einem halben Jahr erschienen. Viele Buchvorstellungen, Diskussionen und Vorträge hat Dr. Ulrich Schneider seitdem hinter sich gebracht, doch der Kreisverband Hameln konnte mit einem ganz besonderen Ereignis aufwarten. Bevor er am Abend der Vortrag mit Diskussion begann, hatte Dr. Ulrich Schneider bereits am Nachmittag einen Termin im Hamelner Hochzeitshaus, wo er sich in das Goldene Buch der Stadt eintrug.

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Inklusion beginnt im Kopf

Teilhabezentrum Linden der Lebenshilfe Hannover feiert Aktionstag

Unter dem Motto „Freiwillig – 100 Möglichkeiten Gutes zu tun“ veranstaltete das Teilhabezentrum der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH in Hannover-Linden am 13. Mai 2011 einen Aktionstag für Menschen mit und ohne Behinderung. Unterstützt vom Internet-Radio-Sender R4H – das Radio für barrierefreie Köpfe – und Aktion Mensch erlebten die Lindener ein vielfältiges Bühnenprogramm.

Der Tag begann für 12 Mitarbeiter/-innen des Mobilen Unterstützungsdienstes (MuDi) mit einem Ersthilfe-Kurs am Kind, der mit viel Lob von der Sanitätsschule Blake durchgeführt wurde. Am Nachmittag eroberten die Kinder vom Kontaktkindergarten „Weberhaus“ die Bühne und luden zum Mitsingen und Mitmachen ein. Behinderte und nicht behinderte Menschen boten Kaffee, Kuchen, Waffeln und Fruchtcocktails an und präsentierten sich

als neuen Klub im Teilhabezentrum. Passanten diskutierten miteinander über „Inklusions-Thesen“ zu den Themen Barrierefreiheit, Arbeit, Wohnen und Freizeit von behinderten und nicht behinderten Menschen. Als Gäste wurden unter anderem Bernd Strauch, Bürgermeister von Hannover und Schirmherr des Teilhabezentrums, und Barbara Knoke, Bezirksbürgermeisterin Linden-Limmer, begrüßt, die beide die besondere Bedeu-



Zum Tagesprogramm gehörte auch eine Radtour, die sogenannte „Inklusion-Tour“. Die Teilnehmer machten, von Soltau kommend, am Teilhabezentrum Rast.

tung des Teilhabezentrums hervorhoben: „Ein wichtiger Schritt zu einer inklusiven Gesellschaft.“

Mit großem Interesse wurde das Angebot angenommen, für das Teilhabezentrum eine „Inklusionswand“ zu gestalten. Menschen mit und ohne Behinderungen erstellten die Wand aus vielen kleinen Keilrahmen gemeinsam. Am Abend las Herr Reiner Haak aus seinem Buch „Freiwillig – 100 Möglichkeiten Gutes zu tun“ und warb für das ehrenamtliche

Miteinander durch lebendig vorgebrachte Beispiele aus seiner Erfahrung als Pastor in vielen Orten, „wobei schon die kleinen Dinge eine Bereicherung und ein positives Erleben bedeuten können“, so Reiner Haak. Für die musikalische Unterhaltung sorgten am Nachmittag ehrenamtlich Engagierte, die das Bühnenprogramm begleiteten und zum Mitsingen auf und vor der Bühne einluden. Am Abend lockte die Cover-Band „Backgammon“ mit ihrer Rock-Musik die Anwohner/-innen

auf die abgesperrte Charlottenstraße und sorgte für gute Stimmung bis zum späten Abend.

Ehrenamtliches Engagement in einer inklusiven Gesellschaft war an diesem Tag am Teilhabezentrum spürbar. „Inklusion beginnt im Kopf“ und führt zu einem lebendigen Miteinander und gleichberechtigter Teilhabe im Sozialraum Linden. Das Teilhabezentrum leistet dazu einen wichtigen Beitrag und sucht Mitarbeiter/-innen, die mit uns diese Vision umsetzen möchten. Das Teilhabezentrum, Charlottenstraße I in 30449 Hannover, ist regelmäßig als Treffpunkt für behinderte und nicht behinderte Menschen geöffnet: Mittwochs von 15.30 Uhr bis 18.00 Uhr und samstags von 15.00 bis 18.00 Uhr. Weitere Informationen unter Telefon 05 11 / 21 3 38 79.

*Rita Oelsmann-Wolf
Lebenshilfe für Menschen mit
geistiger Behinderung gGmbH,
Hannover*

Betroffene erfahren seit 25 Jahren Hilfe

Kreisverband Legasthenie und Dyskalkulie Vechta e.V. feiert Jubiläum

Am 13. Mai 2011 hat der Kreisverband Vechta der Paritätischen Mitgliedsorganisation Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie Niedersachsen e.V. sein 25-jähriges Bestehen gefeiert. Seit einem Vierteljahrhundert vertritt der Verband die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten und von Menschen mit Rechenschwierigkeiten (Dyskalkulie). „Sie haben in dieser Zeit viele Eltern, Lehrer und Betroffene bera-

ten und unterstützt, unzählige betroffene Menschen haben erlebt, dass ihnen geholfen werden konnte“, sagte Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., in ihrem Grußwort bei der Jubiläumsfeier. Edith-Maria Soremba, Ehrenvorsitzende des Kreisverbandes und Mitglied im Sprechergremium des Fachbereichs Behindertenhilfe des Paritätischen Niedersachsen, blickt auf die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Kreis-

verbandes zurück. „Ohne den Paritätischen hätten wir dies nie geschafft“, sagte sie, und freute sich über eine „abgerundete Feier“ zum 25. Jubiläum.

Höhepunkt der Feierlichkeiten war der Fachvortrag „Legasthenie und psychische Begleitstörungen, Konzentration, Schulangst und Komorbidität“ von Prof. Dr. med. Dipl.-Psych. Andreas Warnke. Der Direktor der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie

und –psychotherapie der Universität Vechta sagte, Betroffenen könne geholfen werden, wenn man ihre Probleme erkenne. Noch vor 25 Jahren galten Legastheniker als faul und dumm und wurden sozial

ausgegrenzt. Heute sei man für die Problematik schon weitaus sensibler. „Aber noch immer sind Kinder oft auffällig, weil sie falsch verstanden werden“, erklärte Edith-Maria Soremba. „Das Problem kann nur

gemeinsam, also interdisziplinär, gelöst werden.“

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer

Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Mehr Akzeptanz für suchtkranke Menschen

550 Läuferinnen und Läufer beim 8. AntiSuchtLauf der STEP

Bei regnerischem Wetter liefen 550 Läuferinnen und Läufer aus allen Altersklassen am 17. Mai 2011 gemeinsam die sechs Kilometer rund um den Maschsee für den 8. AntiSuchtLauf der Paritätischen Tochter STEP gGmbH. Geschäftsführer Serdar Saris freute sich über die große Anzahl der Gruppenanmeldungen, die es in diesem Jahr zu verzeichnen gab. Miteinander laufen, miteinander stärker werden – dafür steht der AntiSuchtLauf seit acht Jahren. Die Laufgruppen der VHV, der Bank für Sozialwirtschaft, der Nord LB und von Franke & Bornberg sind seit vielen Jahren dabei.

Der AntiSuchtLauf der STEP war die Auftaktveranstaltung der neuen Welfare-Laufserie. In dieser Serie haben sich fünf hannoversche Veranstalter von Benefizläufen zusammengeschlossen, um miteinander auf soziale Themen aufmerksam zu machen. Über 100 Anmeldungen von „Serien-Läufern“ konnte Volker Schepers vom Organisator Werkheim e.V. freudig bekannt geben. Die Laufserie wird im Juli, September und Oktober fortgesetzt. Mehr Informationen dazu gibt es Internet unter: www.step-hannover.de und www.welfare-laufserie.de.

Neu gestaltetes Infomobil vorgestellt

Die STEP trägt mit dem AntiSuchtLauf dazu bei, Hilfsangebote vorzustellen, eigenes Verhalten zu hinterfragen und miteinander aktiv zu werden. Dabei hilft auch das neu gestaltete Infomobil der STEP. Der Doppeldeckerbus wurde im Rahmen des AntiSuchtLaufs am 17. Mai der Öffent-



Von links: Carmen Sievers (Projektförderung bei Mehr Aktion! Für Kinder und Jugend e.V.), Lennart Westermann (Fachbereichsleiter Prävention und Beratung der STEP gGmbH), Birgit Eckhardt (Abteilungsleiterin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.) sowie Claudia Luck und Christian Krüger vom STEP Präventionsteam der Drobs Hannover vor dem neuen Infomobil.

lichkeit vorgestellt. Dank des neuen, zeitgemäßen Designs konnten schon beim ersten Einsatz besonders junge Menschen dazu animiert werden, sich mit dem Thema Sucht auseinanderzusetzen. Künftig wird das Infomobil Veranstaltungen in Hannover und der Region besuchen um dort Informationsmaterial zu verbreiten und erste Beratungskontakte für Rat suchende herzustellen. Das Auftreten bei Veranstaltungen bietet die Chance, der öffentlichen Diskussion über Drogen, Sucht und Prävention einen wachsenden Raum zu geben. Auch von Schulen kann das Infomobil gebucht werden, so dass ganze Klassen den Bus besuchen können. Dabei soll nicht der behelrende Zei-

gefinger gehoben, sondern der Umgang mit Sucht und Suchtpotenzialen erlernt sowie die sogenannten stoffungebundenen Süchte vorgestellt werden, zu denen Themen wie etwa Handy, Computerspiele, chatten, Essverhalten oder einkaufen gehören. Die Kaufsucht wird auch Motto des 6. hannoverschen Suchthilfetages der STEP am 7. September in der Akademie des Sports sein. Weitere Infos gibt es Internet unter: www.step-hannover.de.

Stephanie Schünemann

STEP – Paritätische Gesellschaft für Sozialtherapie und Pädagogik mbH

OLB Musik-Camp Nordwest geht an den Start

Auftaktveranstaltung in der Jugendherberge Bad Zwischenahn

Die Jugendherbergen im Nordwesten werden ab September 2011 für ein Jahr gemeinsam mit der Oldenburgischen Landesbank (OLB) und weiteren Partnern, unter anderem dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., unter der Schirmherrschaft der Metropolregion Nordwest die Kulturlandschaft im Nordwesten mit einer neuartigen Initiative bereichern. Das OLB Musik-Camp Nordwest ist ein einzigartiges Kulturformat, das die Jugendherbergen zwischen Norderney und Meppen, zwischen Zeven und Leer bei Konzerten, Workshops und Informationen rund um das Thema Musik als ungewöhnliche Veranstaltungsorte präsentiert. Zum Startschuss trafen sich die beteiligten Partner, Förderer und Freunde sowie die künstlerischen Köpfe des Projektes, Kai und Thorsten Wingenfelder (ehemals Fury in the Slaughterhouse), am 16. Mai 2011 in der Jugendherberge Bad Zwischenahn.

Das OLB Musik-Camp Nordwest bietet spannende Workshops mit musikalischen Schwerpunkten für Schulklassen aus der Region. Der Tourbus (ein englischer Doppeldeckerbus) hält vor der Jugendherberge. In der oben eingerichteten Lounge erhält man Informationen über das Musik-Camp und das Berufsspektrum der Musik- und Kreativwirtschaft. Interessierte Schüler können Musikprofis Löcher in den Bauch fragen und erfolgreiche, lokale Unternehmen aus der Musikszene stehen Rede und Antwort. Auch der Musik-In-Liner, ein gemeinsames Projekt des Trägers

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und seiner Mitgliedsorganisation MusikZentrum Hannover gemeinnützige GmbH, wird für Tagesworkshops zur Verfügung stehen. In dem zum „rol-lenden Musikstudio“ umgebauten Linienbus können die Jugendlichen im Music-Camp verschiedene musikpädagogische Angebote wahrnehmen. Kai und Thorsten Wingenfelder mit ihrer neuen Band wingenfelder:Wingenfelder haben für das Musik-Camp eine ungewöhnliche Abendshow entwickelt, zu der sie an 20 Abenden befreundete Musiker, Autoren oder Comedians einladen. Auf die Besucher wartet somit eine ungewöhnliche Mischung aus Konzert, Lesung, Talk und Comedy.

Die Auftaktveranstaltung ist ein Open-Air-Konzert am 2. September 2011 auf dem Gelände der Jugendherberge Bad Zwischenahn direkt am Zwischenahner Meer. wingenfelder:Wingenfelder und ihre Gäste MOUSSE T. (feat. Emma Lanford) sowie Soulsängerin Astrid North freuen sich ab 20.00 Uhr auf einen unvergesslichen Abend. Für das Konzert in Bad Zwischenahn gibt es ab sofort Tickets (inklusive Anreise/Shuttle mit dem Schiff, ab Kurpark Bad Zwischenahn (je nach Wetterlage)) zum Preis von 18,00 Euro pro Person (DJH-Mitglieder zahlen einen ermäßigten Preis von 16,50 Euro). Die ersten 50 Karten gibt es zum ermäßigten Preis von 15 Euro. Das von den Jugendherbergen initiierte Projekt wird bereits von einer Reihe namhafter Unternehmen – auch aus der Regi-



Thorsten Wingenfelder (hinten, von links), Britta Silchmüller (OLB), Thorsten Richter (Die Jugendherbergen im Nordwesten) und „Schirmherr“ Gerd Stötzel (Metropolregion Nordwest) sowie Kai Wingenfelder stellen das Konzept für das OLB Musik-Camp Nordwest in der Jugendherberge Bad Zwischenahn vor.
Foto Marcus Hibbeler

on – unterstützt. Weitere Förderer sind herzlich willkommen.

Infos zum OLB Musik-Camp und Tickets gibt es auf dem Blog www.projektjugendherberge.de

Gesa Hauschild
Die JugendHerbergen gemeinnützige GmbH

Das unsichtbare Symptom „Fatigue“ sichtbar machen

Neue Broschüre des DMSG-Bundesverbands

„Stell dir vor, du hast 40 Grad Fieber und sollst einen Marathon laufen“, so erklärt die an Multipler Sklerose erkrankte Heike F. Außenstehenden, wie es sich anfühlt, wenn das unsichtbare MS-typische Symptom „Fatigue“ sie wieder einmal fest im Griff hat. Dabei ist die Fatigue nur eines von diversen, nach außen hin nicht sichtbaren Krankheitszeichen, deren Auswirkungen das private, berufliche und gesellschaftliche Leben MS-Erkrankter in zweifacher Hinsicht stark belasten. Zum einen ist es das Symptom selbst, das Probleme schafft, zum anderen aber ist es das Unverständnis der Mitmenschen, das darüber hinaus MS-Erkrankte oft verzweifeln lässt. Mit der Botschaft zum Welt MS Tag am 25. Mai 2011 „Ich habe MS. Und keiner sieht es!“ hat die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) dieses Thema in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewusstseins gerückt. Der DMSG-Bundesverband präsentiert dazu die neue Broschüre „Die unsichtbare Seite der MS“, stellt ein Podcast-Video zu unsichtbaren Symptomen online und lud vom 25. bis 27. Mai 2011 zum Expertenforum über unsichtbare Symptome auf www.dmsg.de ein.

Fatigue, Depressionen, Schmerzen, Blasen- und Darmprobleme, sexuelle Funktionsstörungen, kognitive Einschränkungen – sie gehören zu den verborgenen MS-Symptomen und bereiten gerade deshalb sehr oft sehr große Schwierigkeiten. Denn häufig gelten in der öffentlichen Wahrnehmung zwei grundsätzliche Vorurteile: Wer wie das

blühende Leben aussieht, ist nicht ernsthaft krank und MS-Erkrankte sitzen im Rollstuhl! Vor diesem Hintergrund werden kognitive Einschränkungen als Unkonzentriertheit bezeichnet, wer unter Fatigue leidet, gilt als Drückeberger und bei Depressionen kommt schnell der Ratschlag, sich nicht so hängen zu lassen. Um diese falschen Vorstellungen auszuräumen, helfen nur Aufklärung und offene Gespräche und dabei soll die aktuelle DMSG-Broschüre „Die unsichtbare Seite der Multiplen Sklerose“ unterstützen. Sie macht die versteckten Symptome sichtbar, sie informiert und klärt auf, zeigt therapeutische Möglichkeiten auf und macht Mut, offen miteinander zu reden.

Der Bundesverband der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft hat zusammen mit der AMSEL, Aktion Multiple Sklerose Erkrankter, Landesverband der DMSG in Baden-Württemberg, die 28-seitige Broschüre entwickelt und konnte ausgewiesene MS-Experten für die fachliche Begleitung gewinnen: Prof. Dr. med. Thomas Henze, Mitglied des Ärztlichen Beirates, PD Dr. med. Peter Flachenecker, Vorstandsmitglied des Ärztlichen Beirates, und Dipl.-Psychologin Heike Meißner. In beeindruckenden Stellungnahmen berichten 10 MS-Erkrankte selbst über ihre Schwierigkeiten mit unsichtbaren Symptomen und ihrem Umgang damit. Im Rahmen der Projektförderung hat die AOK die Kosten für Layout und Druck übernommen. „Die unsichtbare Seite der Multiplen Sklerose“ kann über den Online-Shop des DMSG-Bun-

desverbandes unter www.dmsg.de und in den Geschäftsstellen der DMSG-Landesverbände bestellt werden (Landesverband Niedersachsen: Herrenhäuser Kirchweg 14, 30167 Hannover, Telefon 05 11 / 70 33 38).

Auch DMSG-Video-Podcast beleuchtet MS-Symptom Fatigue

Bis zu 90 Prozent der MS-Erkrankten leiden unter der massiv erhöhten Erschöpfbarkeit, der sogenannten Fatigue. Oft ist sie das erste Symptom, das sich bemerkbar macht, das auf MS hindeutet und das das Alltagsleben, insbesondere auch bei jüngeren MS-Erkrankten den beruflichen Alltag, schwer belastet. Die junge Baden-Württembergerin Marion Glatthorn kennt dieses Gefühl der totalen Erschöpfung nur zu gut. Im Video-Podcast zum Welt MS Tag 2011 erzählt sie, wie schwierig es ist, Fatigue zunächst für sich selbst zu akzeptieren und sie dann Außenstehenden begreiflich zu machen. Marion Glatthorn kommt auf www.dmsg.de zu Wort.

*Deutsche Multiple Sklerose
Gesellschaft
Bundesverband e.V.*

Mit ganzem Herzen – immer wieder etwas Neues wagen

Benefizveranstaltung der DMSG Niedersachsen

Bereits zum dritten Mal fand am 07.04.2011 die Benefizveranstaltung „Begegnungen“ statt und alle Gäste waren sich einig, dass diese Veranstaltung ein absolutes Highlight war. Die Paritätische Mitgliedsorganisation Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) Landesverband Niedersachsen e.V. hatte zu diesem Abend ins Queens Hotel in Hannover eingeladen und über 100 Gäste waren gekommen.

Das Konzept von NDR-Fernsehmoderatorin Sabine Steuernagel, einen unterhaltsamen Abend zu präsentieren, ging komplett auf. Sie entlockte den Talkgästen so manch interessantes Detail: Es wurde viel gelacht! Das Publikum erfuhr aber auch so manche ernsten Geschichten aus dem Leben von Martin Kind, der nicht nur Präsident des Fußballver-

eins Hannover 96 ist, sondern in erster Linie Besitzer des bekannten Unternehmens KIND Hörgeräte ist. Jürgen Gansäuer, ehemaliger Landtagspräsident, faszinierte auf ganz eigene Art die Zuhörer mit seiner Lebensgeschichte: Nach dem Rückzug aus der Politik folgte ein Studium der Geschichte und Kunstgeschichte. Die Runde wurde komplettiert durch die Teilnahme von Gertraud Wagner und ihrem musikalischen Partner Markus Matschkowski. Gertraud Wagner, Kammersängerin der Nds. Staatsoper, berichtete im Gespräch mit Sabine Steuernagel humorvoll von eigenen Erlebnissen rund um die Opernszene. Sehr gelungen ergänzt wurde das Programm durch die musikalischen Beiträge von Markus Matschkowski, der mit seinen Sinatra-Melodien das Publikum begeisterte und bewegte.



Unterhaltsame Talkrunde: Martin Kind (von links), Sabine Steuernagel, Jürgen Gansäuer, Gertraud Wagner und Markus Matschkowski.

Die DMSG Niedersachsen bedankt sich im Namen der MS-Betroffenen bei allen Mitwirkenden und ganz besonders beim Queens Hotel und seinen Mitarbeitern, die dieser beeindruckenden Veranstaltung einen gelungenen Rahmen gaben.

*Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft
Landesverband Niedersachsen e.V.*

DLRG sucht Rettungsschwimmer für die Nordseeküste

Erste-Hilfe-Ausbildung und Rettungsschwimmschein Silber erforderlich

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) Landesverband Niedersachsen e.V., Mitgliedsorganisation im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., sucht für die Nachsaison an der Niedersächsischen Nordseeküste und den Ostfriesischen Inseln noch dringend Rettungsschwimmer. Gegen Unterkunft und ein kleines Taschengeld können interessierte Bewerber an den begehrten Urlaubsorten ihre Freizeit sinnvoll nutzen. Voraussetzungen sind: Mindestens 18 Jahre alt, Rettungsschwimmabzeichen in Silber, Er-

ste-Hilfe-Ausbildung (mindestens 8 Doppelstunden) sowie gesundheitliche und sportliche Fitness.

Die Touristen kommen gerne an die Nordseeküste und auf die Ostfriesischen Inseln. Zwischen Borkum und Wangerooge, sowie Cuxhaven und Norddeich werden die Badegäste an den Stränden durch Rettungsschwimmer der DLRG beaufsichtigt. Professionell bewachte Strände geben den Bürgern und Gästen ein „Mehr an Sicherheit“. Rettungsschwimmer der DLRG sind von den Küsten und Stränden

Niedersachsens nicht mehr wegzudenken. Traditionsgemäß führen die DLRG Ortsgruppen den Rettungswachdienst durch. Oft reichen aber die personellen Kräfte nicht aus, um die gesamte Saison von Mai bis September abzudecken. In diesen Fällen wird die Zentrale Einsatzleitung der DLRG in Bad Nenndorf tätig und organisiert Rettungsschwimmer aus dem gesamten Bundesgebiet. Die DLRG benötigt für die 10 Strände des Zentralen Wasserrettungsdienstes (ZWRDK) in Niedersachsen jährlich um die 500 Rettungsschwimmer.

Die begehrten Plätze in den Sommerferien sind bereits alle vergeben. Probleme bereitet immer wieder Nachsaison. Hier sind noch Plätze frei. Rettungsschwimmer können sich noch für den Zeitraum September 2011 für folgende Standorte bewerben: Borkum, Baltrum, Langoog, Wangerooge, Cuxhaven, Burhave für die ffn-Nordseelagune und den ffn-Nordseestrand, Dangast, Wilhelmshaven, Dornumersiel und Norddeich. Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen unter: www.dlrg.de oder telefonisch unter 05723 / 955-450.

Neues Rettungsboot für die DLRG-Niedersachsen

Die Volksbank Stiftung und die Volksbank in Schaumburg sponsern ein neues Boot für den Katastrophenschutz der DLRG-Niedersachsen. Während der DLRG-Landesverbandsratsstagung in Hodenhagen am



Reinhard Schreck (links), Mitglied des Vorstandes der Volksbank in Schaumburg, und Hans-Jürgen Müller, Präsident der DLRG Niedersachsen, vor dem neuen Rettungsboot.

21. Mai 2011 wurde das Boot den Lebensrettern offiziell übergeben und getauft. Insgesamt hat das Rettungsboot einen Wert von 27.000 Euro. Es wird in einem Landeseinsatzzug verwendet, der bundes- und europaweit im Einsatz ist. Bei der Bootstaufe waren unter anderem Reinhard Schreck, Mitglied des Vorstandes der Volksbank in Schaumburg, sowie Hans-Jürgen Müller, Präsident

der DLRG Niedersachsen anwesend. In seiner Ansprache bedankte sich Hans-Jürgen Müller bei der Volksbank und wies darauf hin, dass dieses Boot in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur ehrenamtlichen Arbeit der DLRG leisten wird.

Anna-Maria Brinkop
DLRG Landesverband
Niedersachsen e.V.

Therapiezentrum erstrahlt im frischen Glanz

Cochlear Implant Centrum zum Jubiläum renoviert

Seit über 20 Jahren besteht das Cochlear Implant Centrum (CIC) „Wilhelm Hirte“, eine Einrichtung der Paritätischen Mitgliedsorganisation Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt. Seit 15 Jahren ist es in einer Stadtvilla am Rande der Eilenriede in der Gehägestraße untergebracht. Nach regelmäßigen kleineren Renovierungen wurde das Gebäude nun für rund 350.000 Euro komplett überarbeitet. Dabei wurden die Bewegungsmöglichkeiten für Kinder mit Rollstuhl verbessert, der Audiometrie-Raum (Hörmessraum) wie ein Studio abgedämmt, Beleuchtungen optimiert und die Therapieräume bedarfsgerecht möbliert.

Zudem mussten moderne Brandschutzauflagen erfüllt werden. Die Renovierung ist nun endgültig abgeschlossen, so dass das weltweit erste Therapiezentrum für taubgeborene oder ertaubte Kinder und Jugendliche mit einem Cochlear Implantat im frischen Glanz erstrahlt.

Der Eindruck, der auch schon von den ersten Eltern bestätigt wurde, ist positiv: Das CIC erscheint nun freundlicher durch fröhlichen Farben (gelb und orange), ruhiger durch schalldämmende Deckenelemente, das Mobiliar ist modern und zweckmäßig. Der Audiometrieraum erlaubt nun durch die Vermeidung

von äußeren Audio-Einflüssen noch genauere Hörmessungen, Rollstuhlfahrer können durch einen Lift die erste Etage erreichen sowie behindertengerechte WC benutzen. Das neue Spielzimmer ist natürlich das Highlight für die kleineren Patienten: Die Firma MED-EL hat in Zusammenarbeit mit „Arbeed“ (ein hannoversches Projekt, das langzeitarbeitslose Menschen wieder fit für den Arbeitsmarkt macht) die Zimmereinrichtung ermöglicht. An der großen Spielwand lässt sich nun viel entdecken und „be-greifen“, sie bietet wie ein riesiges Bilderbuch viele Sprechansätze, denn vor allem die taub geborenen Patienten lernen

im CIC hören UND sprechen. Der „Nachteil“ liegt allerdings darin, dass die Mitarbeiter die Kinder manchmal nicht mehr zur Therapie aus dem Spielzimmer locken können...

Das CIC ist die weltweit erste und größte Einrichtung seiner Art. Mit großzügigen Mitteln der Wilhelm-Hirte-Stiftung wurden auf dem Gelände in Groß-Buchholz an der Eilenriede neben dem Therapiegebäude drei Wohnhäuser mit 21 Doppelmöbeln eingerichtet, in denen El-

tern mit ihren Kindern für die meist mehrtägige Therapie untergebracht sind. Zurzeit werden mehr als 1.300 gehörlose Kinder und Jugendliche aus ganz Deutschland, aber auch aus anderen Ländern betreut, in der Basistherapie oder der Langzeitnachsorge. Für die kommenden Monate wird das Angebot im CIC erweitert. Neben einer in Planung befindlichen Krabbelgruppe für hörgeschädigte Kleinkinder ist bereits ein CI-Café eingerichtet worden. An jedem letzten Donnerstag im Monat lädt das

CIC Wilhelm Hirte alle Interessierten ein – ob Eltern hörgeschädigter oder CI-versorgter Kinder, ob erwachsene Betroffene oder „professionelle“ Therapeuten. Jeden zweiten Monat ist eine türkischsprachige Beteiligung durch Herrn Bülbül vom Verein „Hört her!“ möglich. Weitere Informationen und Termine gibt es im Internet auf www.cic-hannover.de.

*Björn-Oliver Bönsch
Stiftung Hannoversche
Kinderheilstätte*

Integrationspreis 2011 wird im November verliehen

Bewerbungen werden bis zum 30. September entgegen genommen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. unterstützt die diesjährige Verleihung des Integrationspreises des Deutsch-Türkischen Netzwerks (DTN) und fordert seine Mitgliedsorganisationen auf, sich an der Ausschreibung zu beteiligen. „Integration verlangt Engagement – Integration zahlt sich aus“ ist das Motto des mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Integrationspreises 2011. Preiswürdig sind Projekte oder Personen, die sich in besonderer Weise nachhaltig um Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten in der Bildung, der interkulturellen Öffnung von Institutionen und Unternehmen mit bürgerschaftlichem Engagement verdient gemacht

haben. Projekte von oder mit Jugendlichen sind besonders wünschenswert.

Bewerben können sich Gruppen, Vereine, Verbände, Gemeinden, Netzwerke, Firmen und Einzelpersonen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Bewerbung sollte eine knappe und verständliche Beschreibung des Projekts beziehungsweise des Engagements der betreffenden Person erhalten und begründen, warum sie preiswürdig ist. Der Integrationspreis 2011 des DTN wird im November 2011 in Hannover verliehen. Schirmherr des Integrationspreises ist der Niedersächsische Ministerpräsident David McAllister. Der Jury gehören unter anderem Edelgard Bulmahn

(MdB), Prof. Dr. Margot Käßmann (Landesbischofin a.D.) und Honey Dehmi (Integrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen) an.

Bewerbungen für den Integrationspreis können ab sofort bis zum 30. September 2011 – ausschließlich digital – geschickt werden an: Deutsch-Türkisches Netzwerk, Stichwort Integrationspreis, E-Mail: info@dtm-network.de. Weitere Informationen sowie einen Bewerbungsbogen zum Download sind im Internet auf www.dtm-network.de erhältlich.

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

„Wir sind hell auf begeistert“

Mobile e.V. gewinnt fünf hochwertige Computer

Große Freude bei der Paritätischen Mitgliedsorganisation Mobile – Verein für Gesundheits- und

Familienbildung e.V. in Pattensen: Der Verein hat bei einer Ausschreibung des Sarstädter Com-

putervertrieb „Notebooks billiger“ fünf hochwertig ausgestattete Computer gewonnen. „Wir sind

hellauf begeistert, das war wirklich eine schöne Überraschung“, sagt Anke Brannys von Mobile e.V.

„Notesbooks billiger“ hatte im Januar 2011 eine „Bildungsinitiative“ für gemeinnützige Bildungsprojekte und Einrichtungen gestartet, bei der 20 ausgesuchte Projekte aus dem Betreuungs- und Bildungsbereich mit Computern ausgestattet werden sollten. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. informierte seine Mitgliedsorganisationen, und Mobile e.V. bewarb sich mit

dem „Internettreff für Senioren“. Seit 2006 läuft das Projekt, bei dem drei junge Männer und ein älterer Herr gemeinsam einmal pro Woche Computerkurse und –beratung für Seniorinnen und Senioren anbieten und ihnen die neuen Medien näher bringen. „Das wird sehr gut angenommen“, berichtet Anke Brannys, „es geht um Hilfe im Umgang mit Computer und Internet, aber auch zu bestimmter Software, wie etwa Bildbearbeitung.“ Bisher musste der Internettreff mit ziemlich veralteten Rechnern arbeiten, doch di-

ese Zeiten gehören nun der Vergangenheit an. Die fünf neuen Rechner, die als kompletter Arbeitsplatz inklusive Bildschirm, Maus, Tastatur und Software geliefert wurden, sind technisch auf dem neusten Stand. Und sie sind genau auf die Bedürfnisse des Internettreffs zugeschnitten, denn die genaue Ausstattung der Computer konnte Mobile e.V. selbst auswählen.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

„Innovativ für die Altenhilfe“

Mobile Wohnberatung Südniedersachsen ausgezeichnet

Im Rahmen der Ausschreibung zum Deutschen Altenhilfepreis 2011 der Familie Josef Kreten Stiftung, Treuhandstiftung des DRK, ist das Projekt „Mobile Wohnberatung Südniedersachsen – Wohnen, wo ich hingehöre“ der Paritätischen Mitgliedsorganisation Freie Altenarbeit Göttingen e.V. gewürdigt worden. „Ehrenamt und Hauptamt im Quartier – Soziale Räume im Alter gestalten“ lautete das Ausschreibungsthema 2011. Günther Schierloh, Projektmanager der Mobilen Wohnberatung, nahm während einer Feierstunde in Berlin eine Urkunde entgegen, mit der das Projekt als eine sehr gute, für den ländlichen Raum wichtige Initiative ausgezeichnet wurde. Die Mobile Wohnberatung sei „herausragend und innovativ für die Deutsche Altenhilfe“, heißt es auf der Urkunde.

Die Mobile Wohnberatung des Freien Altenarbeit Göttingen e.V. startete im Herbst 2008 in Südnie-



Das Team der Mobilen Wohnberatung des Freien Altenarbeit Göttingen e.V.

dersachsen. Mit dem „Wohn-Mobil“, einem Beratungsbus, sind die rund 30 Wohnberaterinnen und Wohnberatern in den Landkreisen Landkreisen Göttingen, Osterode am Harz, Northeim und Holzminden unterwegs, um ältere Menschen darüber zu informieren, was in ihren Häusern und Wohnungen verändert werden sollte, damit sie möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung wohnen bleiben können. Ebenso informieren sie über ande-

re mögliche Wohnformen im Alter. Gemeinsam mit regionalen und überregionalen Partnern soll so das gemeinsame Ziel erreicht werden: Älteren Menschen die besten Möglichkeiten aufzuzeigen, damit sie möglichst lange zu Hause wohnen können.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Sonderpreis Politische Bildung an das „GenderCamp“

Projekt des ABC Bildungs- und Tagungszentrums e.V. ausgezeichnet

Am 5. Mai 2011 verlieh der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) zum zweiten Mal den „Preis Politische Bildung“. Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung wurden fünf Projekte ausgezeichnet, die Politische Bildung und Politische Partizipation in besonderer Weise thematisiert haben. Darunter auch das „GenderCamp“, das dieses Jahr zum zweiten Mal durch die Paritätische Mitgliedsorganisation ABC Bildungs- und Tagungszentrum e.V. und ein ehrenamtliches Organisationssteam in Hüll bei Hamburg ausgerichtet wurde. Den (undotierten) Sonderpreis teilt sich das ABC mit Radio Corax aus Halle/Saale.

Das GenderCamp ist ein sogenanntes BarCamp: Eine offene Ta-

gung, deren Ablauf und Inhalt im Laufe der Veranstaltung von den Teilnehmern selbst entwickelt werden. Das „GenderCamp“, das im Mai 2011 zum zweiten Mal ausgerichtet wurde, richtet sich an Menschen, die sich für die Schnittstellen von Queer-/Feminismus und Netzkultur interessieren. Es will vernetzen, Projekte anstoßen und Leuten, die sich aus queeren/feministischen Netzcommunitys kennen, die Gelegenheit geben, sich im „real life“, also im echten Leben, zu treffen. Themen, die während des ersten „GenderCamps“ 2010 vorgestellt und diskutiert wurde, waren beispielsweise „Geschlechterkonstruktionen in Computerspielen“, „Hausrecht im Web“ und „Alternativen zur Kleinfamilie“.

Der Bundesausschuss Politische Bildung lobte das „GenderCamp“ als weltweit erstes BarCamp zum Thema Geschlechterverhältnisse und Netzpolitik. Mit der Verleihung des Sonderpreises würdigte die Jury insbesondere den Einsatz von Social Media in der Politischen Bildung. Das ABC bedankt sich bei allen, die dies möglich gemacht haben, insbesondere bei den Mitgliedern des Orgateams aus 2010 und 2011, bei allen Teilnehmenden, Fördernden und auch bei denen, die das ABC beglückwünscht haben.

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer

Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Jugend-Projekt „Grenzgebiete“ in Osnabrück vorgestellt

Großes Interesse an Präventionsprojekt gegen sexuelle Übergriffe

Vor über 100 Pädagogen und Mitarbeitern von Einrichtungen der Jugendhilfe hat die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen, ein Fachreferat der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege e.V. in Niedersachsen, am 4. Mai 2011 gemeinsam mit der „theaterpädagogischen werkstatt osnabrück“ ihr Projekt „Grenzgebiete“ vorgestellt. Grenzgebiete ist ein Präventionsprojekt für Jugendarbeit und Schule gegen sexuelle Übergriffe. Es soll Jugendliche darin stärken, körperliche Grenzen zu erkennen und zu respektieren – und sie ermutigen, sich bei Über-

griffen zu wehren und Hilfe zu organisieren. Gleichzeitig werden mit Fortbildungen für Erwachsene im gesamten Raum Niedersachsen Anregungen gegeben, mit Jugendlichen zu dem Thema ins Gespräch zu kommen und sie in Krisenfällen zu unterstützen.

Das niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration fördert das Projekt finanziell. In diesem Rahmen werden insgesamt 80 landesweite Veranstaltungen kostenfrei angeboten. Dr. Ursula Aumüller-Roske, Abteilungsleiterin für den



Szene aus dem Stück „Ein Tritt ins Glück“

Bereich Jugend und Familie, betonte im Rahmen ihres Grußwortes den hohen Stellenwert der Präventionskampagne für das Niedersächsische Sozialministerium: „Der Schutz von Kindern und Jugendlichen gebietet es, hellhörig und aufmerksam

zu sein“, so Aumüller-Roske in ihrer Begrüßungsrede. „Pädagogische Fachkräfte werden mit dem Thema sexuelle Gewalt immer wieder konfrontiert – nicht erst seit den Vorfällen in Ameland vor einem Jahr ist dies Thema für uns von Belang“, so Andrea Buskotte, Referentin für Gewalt bei der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Premiere des einstündigen Theaterstückes „Ein Tritt ins Glück“, das Jens Pallas für die „theaterpädagogische werkstatt osnabrück“ geschrieben hat. Aus einer klassischen „Boy meets Girl“-Thematik entwi-

ckeln sich im Zusammenspiel von vier jungen Schauspielern verschiedene Situationen, in denen es um Annäherung, Distanz und Übergriffe geht. Mit moderner Sprache und in für Jugendliche ab der 8. Klasse vertrauten Szenarien – so etwa dem ersten Date oder der Konfrontation mit sexualisierter Sprache und groben Sprüchen, mit Scham und Selbstvorwürfen – gelang es, nicht nur die anwesenden Jugendlichen, sondern auch das Fachpublikum zu bewegen. Übereinstimmend lobten die Zuschauer die Nähe von Sprache und Situationen zum Alltag Jugendlicher. „Das Stück bietet eine große Chance für Jugendliche, eine

Sprache für eigene Erlebnisse mit sexueller Gewalt zu finden“, brachte Karin Schlüter, Leiterin der Pro Familia-Beratungsstelle Osnabrück die bewegenden Szenen auf den Punkt.

Ab sofort können Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit in Osnabrück das Stück „Grenzgebiete“ sowie die dazu gehörigen Fortbildungsveranstaltungen buchen. Ansprechpartnerin ist Tanja Opitz von der Landesstelle Jugendschutz in Hannover, Telefon: 05 11/85 87 88.

*Ulrike Beckmann
Pressearbeit Landesstelle
Jugendschutz Niedersachsen*

SozialZentrale – Das Paritätische Netzwerk

Ihr Treffpunkt im Internet für alle sozialen Themen



Einfach zugänglich und unkompliziert in der Handhabung – mit der SozialZentrale bietet der Paritätische Gesamtverband seit dem 15.

Mai 2011 allen an sozialen Themen Interessierten eine Plattform zur Vernetzung und Kommunikation. Im Mittelpunkt stehen die fachliche Information, der konstruktive Dialog und das paritätische Miteinander in respektvoller Atmosphäre.

Auf www.sozialzentrale.de haben Sie die Möglichkeit, sich zu informieren, zu diskutieren, sich auszutauschen und nachzufragen. Ob offen für Alle oder geschlossen für

Wenige – Sie können jederzeit eigene thematische Gruppen gründen, Text, Bild, Audio- oder Videoinformationen hinterlegen, Termine veröffentlichen oder einfach nur mitlesen.

Schauen Sie vorbei – machen Sie mit!

Paritätischer Gesamtverband

„Der Tag war eine positive Überraschung“

Der Zukunftstag beim Paritätischen Landesverband

Neue Eindrücke und Erkenntnisse über das, was sich tagtäglich in der Geschäftsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. abspielt, haben Natalie Titz, 14, und Laura Musiol, 13, gewonnen. Die

beiden Schülerinnen verbrachten ihren Zukunftstag am 14. April 2011 beim Landesverband in Hannover-Kirchrode und lernten dabei die alltägliche Arbeit einmal „live“ kennen. So ganz genau wussten die beiden

nicht, was in der Geschäftsstelle überhaupt passiert. „Ich wusste vorher nicht, was auf mich zukommt“, erzählt Natalie, „aber der Tag war eine positive Überraschung.“ Und eine willkommene Abwechslung

vom Schulalltag. Natalie besucht die 8. Klasse der Albert-Einstein-Schule in Laatzen, Laura geht in die 7. Klasse der IGS Mühlenberg.

Poststelle, Sekretariat, Allgemeine Verwaltung, Mitgliederförderung, Pressestelle: Die beiden Schülerinnen verbrachten jeweils gut eine Stunde in verschiedenen Abteilungen des Hauses und bekamen jeweils die Arbeitsstrukturen erklärt. So gewannen sie einen ziemlich umfassenden Einblick von der vielfältigen Arbeit im Landesverband. Sie erfuhren Details über den Mahlzeitendienst „Essen auf Rädern“, bekamen erklärt, wie eine Pressemitteilung erstellt wird. Doch die Schülerinnen wurden auch selbst aktiv und verrichteten kleinere Aufträge. „Wir sind mit zur Post gefahren, das fanden wir beide gut“, sagt Laura, und Natalie ergänzt: „Außerdem haben wir Etiketten erstellt und ausgedruckt und Zeitungsartikel eingescannt.“ Im Sekretariat halfen die Mädchen beim Sortieren der Post und trugen diese dann in den Abteilungen aus. In der Verwaltung



Willkommen beim Paritätischen: Natalie Titz (links) und Laura Musiol haben beim Zukunftstag in der Landesverbandsgeschäftsstelle viele neue Eindrücke gewonnen.

sortierten sie Aktenorder. Neben vielen neuen Dingen war ihnen auch so manches vertraut.

„Vom Musik-in-Liner hatte ich schon einmal was gehört, zumindest von einer Band, die da mal dabei war“, schildert Natalie ihr Wissen über das „rollende Musikstudio“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., das Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Sozialräumen musikpädagogische Angebote bietet.

Ihre Zukunft sehen die beiden Schülerinnen trotz der vielen positiven Eindrücke, die sie im Landesverband gewonnen haben, anderswo. Natalie, deren großes Hobby tanzen ist, möchte am liebsten Journalistin werden. Laura, die sich in ihrer Freizeit am liebsten mit Freunden trifft, will später einmal als Innenarchitektin oder Designerin arbeiten.

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

Am 20. September ist Weltkindertag

Paritätischer und Mitgliedsorganisationen feiern in Delmenhorst

Noch sind die Planungen in vollem Gange, aber das Wichtigste steht schon fest: Am 20. September 2011 wird in Delmenhorst groß gefeiert. Zum Weltkindertag lädt dann eine große Veranstaltergemeinschaft, zu der auch der Paritätische Delmenhorst und die örtlichen Mitgliedsorganisationen des Kreisverbands Deutscher Kinderschutzbund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft und Lebenshilfe gehören, zu einem großen Fest. Thema das Festes ist

das Jahresmotto der UNICEF: „Kinder haben was zu sagen.“ Von 14 bis 17 Uhr erwartet große und vor allem kleine Besucher im und rund um das Einkaufs- und Freizeitcenter Jutecenter ein buntes Programm. So soll es verschiedene Spielstände, einen Parcours für Rennen mit dem Bobbycar, Bastelaktionen, interaktives Theater und vieles mehr geben. Alle Veranstalter werden sich und Arbeit mit Infoständen vorstellen. Nähere Details werden nach den näch-

sten Planungstreffen zeitnaher in der örtlichen Presse und auf www.paritaetischer.de bekannt gegeben. Alle Interessierten sollten sich den Weltkindertag am 20.09.2011 aber schon jetzt für die große Feier in Delmenhorst frei halten.

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

Großer Lauf für 1600 kleine Sportler



Einen Tag vor dem großem Hannover Marathon gab es am 7. Mai 2011 wieder einen Kinderlauf rund um den Maschteich hinter dem Neuen Rathaus. Der Paritätische Hannover war als Träger von zehn Kindertagesstätten zum zweiten Mal mit dabei. 136 Kinder aus den Paritätischen Kitas starteten in den drei verschiedenen Altersgruppen. Insgesamt waren zu dem Lauf 1600 Kinder angemeldet. Außerdem

waren noch mindestens ein bis zwei Elternteile und nicht selten auch die Großeltern der Kinder mit von der Partie. Entsprechend voll und lebendig war die ganze Veranstaltung, und auch die Unterstützung für die Kinder rund um die Laufstrecke war gesichert: Sie wurden lautstark von allen Seiten angefeuert. Auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Paritätischen Kitas jubelten „ihren“ 136 Kindern stolz

zu. Sie waren trotz des Gewusels an ihren weißen T-Shirts mit dem bunten Pari Kita Logo immer gut zu erkennen. Die Kinder waren nicht weniger stolz darüber, dass sie durchgehalten haben. Und vor allem die Medaillen, die es gleich nach dem Zieleinlauf gab, waren natürlich ganz besonders wichtig.

*Bianka Titze
Paritätischer Hannover*

Rosen für ältere Bürger

Um auf die Lebensleistung älterer Mitbürger hinzuweisen, haben Mitarbeiterinnen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Peine am 6. April 2011 Rosen in der Peiner Fußgängerzone verteilt. Anlass war der „Tag der älteren Generation“. „Wir wollen Senioren in ihrer Forderung nach wirtschaftlicher Sicherheit und humanen Lebensbedingungen im Alter öffentlich unterstützen“, sagte Ann-Katrin Mehlfeld vom Paritätischen Peine, der diese Aktion anlässlich

des „Tag der älteren Generation“ bereits zum 30. Mal organisierte. Aufgrund der zunehmenden Zahl hilfsbedürftiger älterer Menschen sei es wichtig, solche Tage zu nutzen, um auf die Situation der Senioren aufmerksam zu machen. Seit dreißig Jahren engagiert sich das Paritätische Sozialzentrum in Peine für Menschen, die ihr Leben trotz Krankheit, Behinderung oder Alter möglichst selbstständig, unabhängig und in vertrauter Umgebung gestalten möchten.



*Ann-Katrin Mehlfeld
Paritätischer Peine*

Das Rubbellos ist wieder da

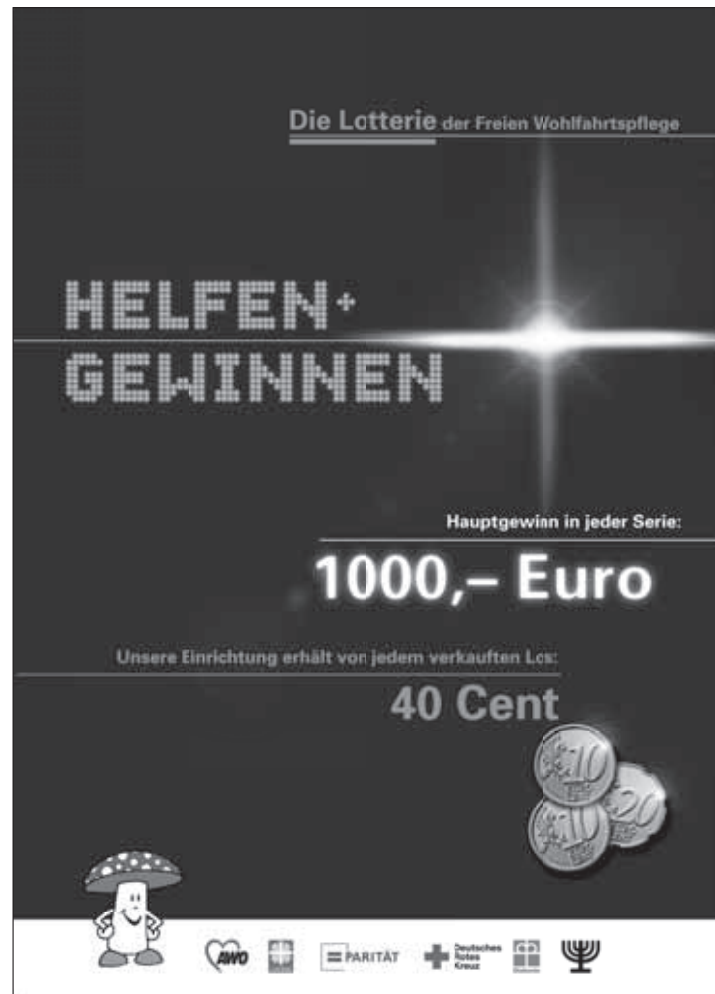
Lotterie der Wohlfahrtsverbände gestartet

Vielen sozialen Einrichtungen fehlt Geld. Da braucht ein Kindergarten ein neues Klettergerüst, das Jugendheim eine Video-Ausrüstung, der Seniorentreff will einen Ausflug machen und, und, und. Doch woher nehmen, fragen sich Mitarbeiter und Geschäftsführung oft. Die Lotterie „Helfen und Gewinnen“ ist eine Möglichkeit, sich zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen. Lose verkaufen bringt Geld! Der Preis beträgt immer 1 Euro. Lose verkaufen stärkt aber auch die Kommunikation: „Wir tun etwas für den guten Zweck – und Sie können uns helfen“, das kann die einfache Botschaft sein. Dazu kommt der Spaßfaktor: Rubbeln macht Spaß. Weil Rubbel-Lose viel besser angenommen werden als die bisherigen Aufreiß-Lose, wird die Lotterie in diesem Jahr wieder mit Rubbel-Losen gespielt.

Die Lotterie ist am 1. Mai gestartet. Von jedem verkauften Los stehen 40 Cent der Losverkaufenden Stelle zur freien Verfügung – und zwar steuerfrei. Die übrigen 60 Cent werden für Geldgewinne, Werbung und Sachkosten benötigt. Die Beteiligung an der Lotterie lohnt sich also. Es gibt immer wieder Gelegenheiten, nebenbei und ohne größeren Aufwand Lose zu verkaufen: auf Sommerfesten, Jubiläen, Pfarrfesten, Sportfesten, in Altenheimen und Kindergärten, auf Messen, Geburtstagen, Betriebsfeiern, Weihnachtsmärkten, in Fußgängerzonen, im Bekanntenkreis. Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Zusätzlich können Losverkäufer selbst auch noch gewinnen (Aktion 100 : 1).

Lose gibt es bei der Lotteriegeschäftsstelle, per E-Mail an info@wohlfahrtslotterie.de sowie beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Ansprechpartner Ernst Spieß, Telefon: 05 11 / 52 48 63 98, E-Mail: ernst.spiess@paritaetischer.de. Abgepackt sind die Lose zu je 300 Stück und werden in Kommission abgegeben. Unverkaufte Lose können also ohne Probleme wieder zurückgegeben werden.

*Landesarbeitsgemeinschaft
der Freien Wohlfahrtspflege
Niedersachsen e.V.*



ACHTUNG

Für die Ausgabe
03/2011
des Parität Report
ist **Redaktionsschluss**
am

31.08.2011

Bitte schicken Sie Ihre
Beiträge und Bilder in
druckfähiger Größe
(ab 1 MB, Einzeldatei)
an [presse@
paritaetischer.de](mailto:presse@paritaetischer.de)

Trauer um Margrit Triphaus, Hans-Günther Strothotte und Heinz Bleidistel

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. trauert um verdiente und geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in verschiedenen Bereichen des Landesverbands tätig waren und in den vergangenen Monaten von uns gegangen sind.

Am 21.03.2011 verstarb Margrit Triphaus nach längerer Krankheit. Als stellvertretende Vorsitzende des Paritätischen Jugendwerks, der Jugendorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., hat sich die Verstorbene über viele Jahre hinweg beispielhaft für die Belange der jungen Menschen und der Jugendarbeit des Verbandes engagiert. Außerdem war Margrit Triphaus Geschäftsführerin der Mitgliedsorganisation Fokus e.V., Osnabrück. Dort hat sie insbesondere die Jugendkulturarbeit mit ihren innovativen Ideen und ihrem Engagement vorangebracht. Ihr Tod bedeutet menschlich wie fachlich einen großen Verlust und macht betroffen und traurig.

Hans-Günther Strothotte verstarb am 30.04.2011. Er war die Persönlichkeit, die aus dem

Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen kommend den Paritätischen Wohlfahrtsverband Sachsen-Anhalt aufgebaut und über viele Jahre verantwortlich geleitet und gestaltet hat. Ohne zu zögern sagte er kurz nach der Wiedervereinigung zu, in Sachsen-Anhalt einen Paritätischen Verband zu entwickeln. Er galt als echter Entwicklungshelfer im wiedervereinigten Deutschland, der die Paritätischen Prinzipien übertragen hat. Seine Fachlichkeit und vor allem seine herausragende Persönlichkeit und sein Engagement haben den Paritätischen weit über Niedersachsen und Sachsen-Anhalt hinaus geprägt.

Am 20.05.2011 verstarb Diplom-Ingenieur Heinz Bleidistel im Alter von 86 Jahren. Fast auf den Tag genau 20 Jahre lang hat Heinz Bleidistel sein hohes Fachwissen und seine Kraft mit besonderem Engagement in den Bauberatungs- und Baubetreuungsdienst des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. eingebracht. Es gab keine Bauplanung, keine Immobilienkaufplanung und kein Umbauprojekt, an denen Heinz Bleidistel in den letzten zwei

Jahrzehnten nicht maßgeblich mitgewirkt und den Vorstand nicht verantwortlich beraten und unterstützt hätte. Durch seine regelmäßig jährlich durchgeführte Prüfung des gesamten Immobilienbestandes des Verbandes bereitete er mit hohem Sach- und Fachverstand und großem persönlichen Zeitaufwand die entsprechenden Entscheidungen des Vorstands verantwortlich vor. Darüber hinaus war er den fast 800 rechtlich selbstständigen Mitgliedsorganisationen des Paritätischen bei Neu- und Umbaumaßnahmen, bei vorgesehenen Immobilienkäufen oder -verkäufen oftmals kompetenter und engagierter Berater.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. spricht den Angehörigen und allen anderen Menschen, die um Margrit Triphaus, Hans-Günther Strothotte und Heinz Bleidistel trauern, herzliches Beileid und Anteilnahme aus und wünscht ihnen viel Kraft in den schweren Stunden des Abschieds. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. wird die Verstorbenen in ehrender und dankbarer Erinnerung behalten.

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Ehrenzeichen des Verbandes:

- Martin Raabe, Stadorf e.V.
- Günter Korth, Stadorf e.V.
- Dirk Meyer, Stadorf e.V.
- Ute Schumacher, Paritätischer Nienburg
- Gudrun Schwarz, Paritätischer Dannenberg
- Gisela Auding, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Wolfgang, Dr. Ohrdorf, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Annette Buß, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Bettina Carmincke, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Karin Hartmann, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt

- Kerstin Remus, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Karin Schaefer, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt

Urkunde:

- Carmen Lee, Paritätischer Nienburg
- Ulrike Baum, Paritätischer Lüneburg

Besondere Auszeichnungen:

Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland:

- Herbert Burger, Menschen mit geistiger Behinderung, Lebenshilfe Nds. e.V.

Der Paritätische Stellenmarkt

Schreibkraft

TOP-Schreibkraft, 43 J., 350 Anschläge/Minute, RA-Micro- und Dictanet-Erfahrung, sucht in Hannover eine Beschäftigung in Teilzeit (4 Std. täglich). Gern Anwaltskanzlei – aber keine Bedingung. Ich würde meine Arbeitskraft gern Ihrem Unternehmen zur Verfügung stellen und mit großem Engagement die mir gestellten Aufgaben erledigen. Kontakt: Nebel-Bewerbung@web.de

Lohn- und Gehaltsbuchhalter

Nach langjähriger Tätigkeit als Lohn- und Gehaltsbuchhalter in einer Steuerberatungsgesellschaft bin ich jetzt auf der Suche nach einer neuen Tätigkeit als Personalsachbe-

arbeiter. Neben Erfahrungen in der Lohnabrechnung mit den entsprechenden Nebenarbeiten verfüge ich über umfassende Kenntnisse in Sozialversicherungs-, Lohnsteuer- und Arbeitsrecht.

Kontakt: christa-dirk@freenet.de

Finanzbuchhalter

Finanzbuchh., Personalsachb., Lohn u. Gehalt, KLR, Hdl.fachwirt-IHK, Datev, SAP, Diamant, MS-Office, belastbar, selbst.Arbeiten, Genauigkeit, Einf.vermögen, sucht neue Aufgabe in Buchhaltung, Pers.wirtschaft zum 01. 07. 11 oder später:Angebote bitte unter: E-Mail: c.mithoefer@gmx.de, Tel.: 01 73/6 09 56 32.

Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze) oder ihre Ausschreibung an

E-Mail presse@paritaetischer.de
oder Fax 0511 52486-333.

Die Veröffentlichung ist kostenlos!

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 0511 52486-367

Karsten Schubert (Erziehungshilfe)

Tel. 0511 52486-387

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 0511 52486-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 0511 52486-373

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Birgit Eckhardt (Fundraising)

Tel. 0511 52486-376

Adelheid Dähne (Fundraising)

Tel. 0511 52486-347

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 0511 52486-378

Christiane Häberle

Tel. 0511 52486-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen;

Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 0511 52486-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Matthias Noland

Tel. 0511 52486-375

Kfz

Ulrich Preisberger (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-348

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Udo Mex

Tel. 0511 52486-357

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Schalinski

Tel. 0511 52486-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 0511 52486-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und –ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 0511 52486-348

Seminare

Interne und externe Schulungen

Nadine Heise

Tel. 0511 52486-384

Fachbereiche des Paritätischen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstr. 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 05361 2950-15
 Fax 05361 2950-21
 E-Mail christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Ausländerfragen

Dieter Nagel
 Paritätischer Goslar
 Von-Garßen-Str. 6
 38640 Goslar
 Tel. 05321 21011
 Fax 05321 18229
 E-Mail dieter.nagel@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Erwin Drefs
 Lebenshilfe Delmenhorst und
 Landkreis Oldenburg e.V.
 Bismarckstr. 21
 27749 Delmenhorst
 Tel. 04221 1525-0
 Fax 04221 1525-15
 E-Mail erwindrefs.fb@lebenshilfe-delmenhorst.de

Bildung

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-367
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Elementarerziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer
 Paritätischer Cuxhaven
 Kirchenpauerstr. 1
 27472 Cuxhaven
 Tel. 04721 5793-12
 Fax 04721 5793-50
 E-Mail klaus-dieterfortmeyer@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Karsten Schubert
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52 486-387
 Fax 0511 52 486-332
 E-Mail karsten.schubert@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
 Paritätischer Helmstedt
 Schuhstr. 1
 38350 Helmstedt
 Tel. 05351 54191-4
 Fax 05351 54191-66
 E-Mail andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
 Paritätischer Wolfenbüttel
 Rosenwall 1
 38300 Wolfenbüttel
 Tel. 05331 90546-50
 Fax: 05331 90546-11
 E-Mail karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Sebastian Böstel
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-350
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail sebastian.boestel@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
 Verein für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit im sozialen Bereich e.V.
 Marienbruchstr. 61/63
 38226 Salzgitter
 Tel. 05341 84 11 94
 Fax 05341 84 11 13
 E-Mail k.balon@depolsozial.de

Pflege

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-370
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-370
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstr. 15
 31582 Nienburg
 Tel. 05021 9745-17
 Fax 05021 9745-11
 E-Mail bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Paul-Walter Steffens
 Paritätischer Uelzen
 St.-Viti-Str. 22
 29525 Uelzen
 Tel. 0581 9707-12
 Fax 0581 9707-20
 E-Mail paul-waltersteffens@paritaetischer.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen

Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Harald Fischer
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-389
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail rharald.fischer@paritaetischer.de

Migration

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
 Lebenshilfe Hameln e.V.
 Sprachheilkindergarten
 Burgstr. 4
 31855 Aerzen
 Tel. 05154 3805
 Fax 05154 7090008
 E-Mail irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-395
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Kontakt- u. Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

Marina Nowotschyn
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstraße 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 05361 2950-50
 Fax 05361 2950-21
 E-Mail
marina.nowotschyn@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstr. 15
 31582 Nienburg
 Tel. 05021 9745-15
 Fax 05021 9745-11
 E-Mail wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Straffälligenhilfe

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

Anzeige **SOZIALVERBAND**
VdK
 NIEDERSACHSEN-BREMEN

Interessenverband der Behinderten,
 Rentner und Sozialversicherten

Rat Hilfe Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten:
 Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung,
 Arbeitslosenversicherung, Behindertenrecht, Sozialhilferecht, Soziales Entschädigungsrecht

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V., Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
 Telefon: 0441 - 21029-0, Telefax: 0441 - 2102910, eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de
 Internet: www.vdk.de/niedersachsen-bremen
 - Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen -

Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2008 bis 2012)

Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

Ulla Klapproth (2009, 2011)

Im Siek 10
37191 Gillersheim
Tel. 05556 1566 (werktags)
Fax 05556 5078
E-Mail ulla.klapproth@paritaetischer.de

Horst Hüther (2010, 2012)

Vor den Rotten 10
38304 Wolfenbüttel
Tel. 05341 27757 (privat)
Tel. 05331 937-215 (dienstlich)
Tel. 03904 669912 (dienstlich)
Tel. 0173 2311705 (mobil)
Fax 03904 6699-37 (dienstlich)
Fax 05331 937237 (dienstlich)
E-Mail h.huether@lebenshilfe-he-wf-ggmbh.de

Brigitte Blümel

Herzlaker Str. 53
30539 Hannover
Tel. 0511 5389437

Klaus Dickneite

Ostergarbe 2
30559 Hannover
Tel. 0511 514951
Fax 0511 514951
E-Mail kdickneite@t-online.de

Kirsten Gehrmann

Kurfürstenallee 13
28211 Bremen
Tel. 04221 29838-74
Fax 04221 29838-91
E-Mail kirsten.gehrmann@ewetel.net

Bernd Göddertz

Luisenstr. 9
31141 Hildesheim
Tel. 05121 32005 (privat)
Tel. 05121 2066147 (dienstlich)
Fax 05121 2066145 (dienstlich)

Brita Ise Hellmann

Rotekreuzstraße 7
30627 Hannover
Tel. 0511 562756
Tel. 0177 2842615 (mobil)
Fax 0511 562756
E-Mail b.i.hellmann@t-online.de

Anneliese König

Südweg 8a
26135 Oldenburg
Tel. 0441 201317
Fax 0441 2049115
E-Mail anneliese.koenig@t-online.de

Monika Lehmann

Glünderstr. 2
30167 Hannover
Tel. 0511 702152 (privat)

Jutta Lorentzen

Asternweg 10
29225 Celle
Tel. 05141 47097
Fax 05141 9937127
E-Mail jutta.lorentzen@gmx.de

Dr. Herrmann Niederhut

Quellenweg 1
31787 Hameln
Tel. 05151 571170
Fax 05151 571766
E-Mail niederhut@t-online.de

Dorothea Pitschnau-Michel

c/o Deutsche Multiple Sklerose
Gesellschaft Bundesverband e.V.
Küsterstr. 8
30519 Hannover
Tel. 0511 9683414
Fax 0511 9683450
E-Mail dmsg@dmsg.de

Berlind Rosenthal-Zehe

Studentenwerk Göttingen
PF 3851
37028 Göttingen
Tel. 05546 1379 (privat)
Tel. 0551 395143 (dienstlich)
Fax 0511 395170 (dienstlich)
E-Mail berlind.rosenthal-zehe@studentenwerk-goettingen.de

Dietmar Schlüter

Bergweg 8
38527 Meine
Tel. 05304 3977
Fax 05304 5290
E-Mail 053043977-0001@t-online.de

Johannes Schmidt

Bahnhofsstr. 14
21745 Hemmoor
Tel. 04771 643495 (privat)
Tel. 0171 2137528 (mobil)
Fax 04771 643434
E-Mail neusicht@aol.com

Kurt Spannig

Psychiatrische Klinik Uelzen
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 0581 3895-301
Fax 0581 3895-309
E-Mail info@pk-uelzen.de

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Cornelia Rundt (Vorstand)

Sebastian Böstel (Vorstand)

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
Fax 0511 52486-333
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.
Haus A1, App. 107
Bevenser Weg 10
30625 Hannover
Tel. 0511 54042107

Wolfgang Neubelt

GDA Wohnstift
Osterfelddamm 12
Haus 3, App. 3207
30627 Hannover
Tel. 0511 5705437
E-Mail w.neubelt@hotmail.de

Günter Famulla

Davenstedter Str. 227
30455 Hannover
Tel. 0511 498831

Thomas Tugendheim

Mozartstr. 3
31162 Bad Salzdetfurth
Tel. 05064 96723 (privat)
Tel. 05121 31210 (dienstlich)
Fax 05064 96724 (privat)
Fax 05121 32876 (dienstlich)
E-Mail tugendheim@gmx.de

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Waltraud Anders
waltraud.anders@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

Beethovenstraße 11
49661 Cloppenburg
Tel.: 0 44 71 / 20 46 (VdK)
Fax: 0 44 71 / 95 89 03 (VdK)
GF: Hans-Jürgen Lehmann
gs-cloppenburg@vdk.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax: (0 42 21) 15 25-15
GFin: Irma-H. Michel
irma.michel@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax: (0 49 21) 93 06-16
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Burgstr. 23
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Helbing
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax: (0 53 21) 1 82 29
GF: Dieter Nagel
dieter.nagel@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax: (05 51) 9 00 08-19
GF: Manfred Grönig
manfred.groenig@paritaetischer.de

Paritätischer Graftsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (0 59 21) 89 17-5
Fax: (0 59 21) 4 08 04 25
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax: (0 51 51) 5 99 77
GF: Norbert Raabe
norbert.raabe@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax: (05 11) 9 62 91-13
GF: Ralf Hohfeld
ralf.hohfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax: (0 53 51) 54 19 1-66
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Perkstraße 27
31061 Alfeld
Tel.: (0 51 81) 84 35-0
Fax: (0 51 81) 84 35-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Pferdemarktstraße 59
26789 Leer
Tel.: (0 49 1) 9 25 31-0
Fax: (0 49 1) 9 25 31-31
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax: (0 58 61) 87 50
GFin: Gudrun Schwarz
gudrun.schwarz@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim

Friedrich-Ebert-Wall 1
37154 Northeim
Tel.: (0 55 51) 9 76 90
Fax: (0 55 51) 16 04
GFin: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (0 44 1) 7 79 00-0
Fax: (0 44 1) 7 79 00-22
GF: Norbert Adolf
norbert.adolf@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück

Kurt-Schumacher-Damm 8
49078 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax: (05 41) 4 08 04-25
GF: Jörg Echterhoff
joerg.echterhoff@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Bahnhofstraße 15
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax: (0 47 61) 7 11 91
GF: Dietrich Neubauer
neubauer@lebenshilfe-bremervorde.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax: (0 57 22) 95 22-18
GF: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Seesen

Jacobsonstraße 36
38723 Seesen
Tel.: (0 53 81) 9 48 06-0
Fax: (0 53 81) 9 48 06-7
GFin: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Die Börne gGmbH

Claus-von-Stauffenberg-Weg 10
21684 Stade
Tel.: (0 41 41) 53 43-50
Fax: (0 41 41) 53 43-26
GFin: Susanne Frost
susanne.frost@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

St.-Viti-Straße 22
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax: (05 81) 97 07-20
GF: Paul-Walter Steffens
paul-walter.steffens@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 44 01) 45 88
GF: Jens Pannemann
jens.pannemann@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Manfred Pfau
manfred.pfau@gps-wilhelmshaven.de

Paritätischer Wittmund

Wallstraße 21 t
26409 Wittmund
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de